

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

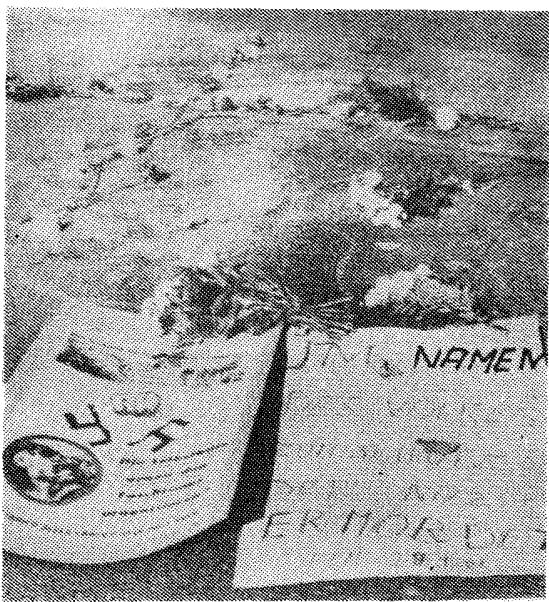
Nr.36

Oktober 1985

4 DM

Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus

Zum wiederholten Male haben sich alte und neue Faschisten das Frankfurter Arbeiterviertel Gallus als Aufmarschgebiet ausgesucht. Am 28. September 1985 war es wieder einmal so weit, die NPD wollte ihren Landesparteitag im Gallus durchführen. Von Seiten der Polizei wird der Schutz dieser Veranstaltung generalstabsmäßig vorbereitet. Beim Eintreffen der Faschisten kommt es zu militärtanten Protesten. Die Polizei setzt gegen die Demonstranten Wasserwerfer ein. Im Polizeifunk wurde schon vorher durchgegeben, "kompromißlos" vorzugehen. Gegen 21 Uhr wird Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei gejagt, überrollt und getötet.



Protestplakate ("Die Selbsthilfe gegen den Faschismus organisieren! Im 'Namen des Volkes', zum Schutze der Nazis ermordet!") an der Stelle, wo Günter Sare am 28.9. getötet wurde.

Aus dem Inhalt:

- ÜBER DIE FASCHISIERUNG DURCH DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
- GEGEN DIE HETZE DER BÜRGERTLICHEN PRESSE KÄMPFEN
- ZUR ROLLE DER DKP UND DER GRÜNEN
- DIE MILITÄRTANTEN ANTIFASCHISTEN UNTERSTÜTZEN

Wer hat Günter Sare ermordet?

Als die Polizei in Frankfurt am 28. September abends von einem Wasserwerfer aus zielgerichtet auf den Antifaschisten Günter Sare Jagd machte, ihn mit Hilfe eines gewaltigen Wasserstrahls umwarf und zu Tode fuhr, da war für alle, die das gesehen hatten, und die sich anhand von Zeugen-aussagen und Bildmaterial diesen Vorgang vor Augen führten, völlig klar, daß Günter Sare von der Polizei ermordet worden war.

Natürlich die Polizei ausgenommen. Und so legte dann auch jemand (*) ganz schnell und arg offensichtlich einen Stein in die Blutlache Günter Sares, um die Lüge auftischen zu können, daß Sare "womöglich", "vielleicht", "wahrscheinlich" von dem Stein eines Demonstranten getroffen worden sei.

Aber solche kriminellen Vertuschungsaktionen erwiesen sich als relativ wirkungslos. (Relativ - denn die Wirkung all solcher Manöver und Lügen auf Kreise, die weiter vom Geschehen entfernt sind, darf nicht unterschätzt werden. Keine Lüge ist absurd genug, um nicht doch gewisse Spuren zu hinterlassen.) Selbst nach staatsanwaltlicher Ermittlung und Obduktion steht als Todesursache unbestreitbar, so oder so, der Wasserwerfer fest:

Ein Wasserwerfer, der selbstverständlich nicht "von selbst" fuhr, sondern mit Polizisten besetzt war, die selbstverständlich nichts ohne die Einsatzbefehle ihrer Vorgesetzten tun, die ihrerseits wieder nur ausführende Organe des Staates sind.

Die Fakten waren und sind so eindeutig, daß selbst

ein Teil der GRÜNEN gezwungen war, von der "Ermordung" Günter Sares zu sprechen, und sich dadurch etwas mehr um die Unterstützung ihrer vielbeschworenen Basis bemühte, die angesichts der Koalitionsbemühungen in Hessen mit der SPD zu bröckeln beginnt.

Daß Realo-SPD-GRÜNE und ihr Sponsor Innenminister Winterstein in Hessen natürlich eine solche "Vorverurteilung" ablehnen, trotz der selbst aus bürgerlich-juristischer Sicht klaren Beweislage, ist kaum bemerkenswert.

Wer ist nun eigentlich für die Ermordung Günter Sares verantwortlich? Der Kommandant des Wasserwerfers Reichelt? (Wie bei einem Panzer hat auch so ein 26t Fahrzeug einen "Kommandanten".) Oder der Fahrer? Der Einsatzleiter im Gallus? Der Polizeipräsident von Frankfurt? Der Innenminister von Hessen? Innenminister Zimmermann? Der Bundeskanzler? Der Staatsapparat überhaupt? Seine Geldgeber Flick, Mercedes-Benz etc.?

Die Demonstranten haben auf diese Fragen gewisse Antworten gegeben. So riefen sie nicht nur: "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten", sondern auch: "Polizisten, Mörder und Faschisten", und "Für die Nazis und die Reichen geht dieser Staat über Leichen". Am selben Abend noch wurde durch einen Brandsatz eine Niederlassung von Mercedes-Benz angezündet und Scheiben verschiedener Banken eingeworfen, aus dem Bewußtsein heraus, daß die eigentliche Ursache für eine Polizei, die mit solchen Methoden vorgeht, das Kapital ist und

(*) "Der Stein lag erst 90 Minuten nach dem Abtransport Günter Sares in der Blutlache."

(Abendpost/Nachtausgabe, (APN) 1.10.85).

daß der westdeutsche Staatsapparat insgesamt am Tod Günter Sares Schuld hat und nicht nur seine einzelnen "Funktionsträger".

Es wird sich zeigen, wie stark der "Druck der Straße" ist, wie es immer so schön aus den Hochhäusern heraus heißt. Es wird

Die Ereignisse im Überblick:

Samstag, 28. September

- o Als Protest gegen eine NPD-Veranstaltung findet vor dem Haus Gallus in Frankfurt im Anschluß an ein deutsch-ausländisches Freundschaftsfest eine Kundgebung mit etwa 700 Teilnehmern statt. Der Versuch der Veranstalter von DKP, SPD, GR!NE usw., nach vorzeitigem Abbruch der Kundgebung auf Wunsch der Polizei um 19.30 Uhr alle nach Hause zu schicken, mißlingt. Zurück bleiben 4-500 militärische Antifaschisten, die die Nazis nicht durchlassen und davonjagen, so daß ein massives Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern und Knüppeln den etwa 80 Nazis immer wieder eine Gasse freispritzen und freiprügeln und unter einem Flaschen- und Steinhang einzeln Geleitschutz geben muß.
- o Kurz vor 21 Uhr wird der Demonstrant Günter Sare völlig allein auf einer Kreuzung nahe dem Haus Gallus von einem Wasserwerfer gejagt, mit gezielten Wasserstrahlen mehrmals zu Boden geworfen und dann von einem Polizei-Wasserwerfer überrollt und getötet.
- o Empörte "Polizei-Mörder" schreiende Demonstranten werden vom Ort des Geschehens vertrieben. Eine spontane Demonstration bildet sich und zieht zur Alten Oper. Eine Stunde nach der Ermordung Günter Sares fliegt ein Brandsatz in die nahe gelegene Niederlassung von Mercedes-Benz.

Sonntag, 29. September

- o Mittags gegen 12.30 Uhr erneuter Knüppel Einsatz und 2 Verletzte bei einer Festnahme durch die Polizei an der Stelle, wo Günter Sare von einem Wasserwerfer überrollt wurde.
- o Nach einer Protestkundgebung gegen den Polizeimord auf dem Paulsplatz mit über 2000 Teilnehmern formiert sich gegen 19 Uhr ein Demonstrationszug Richtung Gallusviertel. Aus dieser Demonstration heraus werden Polizeifahrzeuge angegriffen und Scheiben von Banken- und Versicherungskonzernen zerstört, stellvertretend für das westdeutsche Kapital und seinen Staatsapparat. Einem Polizeiaufgebot mit über 1200 Mann, Wasserwerfern und Hunden, das die Demonstration aufzulösen versucht, gelingt es vor dem Frankfurter Hauptbahnhof einen Teil einzukreisen und 255 Demonstranten in "Vorbeugehaft" zu nehmen ("um sie am Begehen weiterer Strafen zu hindern"). Die Verhafteten verhindern durch scharfe Proteste in der Haft gemeinsam die erkennungsdienstliche Behandlung und werden noch in der Nacht freigelassen.

Montag, 30. September

- o Am späten Nachmittag findet eine Mahnwache und Kundgebung mit 600 Teilnehmern am Platz der Ermordung Sares statt. Eine danach sich formierende Demonstration durch das Gallusviertel wird durch Polizei verhindert, die über Lautsprecher mitteilen, daß über die

ganze Stadt - außer am Tatort - ein zweitägiges totales Demonstrationsverbot verhängt worden sei. In der Nacht geht der Polizeiterror in der Innenstadt weiter, eine Gruppe von Jugendlichen wird von der Polizei ohne Vorwarnung überfallen.

Dienstag, 1. Oktober

- o An einer doch noch genehmigten Protestkundgebung gegen die Ermordung Günter Sares um 18 Uhr am Paulsplatz nehmen über 3000 teil, die bereits auf den Zufahrtsstraßen und beim Zugang einzeln polizeilich kontrolliert und durchsucht werden. Trotz Demonstrationsverbot und Abriegeln des Paulsplatzes durch dreifache Polizeiketten formieren sich nach teilweisem Durchbrechen der Ketten in der Innenstadt mehrere Demonstrationszüge Richtung Polizeipräsidium und Gallusviertel. Besonders am Hauptbahnhof kommt es zu wilden Prügelorgien, Polizeihunde werden auf einzelne Demonstranten gehetzt, mindestens 20 werden verletzt, einige mit schwerer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gefahren, Außerdem werden 9 Fotoreporter niedergekämpft. Von 101 vorübergehend Festgenommenen müssen 3 mit einem Strafverfahren rechnen.

Samstag, 5. Oktober

- o Trotz eines generellen Versammlungsverbots demonstrieren am Nachmittag in der Innenstadt über 1000 Menschen und prangern den Polizeimord an. Auch 2600 aus ganz Hessen und anderen Bundesländern zusammengezogenen Polizisten können dies nicht verhindern. Wieder werden 14 Menschen durch Polizeiknüppel verletzt und ein am Boden Liegender beinahe von einem Einsatzwagen der Polizei überrollt.

Mittwoch, 9. Oktober

- o Morgens zieht ein Trauermarsch mit 3-4000 Teilnehmern vom Ort, an dem Sare ermordet worden war, zum 10 km entfernten Friedhof in Frankfurt-Höchst zur Beerdigung hinter dem Transparent "Wir trauern um Günter Sare - Durch Polizeigewalt umgekommen". Ein Polizeiaufgebot, das den Zug begleitet hatte, notiert die Autonummern von Beerdigungsteilnehmern und fotografiert die Kränze.

Donnerstag, 10. Oktober

- o Abends findet eine Diskussionsveranstaltung zu den Ereignissen um den Tod Günter Sares statt, zu der über 1000 in die Frankfurter Uni kommen. Die "Realo-Grünen" Cohn-Bendit und Fischer, die sich an die Bewegung hängen und diese auf "ihre Art" in den Griff bekommen wollen, werden als Antwort mit Eiern beworfen. Jene, die auf der Straße gekämpft haben, bringen damit zum Ausdruck, daß sie solche staatstragenden Elemente als mitverantwortlich für den Tod von Günter Sare betrachten.

sich zeigen, ob die Garde vom Polizeipräsidenten bis zum Innenminister gezwungen sein wird, vielleicht eine solche Figur wie den "Kommandant" Reichelt mit seiner obskuren Vergangenheit und Gegenwart zu "opfern", um so von sich selbst abzulenken. Wahrscheinlicher wird aber sein, daß nach einer gewissen Zeit der "Beruhigung" die Vorgänge als "nicht klarbar" eingestuft werden und die Sache mit dieser oder jener Ermahnung an die unteren Chargen der Polizei erledigt wird. (*)

Das ist der übliche Vorgang, denn wann und wo ist denn eigentlich schon einmal ein Polizist wegen "Fehlverhaltens" wirklich verurteilt und zur Rechenschaft gezogen worden? Das Gegenteil ist bekannt. (**)

Wie gesagt, es kommt auf den Druck an, der ausgeübt wird. Die-

ser Druck kann zwar diese Leute nicht zur Wahrheit zwingen, aber er läßt ihre Lügen zumindest immer absurd und offensichtlicher werden.

Ja, wir lassen niemanden aus und dürfen niemanden auslassen, angefangen vom Fahrer des Wasserwerfers über die Polizeiführung, die Innenminister und sonstige Politiker, die alle diese Mordgeräte angeschafft haben und die Einsatzbefehle geben. Es geht im Grunde vor allem um den Staatsapparat insgesamt, der die Aufgabe hat, jeden Widerstand im Inneren im Keim zu ersticken, alle und jeden zu verfolgen und zu unterdrücken im Dienst des K a p i t a l s, das hinter ihm steht und diesen Staat zur Sicherung seiner Herrschaft einsetzt. KEINER, aber auch KEINER darf vergessen werden, denn sie alle sind schuld an der Ermordung Günter Sares! ●

DIE SCHULDIGEN ZUR RECHENSHAFT ZIEHEN ! LEUTE WIE :



Innenminister
H. Winterstein



Polizei im Einsatz



W. Breitscheid, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG



Deutsche-Bank-Chef Herrhausen

(*) Die Verteilung der Verantwortung spielte schon in den Prozessen gegen Nazi-Verbrecher, KZ-Kommandanten, SS-Leute etc. eine wichtige Rolle. Wenn auch nicht vom Ausmaß her identisch, so doch im Wesen gleich läuft dieses Vorgehen so ab: Der eine schiebt es auf den anderen. Keiner ist es eigentlich gewesen. Wenn er etwas getan hat, dann nur unter "Befehlshabersnotstand". "Eigennützige Motive" gibt es nicht. Die Verjährung setzt rasch ein. Am Schluß war dann "außer Spesen nichts gewesen". Denn die 6 000 000 Juden

und die 100 000 ermordeten Kommunisten sind - gemessen an der Zahl der verurteilten Mörder - ja ganz offensichtlich auch durch "Unfälle" ums Leben gekommen.

(**) Selbst amoklaufende Polizisten, die ihr Maschinengewehr auf Dauerfeuer stellen und damit angebliche Bankräuber, in Wirklichkeit aber 2 Geiseln erschießen, kommen mit 6 Monaten auf Bewährung davon. (FR, 19.10.85) Und das Erwürgen eines Türkens kostet 1 Jahr auf Bewährung bzw. 4500 DM. (FR, 21.10.85)

AUGENZEUGENBERICHTE auf der Pressekonferenz am 29.9.1985:

DIE ERMORDUNG GÜNTER SARES:

"Ich stand zu dem Zeitpunkt an dem Ort, wohin, wenn man auf der Frankenallee vom S-Bahnhof kommt, anhalten mußte, um die Kreuzung zu überschauen. Ich stand zu dem Zeitpunkt etwa 10 Meter vom Wasserwerfer und 5-10 Meter von dem später Ermordeten entfernt. Der Wasserwerfer fing an zu spritzen auf den Demonstranten, der durch den starken Strahl zu Boden fiel. Der Strahl hat ja eine Reichweite von 60-70 Meter, und auf kurzer Distanz kann man sich nicht mehr halten. Der Demonstrant fiel also zu Boden und konnte nur mit äußersten Schwierigkeiten wieder aufstehen. Er versuchte dann erst in Richtung zu mir zu kommen, in Richtung S-Bahnhof, weil da die ganze Menge mit der Zeit hingerannt ist - und hat so einen Ausfallschritt gemacht, also einen Schritt, und hat dann bemerkt, daß es besser ist, in die andere Richtung zu laufen, und lief dann in die entgegengesetzte Richtung, d.h. in die Richtung Frankenallee, Richtung Gallushaus. Und der Wasserwerfer gab nun Gas, und also auf der ganzen Kreuzung waren keine anderen Personen mehr, standen keine anderen Personen mehr -

und der Wasserwerfer spritzte während dieser Situation weiter auf den Demonstranten drauf, also der, der ihn umgefahren hat."

Zwischenfrage: "Gezielt ?"

"Ja, mit beiden Strahlen, mit beiden Spritzgeräten spritzte er in einem Winkel von 45 Grad, wenn mit 5 Meter Abstand auf die Person spritzt, von 3 Meter Höhe auf diese Einzelperson, die später umgekommen ist, spritzte er drauf, d.h. weil außen herum keine Personen mehr standen, mußte er diese Person gesehen haben, sonst würde er nicht spritzen. Er spritzte auch nicht geradeaus oder waagerecht in die Menge, sondern spritzte auf diese Person drauf."

Während er auf diese Person draufspritzte und merkte, daß diese Person wegrannte, also nicht wieder hinfiel, fuhr der Wasserwerfer los, und zwar in einem Tempo, was eigentlich im Vergleich zu sonst, wie die Wasserwerfer anfahren, wenn sie einen Einsatzbefehl bekommen, fuhr er schneller los, also eigentlich fast Vollgas, gab er Gas und fuhr hinter dem Demonstranten, und zwar spritzend, her und erwischte ihn."



Günter Sare kurz vor seiner Ermordung : Erst gejagt, dann getötet

Zwischenfrage: "In der Hufnagelstraße?"

"Der Demonstrant überquerte die Hufnagelstraße, ein paar Meter konnte er nur laufen, und der Wasserwerfer fuhr von der Mitte der Kreuzung in die Hufnagelstraße, wo sich dann später andere Leute, die da standen, gewundert haben, warum der Wasserwerfer in eine leere Straße fuhr, wo da überhaupt keine Demonstranten entlanggelaufen sind; denn sie liefen ja alle Richtung S-Bahnhof, und da sollen noch einige Demonstranten gelacht haben über den Wasserwerfer, die das mitbekommen haben.

Und ungefähr 5 Meter von der Situation, wo der Demonstrant anfing zu rennen, hat er ihn dann erwischt - er ist gelaufen und stehend frontal erwischt worden von der ganzen Wasserwerferseite. Ich war mir jetzt in der Situa-

tion nicht sicher, ob er ihn erwischt hat, oder ob das Zentimeter, Millimeter waren, daß der Demonstrant vorbeikam, und war eben auch ziemlich geschockt und bin dann in Richtung S-Bahnhof auch gelaufen. Ich hab dann einen Freund, einen Fotografen getroffen. Ich hab ihm das erzählt und bin dann mit ihm zurückgelaufen, und da lag der Demonstrant an der Stelle. Also, es können keine Ausreden gelten: Sie haben in die Menge gespritzt, es war eine Streßsituation, oder sie haben ihn nicht gesehen.

Sie haben bewußt auf eine einzelne Person draufgespritzt, und während dem Spritzen, während dem Fahren haben sie weiter gespritzt. Sie sind hinter ihm hergefahren, und es waren keine anderen Personen da."



BEHINDERUNG ERSTER-HILFE-LEISTUNGEN DURCH DIE POLIZEI:

"Also, ich war einer von denen, die da Erste Hilfe geleistet haben. Ich bin Medizinstudent im 10. Semester, traf ein paar Sekunden, ich war vielleicht 50 Meter davon weg, ich hörte noch den Aufprall, ein dumpfes Geräusch, war also ein paar Sekunden später da. Und gleichzeitig mit mir trafen dort ein approbierter Arzt und eine Sanitäterin ein, die auch von der Startbahnbewegung kommt, wie ich auch - und noch eine weitere Medizinstudentin. Und wir hatten sofort, ab Beginn, größte Schwierigkeiten und Mühen, mit dem Verletzten dort zu Rande zu kommen. Schlichtweg und einfach deshalb, weil die Polizeibeamten uns als Hilfskräfte garnicht akzeptiert haben, obwohl wir laut und deutlich riefen, daß wir medizinisch bewanderte Leute seien, also sowohl Arzt als auch Medizinstudenten. Da kamen nur die üblichen Bemerkungen - das ist für uns nichts neues in solchen Fällen - "Was, du Schwein, du Drecksau, du willst Arzt sein!?" - in dem Stil kam das dann. Und Meter daneben lag der Mann in seiner Blutlache.

Ich mußte mich dann, also, das ist jetzt persönlich, quasi zweimal, mit zwei Anläufen, weil ich immer wieder zurückgerissen wurde, zu dem Verletzten durchkämpfen - was einer Versorgung nicht gerade förderlich ist ...

Wir waren dann glücklich an dem Verletzten dran, haben dann prima vista, also auf den ersten Blick gesehen, daß der schwerstverletzt ist. Das sah man also: große Blutlache, dann kam aus Mund, Nase, Ohren ein Blutschwall entgegengeströmt. Wir hatten sehr große Schwierigkeiten, weil es stockfinster war. Ich forderte daraufhin Polizeibeamte auf, für Licht zu sorgen, Wasserwerfer umzudrehen oder die Suchscheinwerfer auf uns zu richten. Nichts dergleichen passierte. Desgleichen war in den ersten Sekunden sofort die Aufforderung von unserer Seite an die Polizeibeamten, einen Notarztwagen herbeizurufen, eindeutig, mehrmals und in verschiedenen Richtungen weitergegeben worden.

Dazu sage ich gleich noch was. Wir mußten dann, weil nichts geschah, was Licht betraf, den Verletzten in Windeseile ca. (ich hab's ausgemessen, nachher noch mal) 9 1/2 Meter in Richtung auf ein da zufällig stehendes Privatfahrzeug ziehen, um im Scheinwerferkegel des Privatfahrzeugs dann unsere Erste-Hilfe-Maßnahmen vornehmen zu können. Die waren mit den Mitteln, die glücklicherweise zur Verfügung standen, weil die Startbahnsanitäterin recht gut ausgerüstet war, bestanden in einer vorläufigen

Aufrechterhaltung von der im Augenblick noch bestehenden schnappatmenden Atmung -Reflexatmung- und dem Anlegen von einer Kochsalzinfusion, mehr war nicht drin. Medikamente standen uns nicht zur Verfügung, die wurden ebenfalls bei der Polizei angefordert. Es wurde ihnen laut und deutlich gesagt, was wir da brauchten -das spielt jetzt keine Rolle- die haben wir später auch nicht bekommen. Dann ging die Sache so weiter: Die Atmung setzte dann aus. Herzstillstand bzw. Pulslosigkeit war festzustellen in dem Augenblick schon. Wir haben dann bis zum Eintreffen von zwei Krankentransportwagen -wann die jetzt gekommen sind, weiß ich jetzt nicht mehr genau- haben wir reanimiert, also Herzmassage durchgeführt - so gut das ging - und beatmet.

Also, wie gesagt, es ist wichtig zu vermerken, daß zwei Krankentransportwagen kamen, die für diesen Fall völlig unzureichend ausgerüstet sind. Die verfügen weder über Medikamente noch über die notwendigen Inkubationsbestecke etc., also nichts, was man für so einen harten Fall braucht, ist da. Es ist dann ca. um 21.20 Uhr (der Vorfall ereignete sich ja plus minus 1-2 Minuten 9 Uhr) ist dann ein Notarztwagen eingetroffen. Vom Berufsge nossenschaftlichen Unfallkrankenhaus war der losgefahren. Da müßte über die Funkprotokolle, die in solchen Fällen existieren, feststellbar sein, wann dieser Notarztwagen letztendlich verständigt wurde. Wir vermuten von unserer Seite aus, daß das erst durch die Krankentransportwagen passiert ist oder von der Feuerwehr - und nicht durch die Polizei, die von uns eindeutig in diesem Fall auch vorher aufgefordert wurde. Das ist ein wichtiger Moment.

Der Notarztwagen hat den Verletzten dann übernommen, die Wiederbelebung wurde dann fortgesetzt, und sie sind dann abgefahren. Mehr will ich dazu nicht sagen. Zum offiziellen Eintreten des Todes kann ich nichts sagen, will ich nichts sagen, bin ich nicht befugt.

Daß sich das ganz übel abzeichnet, das war von vornherein zu erkennen;

vor allem auch unter diesen Bedingungen und unter diesen erschwerten Umständen, diesen Polizeiverhaltensmaßnahmen, halt was die so gemacht haben.

Ich muß feststellen, daß während der Versorgung, die wir da geleistet haben, durch die Leute, die sehr aufgebracht waren, vereinzelt Gegenstände geflogen sind, durch unsere eigenen Leute auf die Polizei, die auch nicht wahrnehmen konnten, daß dahinter ein Verletzter war. Sofort kam der Ruf auf: "Der ist tot, der ist tot", - was man nicht beurteilen kann, weil jemand, der sich nicht auskennt, oder als Laie, der hält jemanden, der so blutet und in so einer Blutlache liegt, erst einmal für tot, der sich auch nicht mehr röhrt vor allem. Da flogen also Gegenstände. Ob darunter auch Steine waren, weiß ich nicht. So könnte ich mir allerdings erklären, daß in der ersten Blutlache, es gab ja dann bekanntlich zwei (die erste, wo er zuerst lag, und die zweite Stelle, wo er weiterversorgt wurde), daß in der ersten Stelle später ein Stein aufgefunden wurde. Ob der Stein da hingelegt wurde, ob er reingeflogen ist oder nicht, läßt sich nicht feststellen. Ich weiß nur, daß in dem Augenblick, wo ich an der ersten Stelle war, daß da kein Stein neben dem Verletzten lag, im Bereich des Kopfes oder so etwa oder im Bereich des Oberkörpers. Das wäre mir aufgefallen. Aber das wird wahrscheinlich vor Gericht noch ein Nachspiel haben.

Zu den Verletzungen, ich weiß jetzt nicht, was der Staatsanwalt im einzelnen gesagt hat, mir persönlich kam es so vor, daß bei den ersten Bemühungen, eine Herzmassage zu machen, hatte ich den Eindruck, daß der ganze Brustkorb zerbrochen ist, daß die ganzen Rippen kaputt sind, und die Schädelverletzung bzw. das Bluten aus der Nase, Mund und Ohren ließ auf eine schwere Schädelverletzung, einen Schädelbasisbruch oder eine Hirnverletzung schließen, also, das sah von Anfang an absolut -auf Deutsch- beschissen aus. Das erst einmal dazu." ●

(Nach den Tonbandaufzeichnungen)

DIE NEUEN WASSERWERFER - TEIL DER AUFRÜSTUNG DER POLIZEI ZUR BÜRGERKRIEGSARMEE

Die Wasserwerfer der westdeutschen Polizei sind "solide Wertarbeit": Die Fahrgestelle stammen von Daimler-Benz, die Aufbauten von dem Feuerwehrausstatter Metz. Der Motor des "Spitzenmodells" "Wawe 9" (Stückpreis ungefähr 800 000 DM) mit seinen 320 PS bringt das 26 Tonnen schwere Fahrzeug auf fast

100 km/h. Die Pumpe kann bei einer Maximalleistung von 16 bar pro Minute 2200 Liter Wasser aus zwei drehbaren Rohren verschießen. Der Strahl reicht 65 m weit.

Bei vollem Druck wirkt der Wasserstrahl aus drei Metern Entfernung wie eine Kraft von 25 Kilogramm auf eine Fläche von 10 cm Durchmesser. Das Wasser kann zudem mit Reizstoffen versetzt werden.

Diese Wasserwerfer, die auch nach Südafrika und die Türkei zur "Aufstandsbe kämpfung" exportiert werden, können Menschen nicht nur durch Überfahren töten, sondern auch durch ihren Wasserstrahl, der knochenbrecherische Wirkung hat.

Als bei einer Gorleben-Demonstration im September 1982 Wasserwerfer des Typs "Wawe 6" eingesetzt wurden, trugen vom Wasserstrahl getroffene Demonstranten Rippenbrüche, Blutergüsse und Augenver-



Erneutes massives Aufgebot von Wasserwerfern gegen die Protestkundgebung am Dienstag Abend

letzungen davon. Als am Karfreitag 1984 Polizei die Zufahrt zu einer US-Kaserne "freispritzte", erlitt eine Frau schwere innere Blutungen. Ein anderer Demonstrant hatte eine Nierenprellung und einen Nabelbruch.

Schon 5 bar reichen aus, um einen Demonstranten durch die Luft zu schleudern. Dies war bei den älteren Wasserwerfern nahezu die Höchstleistung. Zudem war der Wasservorrat mit 4000 Litern schnell verbraucht. Die neuen Wasserwerfer, der "Wawe 6" mit 6000 Litern Tankinhalt und der "Wawe 9" mit 9000 Litern haben nun eine größere Kapazität und können selbst bei voller Fahrt aus allen Rohren schießen. Diese Polizeipanzer sind nun auch in "schwierigem Gelände" und engen Straßen "besser" einsetzbar. (Siehe hierzu "Spiegel" Nr. 41/85.)



FLUGBLATT VON GEGEN DIE STRÖMUNG



Vorbemerkung :

Schenkt man der bürgerlichen Presse Glauben, dann ist und war es ganz überflüssig, eine Demonstration gegen das Treffen der NPD-Faschisten zu organisieren:

Die NPD ist ein "stinkender Leichnam, der längst auf dem Friedhof der Geschichte moderte" (APN, 30.9.85).

Die NPD wird "aufgewertet" und durch die Antifaschisten "am Leben gehalten" (FAZ, 1.10.85) und:
Es waren doch nur "mickrige 80 NPD-Hanseln" (ebenda).

Abgesehen davon, daß es gerade auch ein Erfolg des Kampfes der Antifaschisten war, daß nur relativ wenige NPD-Faschisten in den Saal gelangten und etliche sich nicht dorthin getraut; abgesehen davon, daß faschistische Stoßtrupps keineswegs eine Massenbasis brauchen, um ihre Verbrechen an den Werktätigen aus anderen Ländern, ihre Überfälle auf Antifaschisten unter dem Schutz der Polizei, ihre Mordanschläge und Morde durchzuführen, so ist doch eins vor allem wichtig und muß dieser Verharmlosung durch die Journalisten der Bourgeoisie entgegengehalten werden:

Diese Stoßtrupps des Faschismus, ob die "legale" NPD oder die illegale NSDAP, ob die faschistischen "Grauen Wölfe" aus der Türkei oder die berüchtigten Vertriebenenverbände, all diese verschiedenen Abteilungen arbeiten zusammen mit dem Ziel, die faschistische Propaganda zu verstärken; und diese offen und unverhüllten faschistischen Abteilungen spielen wiederum ihre Rolle, um so die Faschisierung des Staatsapparates in Westdeutschland als "geradezu harmlos" erscheinen zu lassen, um den "etablierten" Parteien Spielraum zu verschaffen, damit ihre eigene rassistische Propaganda im Vergleich zu den faschistischen Stoßtrupps "seriös und gemäßigt" erscheint. Alle gemeinsam wirken so, um die Ideologie des Faschismus wieder salonfähig zu machen, ein Klima des Rassismus, der verstärkten Hetze gegen Antifaschisten und Antiimperialisten zu schaffen, um die Unterdrückung weiter verstärken zu können.

All das zeigt: Im Kampf gegen den Faschismus und die Faschisierung, gegen verschärzte Unterdrückung und Rassismus ist auch der Widerstand gegen Treffen wie das von der NPD absolut notwendig. Wer einen solchen Kampf für überflüssig erklärt, der unterstützt die Verbreitung faschistischer Propaganda.

Aber der Kampf gegen alte und neue Nazis genügt nicht. Denn die Faschisierung wird vor allem vom Staatsapparat vorangetrieben. Beim antifaschistischen Kampf kommt man am Staat des westdeutschen Imperialismus nicht vorbei, hier stehen die Antifaschisten einem unvergleichlich mächtigeren Gegner gegenüber, der auch der eigentliche Ziehvater der faschistischen Stoßtrupps ist.

Reicht aber dann nicht ein Kampf gegen den Staat der westdeutschen Imperialisten aus? Führt dann nicht ein Kampf gegen faschistische Stoßtrupps zur Verzettelung der Kräfte?

Das ist ganz falsch! KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM ORT!

Denn, wer nicht bereit ist, gegen offene und extreme Propagandisten des Faschismus, gegen die faschistischen Werkzeuge zu kämpfen, möglichst viele Kräfte zu mobilisieren, wie soll der in der Lage sein, den unvergleichlich schwierigeren Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat zu führen, der über viel mehr Erfahrung verfügt, über viel mehr Mittel der Unterdrückung und des Betrugs?



Nachfolgend das Flugblatt von GDS, das anlässlich der NPD-Versammlung im Gallus am 28.9. erstellt worden war. Nach dem Mord an Günter Sare verteilten wir das-selbe Flugblatt, nur mit dem Überdruck "Günter Sare von der Polizei ermordet", da sein Inhalt keineswegs durch die Ereignisse überholt war, sondern im Gegen-teil sich auf eine fürchterliche Art bestätigt hatte:

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

SEPTEMBER 1985

Keine Illusionen über den Staat des westdeutschen Imperialismus

Die braune Pest geht vom Staat aus!

VON DER PROVOKATION

* KAMPF DER FASCHISTISCHEN *
* PROVOKATION *

Zu wiederholten Malen haben sich alte und neue Nazis das Frankfurter Gallus-Viertel als Aufmarschgebiet ausgesucht. Nicht von ungefähr suchen sich die Faschisten diesen Stadtteil aus. Erst, wenn mehr eine unverhüllte Provokation geht über den Arbeitern und Arbeiterinnen insbesondere aus anderen Ländern, deren Bevölkerungsanteil in Gallus besonders hoch ist.

Die faschistische Hetzkampagne dokumentiert sich an den rassistischen und chauvinistischen Parolen, die in letzter Zeit vermehrt an Häuserwänden, Telefonzellen etc. stehen. Während linke Parolen in letzter Zeit von der Stadtverwaltung überpinselt werden, versuchen die faschistischen Täufden nur, weiter Faschisten die Sache selbst in die Hände zu nehmen.

Die gerechte Empörung gegen die neuerliche Provokation muß unterstützt werden. Doch dabei darf man:

- * keine Hoffnung auf die bürgerlichen Gerichte haben, deren Aufgabe es ist, der NPD und anderen Faschisten ihre "Versammlungsfreiheit" zu gewähren;
- * keinen Funken Hoffnung haben, daß es auch so "demokratische" Polizei versuchen wird, deren Aufgabe darin besteht, die Versammlungsfreiheit der Nazis mit allen Gewalt Mitteln durchzusetzen;
- * sich nicht von falschen Freunden ausspielen lassen: Erinnert sei dabei an das so schändliche Verhalten von verantwortlichen Polizisten DKPlern etc. im Dezember letzten Jahres als die antifaschistische Blockade des Haus Gallus gegen NPDler sabotiert wurde, indem man eine Demonstration weg vom Geschehen machte und mit der Polizei einen "Waffenstillstand" ausklingen ließ, der sich dann anschließend in Form von Polizeiknüppeln gegen die zurückgebliebenen, zur Blockade entschlossenen Antifaschisten entlud.

Die Geschichte hat es immer wieder bewiesen: Pazifistische Illusionen gegenüber der faschistischen Gefahr, Abwiegelei und Zurückweichen ermutigen und stärken die Faschisten. Wir können uns nicht auf ausgebuffte Parlamentarier und Spießertypen verlassen, wir müssen uns auf die eigenen Kräfte stützen, wir müssen

DIE SELBSTHILFE GEGEN DEN FASCHISMUS ORGANISIEREN!

PROVOKATION

* RASSISMUS UND CHAUVINISMUS WERDEN NICHT NUR VON DEN FASCHISTEN VERBREITET *

Das ganze Ausmaß, der schon erreichte Faschisierung in Westdeutschland zeigt sich heute in der sogenannten "Auslandspolitik". Hier läßt sich auch erkennen, wie die verschiedenen politischen Parteien und Kräfte im Dienste des westdeutschen Imperialismus tatsächlich koordiniert zusammenarbeiten. Offiziell darf davon nach Möglichkeit nichts sein, es wird in Gegenteil es darüber zu Absicherung dieser Politik, daß in der Öffentlichkeit vorwärts gegenseitig "Kritik" geübt wird, aber eben immer auf der Grundlage des Faschismus.

Die westdeutsche Bourgeoisie und ihre Propagandisten in Presse, Fernsehen und Parteien von der CDU/CSU bis zur SPD und auch die DGB-Bonzen präsentieren einen Sündenbock für die Krise des imperialistischen Systems: Angeblich, so tönen sie, sei es nicht der Kapitalismus, der ständig und gesetzmäßig Kri-

sen, Massenarbeitslosigkeit und Verschlechterung der Lage der Werktätigen hervorbringt, nicht das Profitsystem sei schuld, nein, schuld seien angeblich "die Ausländer".

Auf diesem Boden ist die deutsch-chauvinistische, ausgeprägt rassistische Hetze gegen Asylbewerber und die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem aus der Türkei, ungeheuer forciert worden:

Abschiebehaft für Asylbewerber, Ausweisungen bis hin zu Massenabschiebungen, KZ-ähnliche Sammellager für Asylbewerber, die noch auf ihre Abschiebung zu warten haben, Verbot von ausländischen Organisationen, die z.B. mit militärischen Aktionen auf den Faschismus in der Türkei hingewiesen haben - das ist die widerliche praktische Umsetzung der deutsch-chauvinistischen Hetze gegen die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Immer gravierender wird die staatlich angeheizte Atmosphäre des alltäglichen Faschismus in Westdeutschland, die "Gewöhnung" an alltäglichen Terror staatlicherseits oder durch Neofaschisten hat einen unerhörten Grad erreicht: Es vergeht kaum ein Monat, ja kaum eine Woche, in der nicht "am Rande erwähnt" wird, daß hier ein Asylbewerber aus Togo sich in Abschiebehaft erhängt, hier Neofaschisten ein Asylantenheim oder ein Haus von Arbeitern aus der Türkei, wie in Duisburg, anzündeten und die Bewohner verbrannten.

Solche Verbrechen zu brandmarken, sich vor allem auch klarzumachen, daß der von diesem Staat selbst betriebene Terror bei weitem den der Neofaschisten übersteigt, und dies ohne Illusionen über diesen Staat anzuprangern, ist eine wesentliche Aufgabe aller Kräfte in Westdeutschland, die einen wirklich konsequenteren Kampf gegen Rassismus und Pogromvorbereitung führen wollen.

Ob Genscher oder Zimmermann, Strauß oder früher Schmidt, Vogel oder Kohl, alle Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus haben schon längst die Weichen für die Abschiebung von Revolutionären aus anderen Ländern gestellt. Ihre Vorgänger haben früher die Weichen für die Züge nach Auschwitz gestellt, heute werden mit Flugzeugen Antimperialisten in die Folterkeller in aller Welt abgeschoben.

Öffentlich vergetragene "demokratische" Heuchelei in gleichzeitiger faschistischer Unterdrückung der heute schon in ganz besonderem Maße gegenüber Werktätigen aus anderen Ländern eingeschriebenen Interessen der westdeutschen Imperialisten ausgezeichnet.

Auch wenn heutiger Staat in Westdeutschland eine faschistische Diktatur noch nicht für erforderlich hält (wenn dies noch nicht nötig ist, mehr Nachteil als Vorteile hätte, "taktisch" gesehen also schädlich wäre), zeigt doch die Praxis des Abschiebens im Folterkeller, daß dieser Staat moralisch völlig auf dem Niveau des Faschismus steht. Dieser Staat leistet seine Arbeit in der Tradition des Hitlerfaschismus, er verlässt es wirklich zerschlagen zu werden!

28. 9. 85

GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
SEPTEMBER 1985

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Terminen und Standpunkte von:

• DIE KEMMLERUNG DER WAFFEN SS UND DER FASCHISTISCHEN WIRKUNG

• BITBURG: DAS SIND WIRTE

• DIE KEMMLERUNG DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

• FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE BEKAMPFT

• FÜR DEMOKRATIE DER MENSCHERECHTE AM 8. MAI 1985

• FÜR MÄRZ 21. - POLEN: EIN PROFIT

• ZUM 15. JAHRENSCHLUß DER FASCHISTISCHEN WIRKUNG

• ZUM 15. JAHRENSCHLUß DER REVOLUTION

BUCHLÄDEN
Georgi Dimitroff
KOBLENZER STR. 4 (Gallus), FFM

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mo-Fr 15.30-18.30 Uhr
Dienstag geschlossen
Samstag 9-14 Uhr

In deutscher, französischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:
• Antifaschistische Literatur inklusive Antikommunistischer Literatur
• Antifaschistische Literatur
• Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin

Bürgerliche Demokratie? Faschismus?

Diktatur der Bourgeoisie!

Die Ereignisse in Frankfurt, die Ermordung von Günter Sare, aber auch das Vorgehen der Polizei und der Staatsgewalt danach, das Demonstrationsverbot in Frankfurt, Massenverhaftungen dort wie in anderen Städten von Hamburg bis nach München, zeigten wieder einmal, wie es ist, wenn die grünen, verumumten Polizisten auf der Straße ausführen, was ihnen befohlen wurde.

"Demonstrationsrecht"? "Freie Meinungsäußerung"?... Demonstrationen wurden etwa in Frankfurt generell verboten. Strafrechtlich verfolgt werden alle, die von "Ermordung" oder "Mord an Günter Sare" sprechen, selbst Mandatsträger der GRÜNEN. Die sadistische Brutalität der Polizei auf der Straße, die Mißhandlung schon am Boden liegender Demonstranten, die Jagd auf Beteiligte wie Unbeteiligte, auf Presseleute ebenso wie auf einfache Passanten - all dies ließ den Schein vom "demokratischen Rechtsstaat", von "Verfassung" und "Demokratie" durchsichtig werden.

All dies machte zudem deutlich, welche Möglichkeiten diese Polizei mit ihrem Vorgehen in einer wirklich faschistischen Diktatur hätte, wie funktionsgerecht sie da hineinpassen würde. Und es war auch die gezielte Absicht der Polizei, ihre faschistischen Potenzen vor allem den militan-

ten Antifaschisten, aber auch der Bevölkerung insgesamt deutlich zu zeigen.

So hat z.B. der Einsatzleiter Bernhard in Frankfurt bei der Gefangennahme von 255 Demonstranten, die am Hauptbahnhof eingekesselt worden waren, über Lautsprecher ungeniert verkündet:

"DAS NÄCHSTE MAL BRINGE ICH EUCH INS STADION." (*)
(Aus einem Flugblatt der "Bürgerinitiative gegen die Flughafenweiterung Rhein/Main")

Und dies nicht etwa so nebenbei oder einzelnen Demonstranten gegenüber, sondern in aller Öffentlichkeit, über Lautsprecher.

Daß es Faschisten bei der Polizei gibt, ist eine Sache. Chileanische Verhältnisse sind der Traum nicht nur solcher Polizeioffiziere. Und auch die Zunahme neofaschistisch organisierter Polizisten ist inzwischen kein Geheimnis mehr und wird selbst von DGB-Gewerkschaftsfunktionären registriert.

Eine andere, viel wesentlichere Sache ist aber, daß solche Äußerungen und entsprechendes Vorgehen heute als "völlig normal" gelten, überhaupt nicht besonders zur Kenntnis genommen werden, nichts sind, über das sich aufzuregen lohnt. Daß solche

Fortsetzung Seite 14

(*) Nicht nur das Frankfurter Stadion ist offensichtlich für Massenverhaftungen vorgesehen, auch die Tiefgarage im Frankfur-

ter Flughafen mit ihren verschließbaren Stahltüren ist im Gespräch.

AUGENZEUGENBERICHTE ÜBER DIE BRUTALITÄT DER POLIZEI

(Pressekonferenz vom 29.9.85, Teach-in vom 10.10.85)

Neuer Schlagstockeinsatz, Sonntag, 29.9.85

Die Leute wurden beschimpft aus den Reihen der Polizisten, wie "Na, macht euch doch nichts aus, bald seid ihr selber dran", also, mit einer Eiseskälte, mit einer absoluten Brutalität wurde mit diesem Vorfall umgegangen, und das zu einer Zeit, wo bekannt war, daß der Mann tot ist. Desgleichen kam es heute im Verlauf von einer, na, sagen wir mal Trauerversammlung, vorne an der Stelle, wo das passiert ist, wo Blumen ausgelegt wurden und wo ein Verkehrsschild, eine Absperrung errichtet wurde, an der Stelle, wo diese Sache gestern passierte, es einen Polizeieinsatz und eine Festnahme erfolgte;

und kurz darauf rückte eine Hundertschaft Polizei und zwei Wasserwerfer an - und die Beamten stürzten auf uns los, prügeln auf uns ein, es gab wieder zwei Verletzte. Gott sei dank, nur leicht verletzt; einer davon Kopfplatzwunde - mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Also kann man feststellen, daß aus den Erfahrungen von gestern im Sinne von rücksichtsvoller - ja, das war um halb eins, eins - im Sinne von Rücksichtnahme oder wenigstens mal eine etwas zurückhaltende Verhaltensweise nichts zu spüren ist, im Gegenteil. Die Beamten hatten also nur zynische Sprüche auf Lager, und scheinen die Sache - das muß runter



Am Tag nach der Ermordung Günter Sares erneuter brutaler Schlagstockeinsatz der Polizei am selben Ort

gehen wie Öl. Das war an der gleichen Stelle wie gestern, also angesichts der Blutflecke - die Blutlache war zwei Meter entfernt. Das war Hufnagelstraße, Ecke Frankenallee.

Das Verhalten gegenüber der Mutter, Sonntag, 29.9.85

Die Mutter überhaupt hat vom Tod ihres Sohnes erst erfahren kurz vor der Pressekonferenz von uns - und nicht von der Behörde. Die Behörde hat überhaupt nicht die Angehörigen verständigt gehabt, und die Mutter ist natürlich dann, um erfahren zu wollen, was mit ihrem Sohn ist, zur Pressekonferenz mit uns hingefahren, und dann bekam sie nur irgendwas Zynisches, mit lachendem Gesicht gesagt: 'Ja, Pressekonferenz heißt, es ist nur für die Presse und nicht für Angehörige.' Das hat der Mutter noch mal so einen Schlag versetzt. Die hat da gestanden und hat sich nur noch am Pfahl festgehalten. Da haben wir gefragt, ob sie wenigstens einen Stuhl hergeben könnten für die Mutter, weil die nicht stehen konnte, die hat so geweint, und da haben sie gemeint, ja, Stühle hätten sie nicht, und wenn wir hier noch länger stehen würden, dann könnten wir noch was erleben, und ob wir immer noch auf einen Stuhl warten würden, hat ein Beamter gesagt.

Verhalten gegenüber Unbeteiligten

Am Dienstag, 1.10.85, ca. 19.45 Uhr, kam ich von meiner Arbeitsstelle mit dem Auto....

Der Demonstrationszug war bereits vorbeigezogen. Es folgten ihm Wasserwerfer, Polizeifahrzeuge und eine große Anzahl von Polizeibeamten mit Schlagstöcken, Schildern und Helmen. Ich hatte am Ende des Demonstrationszuges

aus der Entfernung (jemanden) entdeckt und stieg aus dem Auto aus, winkte ihm.. In diesem Augenblick spürte ich einen Schlag in den Rücken. Ich drehte mich um und sah zwei Polizeibeamte, die sofort weiter auf mich einschlugen. Ich erhielt Schläge auf dem Kopf, ins Gesicht, auf die Hüfte, in den Bauch, auf den Arm und in den Rücken. Meine Nase blutete stark ...

Einsatz gegen "Verdächtige"

Am 1.10.85, um 23.55 Uhr, beobachteten wir an der Konstablerwache eine Gruppe von ca. 30 Jugendlichen, die

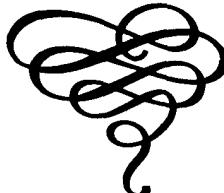


Polizeieinsatz an der Hufnagelstraße/Frankenallee

auf der Treppe saßen.

Ohne ersichtlichen Grund ... rannten auf einmal etwa 20 Polizisten mit gezückten Schlagstock unter Gejohle von der anderen Straßenseite der Konrad-Adenauer-Straße aus auf die Jugendlichen los, die versuchten, zu fliehen.

Etwa 5 Minuten später kamen die ersten Polizisten mit 6 festgenommen, die sich nicht wehrten, zurück. Einer der festgenommen blutete am Kopf.



Vorgänge ohne Folgen bleiben, sozusagen zum normalen Alltag der Polizei gehören, sagt einiges aus über den Stand der Faschisierung hier in Westdeutschland, ist ein untrügliches Indiz dafür, wie weit die Faschisierung schon fortgeschritten ist und wie die innere Vorbereitung auf die offen faschistische Diktatur im kleinen schon trainiert und direkt angekündigt wird, auch wenn sie heute im ganzen noch nicht nötig ist.

Zu sagen: "Das ist schon Faschismus", ist falsch und würde die ungeheuren Steigerungsmöglichkeiten des Terrors übersehen; es wäre eine Verharmlosung dessen, was möglich, aber heute noch nicht nötig ist.

Doch sich damit zu trösten, daß wir trotz allem doch immer noch eine "bürgerliche Demokratie" haben, ist nicht besser und übersieht, daß eine bürgerliche Demokratie sich stets und immer im Prozeß der Faschisierung befindet und daß dieser Prozeß in Westdeutschland schon weit fortgeschritten ist.

Diese "bürgerliche Demokratie" ist eben Demokratie für die Reichen, ihre Politiker und Unterhaltungskünstler, für die Sklavenhalter und diesen oder jenen Lieblingssklaven. Sie ist eine Demokratie für die Ausbeuter, in der die Masse der Ausgebeuteten nichts zu sagen hat und ihre Interessen nicht demokratisch vertreten und durchsetzen kann.

Bei der Durchsetzung der eigenen Interessen, beim Widerstand gegen Verbrechen wie das der Ermordung von Günter Sare, stößt man sofort auf die diktatorische Grundstruktur dieses Staates. Wer Widerstand leistet, wer nicht alles hinnimmt und duldet, was hier "im Namen des Volkes", im Namen von "Demokratie" und "Freiheit" verbrochen wird, der bekommt die ganze Gewalt des Staatsapparates, seine ganzen Machtmittel zu spüren.

"Der Staat entstand auf der Grundlage der Spaltung der Gesellschaft in feindliche Klassen, er entstand, um die ausgebeutete Mehrheit im Interesse der ausbeutenden Minderheit im Zaume zu halten. Die Machtmittel des Staates konzentrieren sich hauptsächlich in der Armee, in den Straforganen, im Polizeiapparat, in den Gefängnissen. Zwei Hauptfunktionen kennzeichnen die Tätigkeit des Staates: die innere (die hauptsächliche) - die ausgebeutete Mehrheit im Zaume zu halten, und die äußere (die nicht hauptsächliche) - das Territorium seiner herrschenden Klasse auf Kosten des Territoriums der anderen Staaten zu erweitern oder das Territorium seines Staates gegen Überfälle anderer Staaten zu verteidigen. So lagen die Dinge in der Sklavenhaltergesellschaft und unter dem Feudalismus. So liegen die Dinge unter dem Kapitalismus."
(Stalin, "Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B)", 1939, SW 14, S.227)

Dieser Staat der Diktatur der Bourgeoisie verstößt schon lange gegen seine eigenen Gesetze der bürgerlichen Verfassung, treibt "die Reaktion auf der ganzen Linie" voran, hat einen hohen Grad der Faschisierung erreicht und ist in der Lage, ohne allzugroße Umstrukturierungen alle demokratischen Rechte ganz vom Tisch zu fegen.

Was ist die Wurzel der Faschisierung und des Faschismus?
Die Lösung "Kapitalismus führt zum Faschismus - Kapitalismus

muß weg", gibt eine Antwort: Im Kapitalismus, dem Ausbeutersystem nach innen und nach außen, sind Kämpfe gegen dieses System bzw. gegen einzelne seiner üblichen Auswirkungen angelegt. Geht es nach den Interessen der herrschenden Klasse, dann müssen die Kämpfe, der Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten erstickt werden. Die Herrschaft des Kapitals soll nicht angetastet werden. Faschisierung, faschistische Unterdrückung ist Mittel zu diesem Zweck, und es gilt, beim Kampf gegen den Faschismus dessen Wurzeln, den Kapitalismus, auszurotten.



 * Es muß klar sein, daß
 * "jeder Staat, in dem das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, die Konstituierende Versammlung, das Parlament - das ist nur Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert...
 * Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache."
 * (Lenin, "Über den Staat", 1919, LW 29, S.476/477)
 * *****

EINSCHNITTE UND ABSCHNITTE DER FASCHISIERUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Die Faschisierung in Westdeutschland äußert sich in der zunehmenden ideologischen Schürung von Chauvinismus und Rassismus und einer dementsprechenden Politik gegenüber Ausländern und Asylanten. Sie zeigt sich wesentlich auch im Ausbau und der Perfektionierung des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Sie wird planmäßig vorangetrieben, wobei Phasen einer raschen Eskalation (oft unter Ausnutzung konkreter Ereignisse wie z.B. die in Frankfurt) Phasen scheinbarer Ruhe, in denen die Faschisierung mehr im stillen und eher unmerklich vorstatten geht, ablösen. Wichtige Einschnitte dieser Faschisierung seit Gründung der Bundesrepublik sind:

- Das KPD-VERBOT von 1956: Mit diesem Verbot hat sich der westdeutsche Imperialismus eine feste antikommunistische Grundlage geschaffen, mit der auch heute noch jede revolutionäre und vor allem wirklich kommunistische Kraft in die Illegalität gezwungen werden kann, wenn es die westdeutsche Bourgeoisie für nötig hält.

- Die NOTSTANDSGESETZE von 1968: Mit ihnen wurde die systematische Überwachung aller demokratischen und potentiell revolutionären Kräfte legalisiert. Es wurden die Grundlagen geschaffen, sämtliche Teile des staatlichen Unterdrückungsapparates unter Ausschaltung des Parlaments im "Notstandsfall" einzusetzen.

- BERUFSVERBOTE: Damit wurde die alte Praxis der Faschisten wiederbelebt, jede Einstellung wirklicher oder vermeintlicher Linker in den Staatsdienst zu verhindern. Systematisch und mit deutscher Gründlichkeit dürfen nun alle Bewerber mit Hilfe des Verfassungsschutzes durchleuchtet und gegebenenfalls abgelehnt werden.

- MOGADISCHU-STAMMHEIM 1977: Nach der Flugzeugentführung, durch die die Freilassung von RAF-Mitgliedern erzwungen werden sollte, wurden 3 RAF-Mitglieder "selbst" gemordet. In dieselbe Zeit (nach der Entführung und Tötung des alten Faschisten und Arbeitgeberpräsidenten Schleyer) fällt die bisher umfang-

reichste Fahndungskampagne: Durchsuchung ganzer Wohnblocks, von Zügen, Straßen sperren in ganz Westdeutschland, Überwachung sämtlicher Telefongespräche ins Ausland etc. Der - schon vorher mehr im stillen betriebene - finanzielle, personelle, technische und rechtliche Ausbau aller möglichen staatlichen Unterdrückungsinstrumente wie BKA, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz, Spezialtruppen zur "Terroristenbekämpfung" wie GSG 9 wird forciert. Presse, Radio und Fernsehen sind faktisch gleichgeschaltet. Die Gefangenen der RAF werden von ihren Rechtsanwälten isoliert usw. usf.

- SONDERPARAGRAPHEN: "Staatsschutzparagraphen" wie der §88a und der §129 sollen eine Gerichtspraxis absichern, die Strafen bis hin zu lebenslänglicher Haft verhängt, die in keinem Verhältnis zu den oft fehlenden bzw. äußerst fadenscheinigen Beweisen stehen.

- TODESSCHUSS: Er wurde juristisch abgesichert. Selbst bei offenkundigen Fällen von Mord gehen Polizisten immer wieder ohne jede Konsequenz weiter "ihrem Dienst" nach.

- ERSCHWERNIS VON DEMONSTRATIONEN: Steig wurde die Gelegenheit genutzt, Demonstrationen durch immer neue Auflagen zu erschweren. Immer häufiger werden und wurden Demonstrationen gegen Imperialismus und Faschismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung verboten.

- VERBOT AUSLÄNDISCHER ORGANISATIONEN, VERFOLGUNG AUSLÄNDISCHER REVOLUTIONÄRE: 1972 wurden die palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA verboten, 1983. DEVRIMCI SOL und HALK DER aus der Türkei. Revolutionäre werden in die Folterkeller ihrer Heimatländer abgeschoben, mit faschistischen Mordbanden wie z.B. den Grauen Wölfen wird zusammengearbeitet usw. usf. ●

GDS Nr. 35

Aus dem Inhalt:

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

ZUR REDE AM 8.MAI 1985:

- Weizsäckers groß demagogische Leistung



- Antisemitismus - wieder salafähig
- Polen - ein Prüfstein

WER DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS HEUTE NICHT BEKAMPFT, MÄCHT SICH MITSCHULDIG WIE DAMALS

- Die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus heute

GÜNTER SARE WAR NICHT DER ERSTE, DEN DER STAATSAPPARAT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS AUF DEM "GEWISSEN" HAT

Wir müssen uns mit aller Konsequenz bewußt machen, daß Günter Sare nicht der erste war, der von der Polizei getötet wurde, und ganz sicher auch nicht der letzte bleiben wird, der, ob Deutscher oder Ausländer, indirekt oder direkt

vom Staatsapparat, auf einer Demonstration, im Gericht, im Gefängnis, auf der Straße oder sonstwo im Kampf gegen imperialistische Politik ums Leben gebracht wird.

Allein in den 10 Jahren von 1974 bis 1983 sind mindestens 136 Menschen von der Polizei getötet worden, von den Schwerverletzten und zu Krüppeln Gemachten ganz zu schweigen. Diese Menschen wurden entweder im Rahmen gezielter Fahndungen getötet oder beim normalen Dienst und gelten dann als sogenannte "tragische Unglücksfälle". Die Verantwortlichen hierfür werden meistens überhaupt nicht zur Rechenschaft gezogen, und falls es doch einmal zu einer Anklage kommen sollte, dann werden sie allzu oft freigesprochen oder kommen mit einer glimpflichen Strafe davon.

Dies alles geschieht gleichermaßen unter einer CDU/CSU-Regierung wie unter der SPD. Nennenswerte Unterschiede lassen sich nicht feststellen, was auch nicht verwundert, ist doch jede bürgerliche Regierung, egal von welcher Partei sie gestellt wird, Sachverwalter des westdeutschen Imperialismus und muß und wird daher Gegner dieses Systems und seiner Politik verfolgen.

Die Liste derjenigen, die aufgrund ihrer politischen Gesinnung und ihres Kampfes Getöteten ist lang und doch nicht vollständig:

- PHILIPP MÜLLER. Er wurde am 11. Mai 1952 bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung der BRD und den Eintritt in die NATO erschossen.
- BENNO OHNESORG. Er wurde am 2. Juni 1967 beim Kampf gegen den Besuch des faschistischen Schahs von Persien in West-Berlin erschossen.
- RUDI DUTSCHKE. Er wurde als einer der Führer der Studentenbewegung 1968 von einem durch die bürgerliche Presse, vor allem die BILD-Zeitung, aufgehetzten Mann angeschossen und starb später an den Folgen seiner Verletzungen.
- PETRA SCHELM (Hamburg 1971), GEORG VON RAUCH (Westberlin 1971), THOMAS WEISBECKER (Augsburg 1972) wurden im Zuge der sogenannten "Terroristenfahndung" von hinten oder in angeblicher "Notwehr" erschossen.
- GÜNTHER ROUTHIER. Er war 1974 Zuschauer bei einem Prozeß wegen Kündigung eines Betriebsrats aus politischen Gründen. Er wurde dort von der Polizei so brutal mißhandelt, daß er im Juni

1974 an den Folgen dieses Polizeieinsatzes starb.

- NESET DANIS. Der türkische Arbeiter wird, ohne daß die Polizei eingreift, von Faschisten auf einer Veranstaltung im Mai 1974 brutal erschlagen. Anschließend verhaftet die Polizei Freunde des Ermordeten.
- VAHIT ÖNLER. Der türkische Arbeiter sollte in die Türkei abgeschoben werden. Er floh und wurde von der Polizei am 11.12. 1975 erschossen.
- ULRIKE MEINHOFF, ANDREAS BAADER, GUDRUN ENSSLIN, JAN CARL RASPE und INGRID SCHUBERT wurden 1976/77 tot in ihren Zellen aufgefunden, was von verschiedenen Seiten als gezielter Mord eingeschätzt wurde.
- HOLGER MEINS und SIGURD DEBUS starben 1975 bzw. 1981 an den Folgen eines Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Gefängnissen.
- WILLY PETER STOLL (Düsseldorf 1978) und ELISABETH VAN DYCK (Nürnberg 1979) wurden im Zuge der angeblichen "Terroristenfahndung" in "Notwehr" erschossen.
- OLAF RITZMANN. Er nahm im August 1980 in Hamburg an einer Demonstration gegen den damaligen Kanzlerkandidaten Strauß teil. Er wurde von der Polizei verfolgt und unter einen S-Bahn-Zug getrieben. Er starb am 29. August an den Folgen der schweren Verletzungen.
- KATIP SALTAN. Er wurde im August 1980 in seiner Wohnung in Aachen von den faschistischen Grauen Wölfen ermordet, einer faschistischen Bande, die ungeschoren und mit Unterstützung der Staatsorgane des westdeutschen Imperialismus Revolutionäre aus der Türkei brutal verfolgt bis hin zum Mord.
- KLAUS RATTAY. Er beteiligte sich an einer Demonstration gegen Bodenspekulation und Mietwucher in West-Berlin und wurde von der Polizei in den Tod getrieben. Er starb im September 1981.
- KEMAL ALTUN. Er sollte in die faschistische Türkei angeschoben werden und sprang im August 1983 in den Tod.
- UND JETZT GÜNTER SARE! ●

DERSELBE STAAT-DIESELBEN METHODEN!

PHILIPP MÜLLER:



Das Opfer: Am 11. Mai 1952 findet in Essen eine Demonstration gegen die Unterzeichnung des "Deutschlandvertrags" statt, in dem die Wiederaufrüstung der BRD und ihr Eintritt in die NATO festgeschrieben werden soll. Diese Demonstration wurde verboten, und die Polizei erhielt den Auftrag, die 30 000 Teilnehmer zu "zerstreuen". Ein Teil der Demonstranten setzte sich gegen die brutalen Attacken der Polizei zur Wehr. Daraufhin gab der Polizeioffizier den Befehl "Feuer frei! Die Polizei schießt in die Menge. Philipp Müller aus München, 21 Jahre alt, Mitglied der KPD und der damals schon verbotenen FDJ, wird erschossen.

Die Presse: Eine Hetze wird entfacht, um von den Schuldigen abzulenken: "Getarnte FDJ schießt auf Polizei in Essen", "Bei einer Demonstration von Kommunisten (wurde) auf die Polizei scharf geschossen" ("Die Welt", 12. Mai 1952); "Demonstranten mit Schlagwerkzeugen und Pistolenschüssen" (FAZ, 13. Mai 1952); "Kommunisten(gehen)dazu über, von ihnen aufgehetzte Jugendliche mit Schußwaffen auszurüsten, ohne Rücksicht auf Menschenleben" ("Die Welt", 13. Mai 1952) usw. usf.

Die Mörder: Gegen die Polizei wird nicht einmal Anklage erhoben. Sie ist vielmehr Hauptzeuge, um 11 angeklagte Jugendliche wegen "schwerem Aufruhr", "Auflauf", "schwerem Landfriedensbruch" und "Staatsgefährdung" für zusammen 6 Jahre und 4 Monate hinter Gitter zu bringen.

Eine aktuelle Einzelheit am Rande: Die SPD fordert statt Einsatz von Schußwaffen gegen Demonstranten, den Einsatz und die Anschaffung von Wasserwerfern. Sie hat "für die schwierige Lage der Polizei" Verständnis. ●

BENNO OHNESORG:



Das Opfer: Im Juni 1967 besucht der Schah von Persien, Oberhaupt der faschistischen Militärdiktatur im Iran, die "befreundete Bundesrepublik". 30 000 Polizisten werden mobilisiert, um ihn zu "schützen", Gefängniszellen werden für Demonstranten vorsorglich bereitgestellt. Bei der Demonstration in West-Berlin am 2. Juni 1967 gehen Polizei und bestellte "Jubelperser" brutal gegen die Demonstranten vor. Der 26-jährige Benno Ohnesorg wird dabei in einen Hof getrieben, mißhandelt und von dem Kriminalbeamten Kurras von hinten erschossen.

Die Presse: Alles wird so dargestellt, wie es nicht war. Es wird gegen die Jugendlichen und Studenten ungeheuer gehetzt: Demonstranten "umringten ihn (den Kripobeamten, A.d.V.) und traten ihn nieder. Als sie zum Messer griffen, zog der Kripobeamte seine Dienstwaffe..." (BZ, 3.6. 1967); "Das war keine politische Demonstration. Es war das Werk eines Mobs... Ihm ging es nur um Krawall, um Unruhe, um Prügelei. Um Terror." (Ebenda) "Drastische Maßnahmen gegen den maßlosen Terror der kommunistischen Studenten" werden propagiert (BM, 6.6. 1967).

Der Mörder: Der Kriminalbeamte Kurras wird wegen "fahrlässiger Tötung" angeklagt und ---- freigesprochen! ●

Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit: «Die Wahrheit ist eine häufig verbreitete Lüge.»

Im Zuge des Kampfes gegen die NPD und gegen die Ermordung Günter Sares wurden die militanten Antifaschisten keinesfalls nur von der Polizei, Wasserwerfern, Hunden gejagt. Eine Hetzjagd begannen auch die bürgerliche Presse und selbstredend auch Fernsehen und Rundfunk.

Das ist nichts Neues !

Die Erfahrung der Geschichte zeigte, daß der Faschismus nicht nur aus den Himmller und Heydrich, der SS und Gestapo bestand, sondern daß auch ein Goebbels, ein "völkischer Beobachter", ein "Stürmer" unerlässlich waren. Ein vielfältiger und umfassender Apparat zur Manipulation der verschiedenen Bevölkerungsschichten wurde in Bewegung gesetzt, "seriöse" Goebbelssche Friedensbeteuerung gesellte sich zu den Aufrufen zum "totalen Krieg", Sammlungen für "Kraft durch Freude", zu Judenpogromen !

Die ungeheure Bedeutung des Kampfes gegen die bürgerlichen Medien, vor allem auch die Presse, die an Ausrüstung, Verbreitung, Erfahrung etc. den wenigen ernsthaften Publikationen der Antifaschisten um das Tausendfache überlegen ist, zeigte sich wieder einmal anlässlich des Kampfes gegen die Ermordung Günter Sares. Es war eine der größten Schwächen, daß die kämpfenden Antifaschisten die Notwendigkeit, auch die bürgerliche Pressepoli-

tik zu bekämpfen, kaum oder gar nicht gesehen haben. (*)

Zwar wurden 30-40 000 Informationsflugblätter über den wahren Sachverhalt von einem rasch gebildeten Aktionsbündnis verteilt. Aber das war im Grunde auch schon alles.

Betrachtet man sich Stil und "Argumentation" der bürgerlichen Presse etwas genauer, wird klar, daß sie eine allseitige Einkreisungspolitik betreibt, eine Treijagd - aus jeweils verschiedenen Ecken heraus -, veranstaltet mit einem gemeinsamen Ziel.

Von der einen Seite kommt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" im Stil der "Deutschnationalen", die sich an das gehobene Bürgertum wendet, dann die "Frankfurter Rundschau", die sich mehr an die sozialdemokratisch eingestellten Leser und Bevölkerungskreise richtet, dazu stößt noch die Boulevardpresse, die ohne Hemmungen auf dem Niveau des faschistischen "Stürmer" mit Karikaturen zum Pogrom bläst.

Diese ganze "heilige Familie" ist überaus wirksam bei der ideologischen und politischen Unterdrückung der werktätigen Massen und eine mächtige Waffe der ungestraften Lüge und Verleumdung, des Volksbetrugs in der Hand der Bourgeoisie und ihres Staates.

(*) Ein extremes Beispiel, wie man es nicht machen sollte, liefert der Bundesvorstand der GRÜNEN mit seinem Sammelband "Günter Sare ermordet". Hier werden einfach kommentarlos auf fast 100 Seiten Artikel aus bürgerlichen Zeitungen

aneinandergereiht, deren Inhalt sich eben nicht von selbst entlarvt. Ein solches Vorgehen heißt wirklich, zur Verbreitung der Hetzkampagne gegen Günter Sare und die Antifaschisten beizutragen.

20

Wie gleichgeschaltet diese Presse schon ist, läßt sich besonders gut an einem Beispiel zeigen. Nachdem selbst für den Staatsanwalt die "Steinwurf-Theorie" unhaltbar schien, nach der Günter Sare vom Stein eines Demonstranten getroffen und tödlich verletzt worden sein sollte, wird zwei Wochen, nachdem diese "Steinwurf-Theorie" unermüdlich in allen Zeitungen den Lesern eingehämmert wurde, ein neuer infamer Versuch der Ablenkung von den eigentlich Schuldigen gestartet: Planmäßig wird ein Teilergebnis der Obduktion, das bisher zurückgehalten wurde, lanciert und in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen in sensationeller Aufmachung gleichzeitig verbreitet: Günter Sare habe 1,49 Pro mille Alkohol im Blut gehabt. Nach dem Motto "Das Opfer ist schuld" dient dieses Manöver ganz offensichtlich zur Diskreditierung und soll suggerieren, daß es wohl kein Wunder ist, wenn "so einer unter die Räder kommt".

WAS SIND DIE ZENTRALEN LÜGEN UND VERLEUMDUNGEN ?

Die bürgerliche Presse konzentrierte ihre Hetze im Grunde auf 5 zentrale Punkte, die im folgenden genauer betrachtet werden sollen:

1. Günter Sares Tod war ein "Unfall". Es muß ein "Unfall" gewesen sein, denn "Polizisten sind keine Mörder".
2. Die eigentliche Ursache für solche "Unfälle" liegt bei den "gewalttätigen Demonstranten".
3. Die "gewalttätigen Demonstranten" sind gar keine Demonstranten, sondern Verbrecher, denen es nur um "Krawall" und ums "Randalieren" geht.
4. Diese Leute sind "Sozialhilfeempfänger, Arbeitsscheue" und leben "auf Kosten der arbeitenden Menschen", mit denen sie nichts gemein haben.

5. Was hilft da eigentlich noch außer Verschärfung der Gesetze, härteres Durchgreifen, langjährige Freiheitsstrafen und das Aufstellen einer "Bürgerwehr" mit "Schrotflinten".

Diese fünf zentralen und aufeinander aufbauenden demagogischen Manöver der bürgerlichen Hetze haben einen so gewaltigen Einfluß auf den Großteil der Bevölkerung, und zwar nicht nur, weil sie geschickt an die Leute gebracht werden, sondern auch, weil sie an Realitäten ansetzen können, die beim Kampf gegen die bürgerliche Presse nicht vergessen werden dürfen. Wie sonst wäre es zu erklären, daß diese Lügen und Verleumdungen auf fruchtbaren Boden fallen und wirken?

DER ABERGLAUBE IN DEN STAAT

Da ist als erstes der Aberglaube an den Staat zu nennen, auf den diese Berichterstattung zurückgreifen kann. Nicht nur seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten ist von den herrschenden Klassen, ihren Politikern und Philosophen, von der Kirche "der Staat" als die zentrale Errungenschaft der Zivilisation gefeiert und propagiert worden. Diese eingepaukte "Staatstreue", die Beschwörung des "Rechtsstaats", der bei all seinen Mängeln doch das zentrale Gut sei, das es zu schützen und zu sichern gelte, an den die eigenen Interessen und ihre Vertretung abgetreten werden, bildet die Basis für das demagogische "Argument", daß "Polizisten keine Mörder" sind. Weil Polizisten als Teil dieses Staates im allgemeinen doch keine Mörder sein können, können sie auch im konkreten Günter Sare nicht ermordet haben - das ist die Logik, und mit ihr hat sich jede Untersuchung, ob es nicht doch ein Mord war, erledigt. Das Ergebnis ist von vornherein klar: Unfall.

So wies der hessische SPD-Innenminister Winterstein Vorwürfe ge-

OB "SPIEGEL", "FRANKFURTER RUNDSCHAU", OB "FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG", FRANKFURTER NEUE PRESSE", "ABEND-POST-NACHTAUSGABE" ODER "BILD" - ES IST DIESELBE HETZE!

BILD AM SONNTAG, 6.10.85:

Wer sind die Chaoten?...

Viele kassieren Sozialhilfe

Verfassungsschützer Frisch: „Die meisten sind Sozialhilfe-Empfänger ohne Beruf, abgebrochene Studenten, Arbeitslose, Bafög-Bezieher oder Schüler und Lehrlinge, die von ihren Eltern unterstützt werden.“

Ein Hamburger Verfassungsschutzbeamter: Bei uns sind rund 350 der harte Kern; 150 sind jederzeit zur Gewaltanwendung bereit. Die Mehrzahl lebt von Sozialhilfe, einige arbeiten gelegentlich, um wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe zu erwerben, wenige arbeiten regelmäßig.

ABENDPOST-NACHTAUSGABE, 2. und 3.10.1985

FRANKFURTER NEUE PRESSE,

1.10.85 :

Es sind Verbrecher, zu feige aber, ihr Gesicht zu zeigen.

FRANKFURTER RUNDSCHAU,

2.10. 85:

massiv ein ständig umstrittenes Grundrecht missbrauchen. Mehr ist da nicht zu bezeichnen. ...

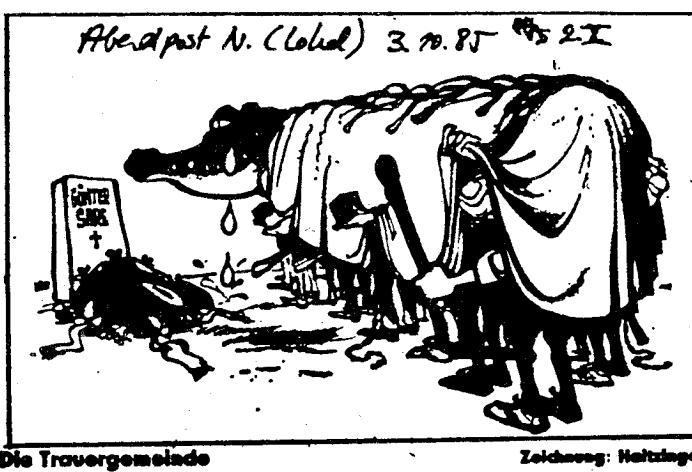
Mit Plünderern und Brandstiftern kann sich ohne Schaden für seine politischen Anliegen niemand „solidarisieren“.

SPIEGEL NR. 41/1985:

Heim auf zur Randalie: Plündernd und Steine werfend zogen fast eine Woche lang Schläger und vermuerte Anarchos durch die Straßen westdeutscher Städte. Ein Anarchist in Frankfurt wurde zum Vorwand für Gewalttäter, Ihren Aggressionen freien Lauf zu lassen und der Polizei blutige Straßenschlachten zu liefern - die richtige Szenerie für konservative Ordnungshüter, Furcht vor der Demonstrationsfreiheit zu schüren.



Diese Karikatur ist eine demagogische Meisterleistung, die nur in krasser Form zusammenfaßt, was die gesamte bürgerliche Presse zusammenschmiert: Die militanten Antifaschisten werden als hirnlose Krawallmacher dargestellt, die voller Brutalität und aus "Spaß an der Freud" "alles zerstören". Die Neonazis dienen ihnen lediglich als Vorwand, als kleine Stärkung, um besser "randalieren" zu können.



Die Trauergemeinde

Zeichnung: Hitzinger

FRANKFURTER ALLGEMEINE
ZEITUNG, 30.9. :

Randalierender Mob provoziert

gen die Polizei, der Demonstrant Sare sei von einem Wasserwerfer getetzt und absichtlich überfahren worden, als "ungeheuerlich" und "Vorverurteilung" zurück, entlarvt aber zugleich selbst seine vorgestäuschte "Neutralität" als pure Heuchelei, denn:

"Ich kann mir keinen Menschen, keinen Polizisten vorstellen, der sozusagen bewußt einen Menschen vor sich herjagt, ihn vorsätzlich überfährt oder das Überfahren auch nur in Kauf nimmt."

("Spiegel", Nr. 41/85, S. 29)

In dasselbe Horn bläst der hessische Vorsitzende der Polizei-Ge- werkschaft, Koppmann mit seiner LÜGE :

"Der Tod Günter Sares ist ein Unglück, das uns alle getroffen hat. Die Behauptung, die Polizei habe den tödlichen Unfall absichtlich herbeigeführt, ist nichts weiter als ein primitiver Racheakt gegen unsere Kollegen. Polizisten sind keine Mörder."

(APN, 1.10.85)

Warum greift diese Demagogie, obwohl doch die Rolle dieses Staates und seiner Polizei als Instrument zur Unterdrückung sich schon so oft massiv gezeigt hat, obwohl doch die Fälle von Mord durch Polizisten gerade in den letzten Jahren sich häufen?

Winterstein, Koppmann und wie sie alle heißen können mit ihrer Demagogie an die Gläubigkeit vieler Millionen Menschen in diesen imperialistischen Staat anknüpfen, die im Grunde durch eigene schlechte Erfahrungen noch ungetrübt ist. Auch wenn dem einen oder anderen ein bestimmtes Vorgehen einzelner Polizisten übel aufgestoßen ist, so sind die meisten trotzdem noch nicht mit der Polizeigewalt in ihrer ganzen Brutalität konfrontiert worden, die sich gerade bei der Unterdrückung von Demonstranten oft ungehindert austobt. Sie haben noch keine eigenen Erfahrungen mit der Bruta-

lität der Polizei gemacht und nehmen vertrauensselig auf, daß "nicht sein kann, was nicht sein darf", daß die Polizei im Grunde gut und nicht schlecht ist.

Im Kampf gegen diese Demagogie hilft keineswegs nur zu beschwören: Es war doch Mord! Es muß vielmehr auf die Kette von Ermordungen eingegangen werden, die Rolle des imperialistischen Staatsapparates grundsätzlich beleuchtet werden, wobei die Erfahrungen mit den gigantischen Verbrechen des Staates zur Zeit des Hitlerfascismus in Deutschland eine wesentliche Rolle spielen muß. Nur so kann der Glaube an den "im Kern doch guten" Staat gründlich und immer weiter, an den eigenen Erfahrungen der Massen anknüpfend, zerschlagen werden.

Bei dieser Aufgabe spielt eine entscheidende Rolle, daß bei Streiks der Arbeiter die Polizei ähnlich brutal bis hin zum Mord vorgehen wird, wenn es nötig erscheint. So wird der Bundesgrenzschutz ja schon für den Kampf gegen Fabrikbesetzungen geschult.

AUSNUTZUNG DER FEHLENDEN VERBINDUNG DER MILITANTEN ANTIFASCHISTEN ZU DEN ARBEITENDEN MASSEN

Die antifaschistischen, antiimperialistischen Demonstrationen und Aktionen sind nicht in den Betrieben verwurzelt, werden nicht von den Arbeitern getragen. Die Arbeiterbewegung liegt, von wenigen Ausnahmen abgesehen noch weitgehend an der Leine der proimperialistischen DGB-Führung, ist gefesselt und wird im "Leerlauf" gehalten.

Da die Demonstranten heute im großen und ganzen von der Masse der Bevölkerung isoliert sind, hat jede noch so plumpe Lüge eine große Wirkung. Kann doch die Tatsache ausgenutzt werden, daß die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung die doch sehr kleine

Bewegung der Antifaschisten und Demonstranten kaum persönlich kennt, sich nicht am Arbeitsplatz oder im Wohnbezirk selbst mit ihnen auseinandersetzen kann sondern auf die "Informationen" der bürgerlichen Presse angewiesen ist. Ganz anders verhält sich die Sache, wenn es einmal eine breite revolutionäre Bewegung gibt, die in der Arbeiterklasse verankert ist. Die Lügen und Verleumdungen der Bourgeoisie hätten hier einen machtvollen Gegner.

EIN ZENTRALES MANÖVER: "WÄRE GÜNTER SARE ZU HAUSE GEBLIEBEN, HÄTTE ER NICHT ERMORDET WERDEN KÖNNEN."

Der Mord an Günter Sare wird den "gewalttätigen Demonstranten" und ihm selbst in die Schuhe geschoben. Hätten sie nicht gegen die NPD-Versammlung gekämpft, hätte die Polizei nicht eingesetzt werden müssen. Wäre Günter Sare zu Hause geblieben, wäre er nicht ermordet worden. "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um" - das ist die Logik.

Hinter dieser Philosophie steckt der grenzenlose Zynismus der Sklavenhalter, die ihre Sklaven auf die Folgen ihrer Rebellion aufmerksam machen.

Das Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung auf den Kopf zu stellen gehört zum festen Repertoire der faschistischen Demagogie und des faschistischen Terrors:

Die Erschießung willkürlich herausgegriffener Menschen als Geisel sollte zur absurden Vorstellung führen, daß die Partisanen am Tod dieser Menschen schuld sind. Denn hätten diese nicht Aktionen gegen die Faschisten unternommen, hätten jene auch nicht "unschuldige Menschen" erschießen müssen. Keine Partisanenaktionen, also auch keine Geiselerschießungen - das sollte sich ins Bewußtsein der Bevölkerung Frankreichs, Albaniens, Jugoslawiens und vieler anderer Länder eingraben, um so

die Partisanen zu isolieren und um so ungehemmter die Bevölkerung der besetzten Länder ausplündern und vergewaltigen zu können.

Im Grunde unterscheidet sich die Behauptung, die Demonstranten, ja, Günter Sare selbst seien schuld, nur vom Ausmaß her, nicht aber den Kern betreffend, von der alten faschistischen Umkehrung von Ursache und Wirkung, die den Terror "begründen" sollte.

Denn wenn heute der Staat die Ermordung eines Demonstranten und den berechtigten Widerstand gegen diesen Mord zum Anlaß nimmt, Demonstrationen überhaupt zu verbieten, wenn im Zusammenspiel zwischen Staat und Presse die Demonstrierenden unmißverständlich vor dem "Risiko" gewarnt werden, dann ist die Absicht klar: Die Kämpfenden sollen eingeschüchtert werden. Der Pazifismus soll Auftrieb erhalten. Den sich gegen diesen Staat wehrenden Menschen soll nicht nur ebenfalls mit Sanktionen bis hin zu einem "tödlichen Unfall" gedroht werden, sondern ihnen soll nahegelegt werden zu glauben, daß, wer "friedlich" demonstriert, auch etwas erreichen kann, wer sich aber etwa gegen Neonazis wirklich wehrt, mit seinem Tod rechnen muß.

Aber betende und schweigend trauernde, pazifistisch jammernde Antifaschisten sind ganz sicher keine Gefahr, mit ihnen wird dieser Staat, falls nötig, leicht fertig. Wenn der militante antifaschistische Kampf erst einmal zerschlagen ist, dann ist es ein leichtes, sie fertig zu machen, so wie seinerzeit die Nazis nach der Zerschlagung der militäten antifaschistischen, von der KPD Thälmanns geführten Arbeiterbewegung sich in Ruhe die Sozialdemokratie, Katholiken usw. vornehmen konnten.

EIN WEITERES ZENTRALES MANÖVER :
DIE DEMONSTRANTEN SIND VERBRECHER,
GEGEN DIE NUR GEWALT HILFT UND
DIE "VOLKSSEELE" MOBILISIERT WER-
DEN MUSS

Nicht nur über Günter Sare, son-
dern über einen Großteil der De-
monstranten wird verbreitet, sie
seien im Grunde "Verbrecher", de-
nen es nur um Krawall, Randale,
Terror geht. Sie seien im Grunde

"Asoziale", die nicht arbeiten,
sondern Arbeitslosengeld erhal-
ten oder gar Sozialhilfeempfän-
ger sind. Hier wird ganz gezielt
damit Stimmung gemacht, daß Leu-
te, die Sozialhilfe empfangen, ja
"auf Kosten" der Steuerzahler le-
ben, von "diesem unserem Staat" er-
halten werden und sich doch dann
auch gefälligst entsprechend ver-
halten sollen, da sonst andere
Seiten aufgezogen werden müßten.

DIE IMPERIALISTISCHE PRESSE LÄSST DEN SPIESSBÜRGER
ZU WORT KOMMEN:

OFFENE DROHUNGEN MIT FASCHISTISCHEN POGROMEN,
MIT SCHROTLINTE UND BÜRGERWEHR !!

So schön der Morgen beginnt, so
schrecklich klingt der Abend aus. Im
Westen, im Gallusviertel, zeigt sich die
Stadt von einer anderen, schrecklichen
Seite. Ein Haufen gewalttätiger Randalierer, denen die Polizei hart entgegen-
getreten muß, bricht mit Schrecken und
Terror ein. Zaungäste des brutalen Ge-
schehens wagen schüchterne Blicke
hinter Gardinen hervor auf die Straße,
Autobesitzer rennen in Hemd und Hose
hinaus, um irgendwie ihr Fahrzeug in
Sicherheit zu bringen. Angst läßt Men-
schen erzittern. ...

Jenseits des
Mains, in Sachsenhausen, beherrscht
Fröhlichkeit den letzten September-
sonntag, und der Fluß glitzert wieder in
der Sonne. Doch mit den nachmittags
bald länger werdenden Schatten be-
schleicht wieder nackte Angst die Men-
schen in der Stadt;

FAZ, 30.9.85



Georg Schäfer vor seiner Kneipe in der Hufnagelstraße: „Wer zahlt mir den Verdienstausfall?“

„Georg Schäfer ist sauer: „Wenn man ein Geschäft hat, dann ist das ein ganz schlechtes Gefühl.“ Georg Schäfers Kneipe „Die Zeitungsentlieferung“ steht direkt neben der Todesstelle. „Wer zahlt mir denn den Verdienstausfall, ausge-
rechnet vor meiner Tür muß das passieren.“

Seit dem Tod des Demon-
stranten besuchen kaum noch
Straßenbewohner seine Knei-
pe, muß er schon nachmittags
um 15.30 Uhr schließen.
„Wenn es hier Krawalle gibt,
und die hier stürmen, kannst
du dir nur noch mit einer
Schrotflinte helfen...“ meint
er. APN, 2.10.85

AN-Leser bestürmen Wallmann

**„Raus mit Chaoten
aus Frankfurt“**

hr/kli Frankfurt. — Frankfurts Bürger haben Angst vor den
Chaoten! Sie haben Angst um ihre Stadt und davor, daß die Poli-
cier viel zu nachsichtig mit den „reisenden Gewalttätern“ sind

Edeltraud Musigmann: „Ist mein Leben in Frankfurt noch in Rödelheim eine Menge Leute, die sofort bereit sind, eine Bürgerwehr aufzustellen, wenn die Polizei überlastet ist. Solch ein Gesindel muß endlich wissen, wie wir Bürger denken, die SPD in Wiesbaden übrigens auch. Die Zustände sind doch unhaltbar!“

Georg Mayer: „Wir sind hier in Rödelheim eine Menge Leute, die sofort bereit sind, eine Bürgerwehr aufzustellen, wenn die Polizei überlastet ist. Solch ein Gesindel muß endlich wissen, wie wir Bürger denken, die SPD in Wiesbaden übrigens auch. Die Zustände sind doch unhaltbar!“ APN, 3.10.85

Daß die bürgerliche Presse angesichts von über 2 Millionen Arbeitslosen sich solche Ausfälle leistet, die auf die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung berechnet sind, zeigt, daß die Brutalität dieser Gesellschaft gegen schon "Ausgegliederte", gegen Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Obdachlose usw. noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Es zeigt, daß systematisch alle diese Gruppen als minderwertig, als "selber schuld" hingestellt werden, um so von den wahren Schuldigen abzulenken, davon abzulenken, daß alle diese Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit in diesem nur auf Profit berechneten Gesellschaftssystem beruhen. Die bürgerlichen Schreiberlinge stellen dagegen die Sache mit Absicht auf den Kopf. Sie machen einen Vorwurf daraus, daß jemand Sozialhilfe erhält, und werten dies als Zeichen für dessen "Schmarotzertum am Volkskörper", stellen dem die "ordentlich Arbeitenden" mit ihrem Auto, ihrem Kiosk, ihrer Kneipe an der Ecke, ihrem Sonntagsspaziergang entgegen und zielen damit auf die ungebrochene faschistische Tradition in noch viel zu vielen Köpfen ab.

Die Schlußfolgerung der bürgerlichen Presse aus all dem liegt auf der Hand: Verschärfung der Gesetze, mehr Unterdrückung durch den Staat und Mobilisierung des Mannes auf der Straße zur Bürgerwehr.

Hier tritt an die Stelle der Demagogie die direkte Drohung, zeigt sich die faschistische Fratze. Daß man zu diesem Zweck den "kleinen Mann" die faschistischen Forderungen mittels einer Telefonaktion ausposaunen läßt, ist auch seit Goebbels nichts Neues.

DEN KAMPF GEGEN DIE BÜRGERLICHE PRESSE FÜHREN

Ohne eine möglichst breite und gleichzeitig in die Tiefe gehende

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG fordert Polizei und Justiz auf, GEGEN DIE STRÖMUNG und namentlich Walter Hofmann zu verfolgen und zu bestrafen:

Es wurden Flugblätter verteilt, darunter auch eines, das den schweren Vorwurf des vorätzlichen Mordes gegen die Polizei und den Staat erhebt: „Die braune Pest geht vom Staat aus!“ Verantwortlich für das „Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands“ ist als Drucker, Herausgeber und Redakteur W. Hofmann aus der Homburger Landstraße genannt.

FAZ, 10.10.85

Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, ohne systematischen Kampf gegen diese bürgerliche Demagogie in Presse, Funk und Fernsehen, ohne Widerlegung und Zerschlagung ihrer Lügen und Verleumdungen wird eine Ausweitung und Verbreitung der noch isolierten militanten antifaschistischen Bewegung nicht möglich sein.

Beim Kampf gegen diesen gigantischen Manipulationsapparat müssen wir uns darüber bewußt sein, daß uns in Westdeutschland eine der erfahrensten imperialistischen Bourgeoisien der Welt entgegensteht, die mit vielfältigen Mitteln und einem umfangreichen technischen Apparat die ideologische Verdummung und Vernebelung der werktätigen Massen betreibt. Die bürgerliche Presse, Rundfunk, Fernsehen sind das wichtigste Instrument der herrschenden Bourgeoisie zur ideologischen Versklavung der Werktätigen, zur Sicherung des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Die "Freiheit ihrer Presse" benutzt die Bourgeoisie vor allem dazu, den Glauben an die Unerstüttlichkeit des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Demokratie zu verbreiten und aufrechtzuerhalten. Sie nutzt sie dazu, Pazifismus, Klassenversöhnung und Staats-treue einzuhämmern und Chauvinismus, Haß auf andere Völker zu verbreiten.

Lenin stellte klar, was "Presse-

freiheit" für die Arbeiter unter dem Kapitalismus bedeutet:

"Die 'Preßfreiheit' ist auch eine der Hauptlösungen der 'reinen Demokratie'. Aber wiederum wissen die Arbeiter, und die Sozialisten aller Länder haben es millionenmal gesagt, daß diese Freiheit Betrug ist, solange die besten Druckereien und die größten Papiervorräte sich in den Händen der Kapitalisten befinden und solange die Macht des Kapitals über die Presse bestehenbleibt, eine Macht, die sich in der ganzen Welt um so deutlicher und schärfer, um so zynischer äußert, je entwickelter der Demokratismus und das republikanische Regime sind, wie zum Beispiel in Amerika. Um wirkliche Gleichheit und wirkliche Demokratie für die Werktätigen, für die Arbeiter und Bauern zu erobern, muß man zuerst dem Kapital die Möglichkeit nehmen, Schriftsteller zu dingen, Verlagsanstalten anzukaufen und Zeitungen zu bestechen. Doch dazu ist es notwendig, das Joch des Kapitals abzuschütteln, die Ausbeuter zu stürzen und ihren Widerstand zu unterdrücken. Die Kapitalisten bezeichneten stets als 'Freiheit' die Freiheit für die Reichen, Profit zu machen, und die Freiheit für die Arbeiter, Hungers zu sterben. Die Kapitalisten bezeichnen als Preßfreiheit die Freiheit für die Reichen, die Presse zu bestechen, die Freiheit, den Reichtum zur Fabrikation und Verfälschung der sogenannten öffentlichen Meinung auszunutzen."

(Lenin, "Thesen und Referat über die bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats", 1919, LW 28, S.475)

Lenin erklärte, daß die Massen im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden können,

"ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeicheleien, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagwörtern jongliert, den Arbeitern alles mögliche...verspricht - wenn sie nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten." (Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23, S.114/115)

Eine spontan entstehende Bewegung des Widerstands z.B. gegen Ausbeutung und für bessere Lebensbedin-

gungen oder gegen staatliche Unterdrückung und für politische Freiheit führt zwangsläufig zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in ihren Reihen, wenn deren Einfluß nicht entgegengewirkt wird, wenn keine wirklich revolutionäre Führung existiert. Dies ist vor allem deshalb der Fall, wie Lenin in seiner Schrift "Was tun?" prinzipiell ausführt,

"weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt."

(Lenin, "Was tun?", 1902, LW 5, S.397)

Um die ganze Größe der anstehenden Aufgaben zu sehen und um sie bewältigen zu können, muß deshalb der Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen nüchtern geprüft und in Rechnung gestellt werden, wenn die vorhandenen bürgerlichen Illusionen umfassend und allseitig bekämpft werden sollen. Lenin führt dazu aus:

"Ihr seid verpflichtet, ihnen" (den Massen) "die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid Ihr verpflichtet, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortschrittlichsten Vertreter) nüchtern zu prüfen."

(Lenin, "Der 'linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, LW 31, S.43/44)

Was ergibt eine "nüchterne Prüfung" gerade im Zusammenhang mit der Ermordung Günter Sares und den darauf folgenden Demonstrationen und den darüber verbreiteten immensen direkten und indirekten Lügen der bürgerlichen Presse ?

Es zeigt sich, daß der in der Tat "viel älteren" und "vielseitiger entwickelten" Presse, die über "unvergleichlich mehr Mittel" verfügt, im Grunde gar keine ernste propagandistische Kraft gegenüberstand !

Die Flugblätter der Demonstranten hatten bescheidene Auflagen, waren jeweils ein, zwei Seiten lang und von einem relativ geringen Verbreitungsgrad, wohingegen eine Nachricht z.B. in der "Tagesschau" doch von vornherein Millionen Zuschauer erreichte und erreicht!

Diese manipulierende Propagandamaschinerie der Bourgeoisie muß ernst genommen, als wesentlicher Gegner und ernste und ständige Bedrohung begriffen werden. Sie ist eine Waffe in Händen der Bourgeoisie, und es wäre mehr als naiv zu meinen, diesen riesigen Manipulationsapparat durch die "Einschleusung" fortschrittlicher Journalisten zu einem Instrument der Wahrheitsverkündung und Aufklärung zu machen oder dazu auszunützen. Vielmehr müssen wir am Aufbau eines eigenen Propaganda- und Agitationsapparats arbeiten, der den Kampf gegen die Lügenmaschinerie und Ideologie der Bourgeoisie aufnimmt und seine sicherlich auch längerfristige materielle Unterlegenheit vor allem durch seine inhaltliche Richtigkeit, seine Übereinstimmung mit der Realität, seine Anerkennung und seinen Zuspruch durch die werktätigen Massen und die Schaffung eines weitverzweigten Netzes in Betrieb und Wohnviertel, in Stadt und Land, auf lange Sicht gesehen, ausgleicht.

Gesang der Rotationsmaschinen

Wahn und Lüge dieser Welt
Spein wir aus geschwätzgem Rachen
Was den Herrschenden gefällt,
Müssen wir vertausendfachen.

Einmal aber stehn wir still,
Lauschend in den leeren Hallen,
Wenn der Sklave nicht mehr will,
Wenn die Unterdrücker fallen.

Aus dem Dunst der schwarzen Pest
Werden wir erlöst erwachen,
Um der Freiheit Manifest
Zu verhunderttausendfachen!

1929

Erich Weinert

Für den Aufbau und das Funktionieren eines solchen Instruments der Aufklärung, eines Kampfinstruments gegen die bürgerliche Ideologie genügen die fundierte theoretische Analyse der Grundfragen dieser Gesellschaft, der Propagierung der Ziele einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung als einziger wirklicher Alternative nicht, so wesentlich und vorrangig sie auch sind.

Denn ohne aktuelle politische Enthüllungen anhand der eigenen Erfahrungen der Masse der arbeitenden Bevölkerung, ohne Zusammenfassung der betrieblichen wie lokalen Ereignisse und des Nachweises im Detail, daß dieses imperialistische System bankrott ist, wird und kann es überhaupt nicht gelingen, den breiten Massen die grundsätzlichsten Schlußfolgerungen über die notwendige Vernichtung des Kapitalismus, der Bourgeoisie einschließlich ihrer bürgerlichen Ideologie und die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus und Kommunismus nahezubringen.

Es ist eine zentrale Lehre der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Revolution aller Länder, daß all diese Aufgaben vor allem von einem Zentralorgan der Arbeiterklasse übernommen werden müssen. Dieses Zentralorgan muß Teil einer Organisation sein, welche auf wissenschaftlicher Grundlage das Programm, die Strategie und Taktik der Revolution ausarbeitet und propagiert und den praktischen Kampf der Massen organisiert und anleitet. Diese Organisation ist die kommunistische Partei. Diese Partei wird sich in den Betrieben verankern, unter den werktätigen und ausgebeuteten Massen bekannt sein und deren breite Unterstützung genießen. Mit ihrem gesamten Agitations- und Propagandaapparat wird sie die bürgerliche Ideologie bekämpfen, der Wahrheit in den Köpfen der breiten Massen zum Durchbruch verhelfen und das demokratische, antifaschistische, antiimperialistische und revolutionäre Bewußtsein schaffen, welches nötig ist, um SCHULTER AN SCHULTER MIT DEN PROLETARIERN ALLER LÄNDER, mit den unterdrückten Völkern, den Blut-

sauger- und Ausbeuterstaat des west-deutschen Imperialismus im bewaffneten Kampf zu zerschlagen; und den Staat der wahren Demokratie für die Werktätigen bei unbedingt notwendiger

ger Diktatur über die alte Bourgeoisie und alle Reaktionäre, den Staat der Diktatur des Proletariats, den Sozialismus und später den Kommunismus aufzubauen !

PROLETARIER ALLEN LÄNDEN VEREINIGT SICH!
PROLETARIER ALLEN LÄNDEN UND UNTERTANEN VEREINIGT SICH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ der Kritik der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nummer 20 Januar 1988 Preis DM 3,00

Zum "Verschlag" der KP Chinas "Für Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", 1985

DIE ERFORDERNISSE EINER INTERNATIONALEN MARXISTISCH-LEININISTISCHEN GENERALLINIE

Teil VI

Das Schema vom friedlichen und nichtfriedlichen Weg widerspricht dem Marxismus-Leninismus

-Diskussionsgrundlage-

GESEINSAME STELLUNGNAHMEN DER REDAKTIONEN VON:

ROT-GRÜNE, WESTDEUTSCHER KOMMUNIST, GEGEN DIE STRÖMUNG

WERTUNG ALLE LÄNDER WERKSTADT 1990
WERTUNG ALLE LÄNDER UND INDUSTRIELLE ALLEN WERKSTADT 1990

WIR DENKELENDE
IMPRESSUM

EINE SAATZEITZEITUNG VON ZWEI
MÄNNERN, DIE SICH VON DER
DAMIT DEUTSCHLAND SICH VON DER
WIRKUNG WIEDERHOLEN WOLLTEN

J. K. STALIN, 6. 11. 1956

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

1991

<div data-bbox="645 3829

Was wären ohne die

die Henker Pfaffen?

DIE POLITIK DER STAATSTRAGENDEN PARTEIEN DKP UND GRÜNE

In der ganzen Palette der bürgerlichen Presseorgane, die bisher behandelt wurden, fehlt noch die genauere Betrachtung der Propaganda von DKP und GRÜNEN.

Auch wenn deren Argumente sich teilweise mit denen der sogenannten "bürgerlichen" Zeitungen gleichen wie ein Ei dem anderen und die dahinterstehende grundlegende Einschätzung dieser Parteien zeigt, daß sie im Grunde bürgerlich-kapitalistische Parteien sind, spielen sie doch eine andere Rolle. In einem Punkt unterscheiden sie sich besonders: Sie wirken weitgehend innerhalb der antifaschistischen Bewegung (bzw. haben den Anspruch, diese zu repräsentieren). Teilweise werden sie zwar von dieser Bewegung selbst durchschaut, aber noch keineswegs verjagt.

Während ansonsten in der allgemeinen Hetze die Verteidigung des imperialistischen Staatsapparates im Vordergrund steht mit dem Ziel, die Verschärfung der Unterdrückung der Antifaschisten und Antiimperialisten propagandistisch zu unterstützen, konzentrieren sich DKP und GRÜNE darauf, gewissermaßen "von innen" die antifaschistische Bewegung zu schwächen, indem sie "bei aller Verständnis für Trauer und Wut" durch Verbreitung von Pazifismus den entschlossenen und militärischen antifaschistischen Kampf schwächen und demoralisieren wollen.

Während die DKP einerseits "Verständnis für die Jugendlichen" heuchelte, denunzierten sie andererseits ganz offen die Mili-

tanten als "von der Polizei bezahlte Provokateure". Trotzdem konnte die DKP in den Wochen nach der Ermordung Günter Sares auf allen Kundgebungen und bei allen anderen Gelegenheiten weitgehend unbekümmert ihre Propaganda verbreiten. Das zeigt die große Bedeutung der verstärkten Auseinandersetzung mit der Rolle der DKP.

Durch die Koalitionsverhandlungen der GRÜNEN mit der SPD in Hessen, die nur kurzfristig nach der Ermordung Günter Sares unterbrochen wurden, haben sich einerseits die Anhänger einer derartigen Koalition bei den GRÜNEN trotz aller geheuchelten Anteilnahme ziemlich deutlich als Kräfte entlarvt, die für eine Machtbeteiligung auch bereit sind, über Leichen zu gehen, haben sich für den SPD-Innenminister Winterstein eingesetzt, dem sie mit ihren Stimmen ausdrücklich das Vertrauen aussprachen etc.

Andererseits aber hat die Fraktion der GRÜNEN, die gegenwärtig eine Regierungsbeteiligung mit der SPD ablehnt (die sogenannten "Fundamentalisten"), durch ihre wortradikale Kritik an der SPD und ihren innerparteilichen Rivalen einen gewissen Anklang finden können. Dabei hat dieser Teil der GRÜNEN-Partei gleichzeitig keineswegs seine pazifistischen Grundlagen geändert. Während der diversen Demonstrationen bemühten sie sich auch aktiv, ihren Pazifismus in die Reihen der Demonstranten zu tragen: Wenn sie zum Beispiel mit einer Fahrrademonstration gerade in einem Moment auftauchten, als es die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei gab, so sollte das "ein Signal an beide Seiten" sein, "friedliche Formen zu wahren.

**LENIN: DIE BOURGEOISIE HAT ZWEI WAFFEN:
DIE HENKER UND DIE PFAFFEN !**

oooooooooooooooooooooooooooo

Mit Recht hat Feuerbach denjenigen, die die Religion mit dem Argument verteidigen, daß sie den Menschen Trost spende, die reaktionäre Bedeutung des Tröstens vorgehalten: Wer den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavenhalter.

Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten niederhalten. Der Pfaffe soll die Unterdrückten trösten, ihnen die Perspektiven einer Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausmalen (das läßt sich besonders bequem tun, wenn man für die „Realisierbarkeit“ solcher Perspektiven keine Gewähr leistet...) und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie revolutionärer Taten entwöhnen, ihren revolutionären Geist untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerstören.

(Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, 1915, LW 21, S.226)

An dieser Absicht der "Fundamentalopposition der GRÜNEN" ändert sich nichts, auch wenn die Anhänger dieser Fraktion selbst Polizeiknüppel zu spüren bekamen, verhaftet wurden, wie etwa die Sprecherin des Bundesvorstandes der GRÜNEN, Jutta Ditfurth, die kurzzeitig festgenommen wurde. Aber diese "Fundamentalopposition" erscheint dadurch weit glaubwürdiger, "ehrlicher", wodurch ihre pazifistische Propaganda auch größere Wirkung unter den Antifaschisten haben kann, wenn sie nicht gründlich entlarvt wird.

Gehen wir im einzelnen auf die DKP und auf die GRÜNEN ein.

**POLIZEI UND DKP : GEMEINSAM
GEGEN "GEWALTTÄTER"**

Schon ein Jahr zuvor hatten die DKP/SDAJ und ihnen nahestehende Gruppen in Absprache mit der Polizei eine Demonstration gegen die NPD-Faschisten im Stadtteil Gallus vorzeitig beendet und so die antifaschistische Blockade vom Haus Gallus gegen die Nazis

sabotiert, indem sie eine Demonstration vom Versammlungsort der NPD wegführten, um freie Bahn zu schaffen für den dann folgenden Polizeieinsatz gegen die zur Blockade entschlossenen Antifaschisten. Und auch in diesem Jahr handelten sie so: Die Politik der DKP/SDAJ hat System!

Auch diesmal ist die DKP/SDAJ in Absprache mit der Polizei so vorgegangen: Sie verlegte das Ende der Kundgebung auf Wunsch der Polizei um eine halbe Stunde vor, um so wieder einmal ihren Beitrag zu "Ruhe und Ordnung" zu leisten, damit die Polizei erneut möglichst ungestört gegen den "harten Kern" der Antifaschisten vorgehen könne. Bei eben diesem Polizeieinsatz wurde Günter Sare ermordet.

Nach dem Ende der Schlußkundgebung, als die entschlossenen Antifaschisten dazu übergingen, die ankommenden Nazis möglichst vor dem Erreichen der sie schützenden Polizeiketten abzufangen und zu verjagen, als es zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und An-

tifaschisten kam, die Polizei Wasserwerfer einsetzte und eine Gasse für die Faschisten zu bilden versuchte, damit die Faschisten die Blockade der Antifaschisten umgehen könnten, während dieser ganzen Zeit waren die DKP- und SDAJ-Führer damit beschäftigt, sich als Abwiegler und Denunzianten zu betätigen. So forderten sie die Demonstranten auf, sich in dieser Situation der handgreiflichen Auseinandersetzung mit der Polizei vor die Polizeiketten hinzusetzen, so daß diese die Möglichkeit gehabt hätte, die Nazis in aller Ruhe in das Haus Gallus zu eskortieren. Gleichzeitig forderten sie ihre Anhänger auf, die "N a m e n der Steinewerfer" festzustellen.

All das schwächte den Widerstand der Antifaschisten, erleichterte das Geschäft der Polizei. Und so war es kein Wunder, daß der leitende Polizeidirektor Vogel - wie später der Oberbürgermeister Wallmann und der hessische Innenminister Winterstein ebenfalls - die Organisatoren der Kundgebung für ihr "durchweg korrektes, gesetzliches Verhalten" (FR, 30.9.85) lobte!

In der Tat! Hatten die Wortführer der DKP/SDAJ am vorverlegten Ende ihrer Kundgebung ausdrücklich dreimal wiederholt - ganz im Stil der Polizei: "Die Kundgebung ist beendet", um zu signalisieren: Die vernünftigen Leute gehen nach Hause, den Rest erledigt die Polizei, so machte anderthalb Stunden später die Polizei auf ihre Weise Schluß mit dem antifaschistischen Protest: Sie überrollten mit einem ihrer gigantischen, zuvor aus dem Hof des Hauses Gallus gepreschten Wasserwerfer Günter Sare. Die DKP, ihre abwieglerische Propaganda und ihr ganz konkretes Vorgehen am 28. September zeigen: Sie haben Mitschuld an der Ermordung Günter Sares!

NACH DER ERMORDUNG VON GÜNTER SARE: DIE SCHANDE DER DKP...

Was für charakterliche und politische Schweinehunde diese Leute sind, zeigte sich auch in ihren in den folgenden Tagen verteilten Flugblättern:

MSB SPARTAKUS, Bundesvorstand und Ortsverband Frankfurt:

"Die demokratischen Grundrechte wie das auf Demonstrationsfreiheit dürfen weder durch Gewalt noch durch Einschüchterung eingeschränkt werden." ("Erklärung zum Tod von Günter Sare")

SDAJ:

"Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem NPD-Treffen und dem Tod von Günter Sare sind zu verurteilen. Die Hauptverantwortung tragen aber diejenigen, die das NPD-Treffen nicht verhindert und die Polizei mit einer menschenverachtenden Taktik zum Schutz der Nazis gegen Demokraten eingesetzt haben." ("Polizeischutz für Neonazis: 1 Toter in Frankfurt")

DKP: "Schon an der Startbahn West, in Krefeld und anderswo wurden die Kräfte sichtbar und enttarnt, die als Demonstranten verkleidet Provokationen starteten und dann Schutz hinter den Polizeiketten fanden." ("Stoppt Wallmann!")

Es ist wahrlich eine Schande, wie diese Leute - auch noch im Namen des Kommunismus! - die Hetze von der BILD bis zur Frankfurter Rundschau, von Winterstein und Wallmann bis zu Cohn-Bendit mittragen! Gewalt und Ausschreitungen gehen zwar "h a u p t sächlich" von der Polizei aus, aber - so schwingt es unausgesprochen mit - da sind ja auch noch die Verantwortlichen in den Reihen der Antifaschisten. Es folgt das schon

sattsam bekannte Lied: Alle Gewalttäter sind gleich, einerlei, ob Demonstrant, ob Polizist, ja eigentlich werden ja die militanten Antifaschisten von der Polizeiführung gesteuert..., als 'Beweis' genügt es ihnen, darauf hinzuweisen, daß es bezahlte Polizeiprovokateure gibt!!!:

So heißt es dann ganz direkt im oben bereits zitierten SDAJ-Flugblatt:

"Es spricht einiges dafür, daß auch am Samstag" (gemeint ist der 28.9.) "im Gallus vom Staat bezahlte 'Gewalttäter' ihre Finger im Spiel hatten."

"GEWALT FÜHRT DIE ANTIFASCHISTISCHE BEWEGUNG IN DIE ISOLATION"

Die DKP Hessen erklärte:

"Jede weitere Eskalation von Gewalt führt die antifaschistische Bewegung in die Isolation. Die alten und die neuen Nazis sind nur durch die Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung und nicht durch die Zuspitzung und Gewalttätigkeit der Aktionen zu schlagen." (UZ, 2.10.85, S.1)

Klar, wenn die revolutionäre Gewalt verteufelt wird, wenn ihre Berechtigung und Notwendigkeit nicht verteidigt wird, wenn der Verteufelung revolutionärer Gewalt nicht entgegentreten wird, dann isolieren sich die militanten Antifaschisten.

Aber daraus folgt eben nicht: Keine revolutionäre Gewalt!, sondern daraus folgt: Die revolutionäre Gewalt verteidigen und propagieren, den Pazifismus bekämpfen!

Sicher muß sich die antifaschistische Bewegung verstärken, mit dieser Notwendigkeit spekuliert hier die DKP. Aber was die DKP will, ist nicht die Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung im Sinne ihrer V e r s t ä r k u n g durch weiter ausgebretete Erkenntnis über Sinn und Zweck revolutionärer Gewalt, - nein, sie wollen eine Verbreiterung im Sinne einer V e r - b r e i u n g, einer Festschreibung des Pazifismus, im Sinne einer Vertreibung der Anhänger revolutionärer Gewalt. Das ist ihr erklärt Ziel, und eine solche "Verbreiterung" läuft auf eine gewaltige S c h w ä c h u n g der antifaschistischen Bewegung hinaus.

"SCHUTZ DER DEMOKRATIE..."

Die SDAJ fordert in ihrem Flugblatt die hessische Landesregierung dazu auf, sie solle doch zukünftig garantieren, daß die

"Polizei nur zum Schutz der Demokratie" eingesetzt werde.

Was für eine "Demokratie" im imperialistischen Westdeutschland herrscht, und wie ein "Schutz dieser Demokratie" durch den westdeutschen Staatsapparat, durch die westdeutsche Polizei aussieht, haben ja gerade die Ermordung Günter Sares, die Demonstrationsverbote der folgenden Tage, die Dutzende von Verletzten und Schwerverletzten nach den Knüppelorgien der Polizei, die Hunderte von Festgenommenen gezeigt:

Für die Profite der westdeutschen Imperialisten, für deren politische Ziele geht dieser Staat über Leichen!

DIE DKP NIMMT MIT IHRER "THEORIE VOM RECHTSKARTELL" DIE SPD IN SCHUTZ

Es ist ganz und gar kein Zufall, daß die DKP sich bei ihren Appellen, die Demokratie zu schützen, gerade an eine SPD - Landesregierung wendet: Ihre ganze Propaganda aus Anlaß der Ermordung Günter Sares war davon bestimmt, wieder einmal ihre "Rechtskartell"-Theorie aufzuwärmen. Danach ist nicht der westdeutsche Imperialismus ins-

gesamt verantwortlich für "Übergriffe", für zunehmende Unterdrückung, für verschärfte Ausbeutung und verstärkte Vererlenung der Arbeiter und Arbeitslosen und der übrigen Werktätigen, nicht der Staatsapparat im Dienste des westdeutschen Imperialismus insgesamt verfolgt seine durch und durch reaktionäre Politik, nein... !

Die DKP konstruiert einen "reaktionären" Teil der Bourgeoisie, deren Vertreter CDU/CSU/FDP sind, und einen "reformerischen" Teil mit der SPD als deren Vertreter.

SCHULD IST DIE CDU-MAFIA, schreien sie wieder einmal, und das, wo gerade die SPD die Polizei kommandiert hat, wo gerade die SPD die neuen Wasserkanonen angeschafft hat.

Die DKP versucht mit dieser Propaganda an der Tatsache anzuknüpf-

fen, daß die SPD eine andere Sprache spricht als die CDU/CSU, daß sie mit dieser unterschiedlichen Propaganda andere Teile der Massen der Werktätigen an diesen imperialistischen Staat binden will als die CDU/CSU, dabei aber das gleiche Ziel wie alle "staatstragenden Parteien" hat: den Staat des westdeutschen Imperialismus zu stärken. Die DKP verkauft also die Reformpropaganda der SPD alsbare Münze, um so die Versöhnung mit dem imperialistischen Staat zu erreichen.

KOMMUNISMUS UND DKP GEHÖREN ZUSAMMEN WIE FEUER UND WASSER

Der Anspruch der DKP, eine "kommunistische Partei" zu sein, "Marx treu" zu sein, ist also nichts als Augenwischerei und Fassade. Jedes Flugblatt, jede Zeitung der DKP zeigt, daß diese Jammerlappen und Abrieg-

DKP

Eine wesentliche ideologische Grundlage der DKP: DER FRIEDLICHE WEG ZUM SOZIALISMUS

Im harten Kampf muß durch die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk der unvermeidliche Widerstand des Großkapitals überwunden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung blutiger konterrevolutionärer Gewalt zu hindern und den für die arbeitenden Menschen günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen.

(Auszug aus dem "Programm der DKP", in: "Protokolle des Mannheimer Parteitags der DKP", 20.-22. Oktober 1978, S.253/254)

Diese Regierung würde – unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Geschichte und gestützt auf die demokratische Legitimation durch das Volk – die Armee, die Polizei, die Justiz und den Verwaltungsapparat sowie die Massenmedien vom Einfluß neonazistischer und militärischer Kräfte befreien und den Mißbrauch der staatlichen Machtorgane gegen das Volk und die verfassungsmäßige Regierung unterbinden.

contra LENIN:

"Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparates, usw., bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wieder einzuführen - nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten." (Lenin, "Thesen des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, LW 31, S. 174/175)

ler nichts, aber auch gar nichts mit dem revolutionären Geist und Handeln von Karl Marx und Friedrich Engels gemein haben, die in ihrer unverkennbar revolutionären Sprache erklärten - den DKPler klingt es in den Ohren:

Die steinernen Verhältnisse kann man nur zum Tanzen bringen, wenn man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt!

Die DKP aber hat nach dem Verbot der KPD 1956 als Preis für ihre Zulassung die Verherrlichung des Grundgesetzes des westdeutschen imperialistischen Staates auf ihre Fahne geschrieben und bekennt sich seit ihrer Gründung 1968 ausdrücklich zum Weg des friedlichen "Ringens um Mehrheiten", zur friedlichen "Veränderung durch das Parlament".

Kurz gesagt:

- Die DKP ist alles andere als eine revolutionäre, gar kommunistische Partei, sie ist im Gegenteil eine konterrevolutionäre, den imperialistischen Staat, den westdeutschen Imperialismus verteidigende Partei von Anfang an gewesen!

DKP - TREUER VASSALL DER IMPERIALISTISCHEN SOWJETUNION

So "friedlich" sich die DKP auch immer geben mag - an ihrer Haltung gegenüber den imperialistischen Verbrechen der Sowjetunion erkennt man, daß sie auch bereit ist, faschistische Verbrechen als "revolutionär" zu verkaufen.

Sprechen wir mit DKPler über Afghanistan, über den faschistischen Terror der sowjetischen Besatzungsarmee gegen die unterdrückten Völker Afghanistans, über Flächenbombardierungen von Städten und Dörfern, über den Einsatz von Napalm und Splitterbomben, ganz wie

gehabt bei den US-imperialistischen Einsätzen in Vietnam, versuchen sie mit allerlei Ausflüchten zunächst diese Verbrechen zu leugnen, wenn das dann angesichts eindeutiger Beweise nicht mehr gelingt, es zu rechtfertigen und als "revolutionär" zu verteidigen.

Ganz besonders spekulieren dabei die DKP-Leute mit der revolutionären Vergangenheit der Sowjetunion Lenins und Stalins und versuchen die konterrevolutionäre Machtergreifung der modernen Revisionisten nach dem Tode Stalins, die Existenz einer neu entstandenen imperialistischen Bourgeoisie in der Sowjetunion heute zu leugnen.

ALLE ERFAHRUNGEN ZEIGEN:
DER KAMPF GEGEN DIE DKP UND IHRE REAKTIONÄRE POLITIK MUSS VERSTÄRKT WERDEN

Sowohl die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate, wie auch frühere Erfahrungen in allen fortschrittlich-revolutionären Kämpfen, ihre politische Propaganda über den imperialistischen Staatsapparat, über die SPD und das sogenannte "Rechtskartell", ihre Haltung zum russischen Sozialimperialismus und seinen Verbrechen, schließlich ihre tagtägliche politische Praxis - all das zeigt:

Das wahre Gesicht der DKP, der SDAJ muß entlarvt werden, sie müssen aus den Reihen der revolutionären Antifaschisten und Antiimperialisten vertrieben werden.

Die Antifaschisten müssen immer wieder errinnert werden an die Rolle der DKP in Tageskämpfen wie auch an ihre Grundsätze, die mit dem Kommunismus nichts gemein haben. Solange diese Abwiegler und Denunzianten, diese Diener des Imperialismus mit allen möglichen Tricks und Schlichen immer wieder unter dem Deckmantel der "Einheit im Kampf" dabei sind, werden auch immer wieder Illusionen und Pazifismus gestärkt.

**DIE PARTEI DER GRÜNEN : MÖGLICHE STÜTZE
IM KAMPF ODER STÜTZE DIESES STAATES ?**

Nicht erst seit dem Mord an Günter Sare, nicht erst seit der frischgebackenen Koalition mit der SPD und der Regierungsbeteiligung in Hessen haben sich die führenden Vertreter der GRÜNEN einer heftigen Kritik von Bürgerinitiativen, der Anti-AKW-Bewegung usw. ausgesetzt gesehen. Mit Recht hat der Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD nach der Zustimmung der großen Mehrheit auf der Landesversammlung der GRÜNEN in Hessen zur Koalition festgestellt:

Nach dieser "deutlichen Entscheidung zugunsten der Koalition kann man feststellen, daß der Prozeß der GRÜNEN von einer reinen Protestpartei hin zu einer Partei, die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, nun abgeschlossen ist. Vor zwei Jahren wäre eine derartige Entscheidung nicht denkbar gewesen. Dies ist für den demokratischen Staat eine positive Entwicklung. Sie zeigt, daß der Großteil der GRÜNEN mit diesem Staat und seinen Organen versöhnt ist." ("FR am Abend, 28.10.85, S.1)

Was sich in zahlreichen Kämpfen und Bewegungen, bei Veranstaltungen und Demonstrationen immer wieder mehr oder weniger deutlich gezeigt hat, ist jetzt in Hessen tatsächlich zu einer neuen Qualität geworden, da frohlockt der SPD-Funktionär mit Recht:

Auch ein Mord an einem Demonstranten hält einen Teil der GRÜNEN nicht davon ab, mit den Verantwortlichen für diesen Mord gemeinsam eine Regierung, gemeinsam mit dieser reaktionären SPD-Politik zu machen!

Viele ehrliche Kräfte sind sicherlich geschockt über die Skrupellosigkeit und Vehemenz, mit der

die "Politiker" der GRÜNEN sich beeilen, so zu werden, wie die Parteienvertreter von CDU/CSU/FDP und SPD stets gewesen sind:

Demagogisch, korrupt, prinzipienlos, karrieristisch, arrogant, reaktionär.

Es wäre aber verhängnisvoll, wenn man nun kurzerhand die Diskussion über die Haltung zu den GRÜNEN als erledigt abhaken würde:

Zum einen führt sicher diese neue politische Eskalation der GRÜNEN in Hessen zu einer Diskussion bei ihren bisherigen Anhängern, auch wenn trotz aller Ernüchterung weiterhin große Illusionen in Hinblick auf die Grundlagen der Politik der GRÜNEN bestehen bleiben werden.

Weiter werden die sogenannten "Fundamentalisten" unter den GRÜNEN, die in "scharfer Opposition zur Koalitionsvereinbarung mit der SPD in Hessen" stehen, die jetzige Lage ausnutzen wollen. Unter Beibehaltung und Verteidigung der Grundlagen der Politik der GRÜNEN werden sie durch eine radikale Kritik an der Polizei, an der SPD usw. versuchen, wieder verstärkt Zustimmung von Seiten jener zu erlangen, die durch die Politik der Koalition mit der SPD begonnen haben, ihre Hoffnungen in die GRÜNEN aufzugeben.

Schließlich werden die GRÜNEN in der nächsten Zeit auch wieder bestimmte positive oder vielmehr vermeintlich positive Ergebnisse - auch durch die Koalition - verbuchen, was verstärkt die "Buchhaltermentalität" nähren wird:

Sicher, daß neue Wasserwerfer angeschafft wurden, ist schlecht, aber die wären ja so oder so gekommen, mit uns oder ohne uns, aber jetzt gibt es dafür mehr Zu- schüsse für Frauenhäuser...

**DIE POLITIK DER GRÜNEN HAT SIE
MITSCHULDIG AM MORD AN GÜNTER
SARE GEMACHT**

Auch wenn die Abgeordneten der GRÜNEN in Hessen glauben machen wollen, daß ihre Zustimmung zum Haushalt 1983/84 im Landtag durch angebliche "Erfolge" in einzelnen Bereichen gerechtfertigt wäre, so läßt sich nicht leugnen:

- Gelder für Projekte, die den GRÜNEN-Politikern "sozial" erscheinen, mußten sie bezahlen mit der Zustimmung zu neuen Hochdruckwasserwerfern des Typs, der Günter Sare überrollt hat;
- die Einführung der von den GRÜNEN als fortschrittlich gepriesenen "Förderstufe" im Schulsystem ist gekoppelt an die Zustimmung zum Bau des

"modernsten Gefängnisses in Europa" bei Darmstadt-Weiterstadt;

- Mehr Einsatz "für die Rechte der Frauen", angeblich garantiert durch eine Frauenstaatssekretärin der GRÜNEN, gibt es nur, weil die Ausgaben für "Aufgaben des Verfassungsschutzes" erhöht wurden;
- Minister- und Staatssekretärsposten erhalten die GRÜNEN in der Koalition nur, weil sie zuvor Gelder für die Polizeihubschrauberstation in Egelsbach und für nachtflugtaugliche Hubschrauber bewilligt haben.

Ein solcher Kuhhandel schien den GRÜNEN-Politikern zunächst "erlaubt", weil sie dachten: Das merkt doch keiner, da wird schon nichts passieren.

Drei Fragen an die GRÜNEN

(Diese Fragen wurden am 10.10.85 von GDS auf einem Teach-in in Frankfurt verteilt, auf dem über den Tod von Günter Sare diskutiert werden sollte)

DREI FRAGEN AN DANIEL COHN-BENDIT UND JOSCHKA FISCHER

1. DIE GRÜNEN SPRECHEN SICH GEGEN GEWALT BEI DEMONSTRATIONEN AUS.

WIE STEHT IHR ZU DEN VERSUCHEN DER MILITANTEN ANTIFASCHISTEN, DAS VERSAMMLUNGSRECHT DER NPD GEGEN DIE POLIZEI G E W A L T-S A M ZU VERHINDERN?

ZUSATZFRAGE AN COHN BENDIT: DER "PFLASTERSTRAND" IST FÜR DAS VERSAMMLUNGSRECHT DER NPD. LEHNST DU ALSO DEN VERSUCH, AM SAMSTAG DIE NPD-VERSAMMLUNG ZU VERHINDERN, Ü B E R H A U P T AB?

2. DIE GRÜNEN IM HESSISCHEN LANDTAG HABEN DEN HAUSHALT 83/84 ZUSAMMEN MIT DER SPD VERABSCHIEDET. DIESER HAUSHALT BEINHALTET DIE ANSCHAFFUNG VON WASSERWERFERN, DEN AUSBAU VON GEFÄNGNISSEN, POLIZEISTATIONEN ETC.

WELCHEN TEIL SCHULD TRAGEN DIE GRÜNEN AM TOD GÜNTER SARES, DER MIT EINEM WASSERWERFER ERMORDET WURDE, DER MIT DEN STIMMEN DER GRÜNEN ANGESCHAFFT WURDE?

3. DIE ERMORDUNG VON GÜNTER SARE HAT GEZEIGT, WELCHE ROLLE DIE BEWAFFNETEN KRÄFTE DES STAATSAPPARATS, DIE POLIZEI, HABEN.

WELCHE HALTUNG HABEN DIE GRÜNEN BEI EINER REGIERUNGSBETEILIGUNG ZUR POLIZEI (UND AUCH ZUR BUNDESWEHR)?

Gegen die Strömung, 10.10.85

Die Ermordung Günter Sares aber zeigte schneller als gedacht, wo hin eine solche Politik führt: Von der Billigung zur aktiven Unterstützung einer Politik der verschärften Unterdrückung ist es nur ein kleiner Schritt. Wer seine eignen politischen Ziele so verkauft, darf sich nicht wundern, daß er dafür geprügelt wird. Der hat sich eben mitschuldig gemacht an dieser reaktionären Politik, der kann sich nicht hinterher hinstellen und seine Hände in Unschuld waschen.

Dabei sind auch diejenigen nicht unschuldig, die eine solche Politik dulden, auch wenn sie gleichzeitig scharfe Kritik daran üben: Auch in der SPD gab es die

"schärfsten Kritiker" an der imperialistischen Politik eines Helmut Schmidt - aber all diejenigen, die meinten durch Opposition in der SPD dieser imperialistischen Politik etwas entgegensetzen zu können, waren letzten Endes nicht mehr als ein demokratisches Feigenblatt, das der SPD geholfen hat mit "kleinen, konkreten Erfolgen an der Basis" ihre Anhänger weiter an sich zu binden, von einem verschlossenen Kampf gegen eine solche imperialistische Politik abzuhalten.

Haben die sogenannten "Fundamentalisten" bei den GRÜNEN trotz ihrer oftmals berechtigten Kritik an der Polizei, trotz ihrer Entlarvung einer Mitverantwortung durch eine Regierungsbeteiligung der GRÜNEN etc. nicht eben diese Feigenblattfunktion bei den GRÜNEN?

Wenn der Abgeordnete der GRÜNEN, Jan Kunert, der strikt gegen eine Regierungsbeteiligung der GRÜNEN auftritt, dennoch bei der Vertrauensabstimmung für Börner und Innenminister Winterstein sich der Stimme enthält - während alle anderen GRÜNEN-ABGEORDNETEN diesen beiden imperialistischen Politikern ausdrücklich ihr Vertrauen aussprechen - statt ihnen das Mißtrauen auszusprechen, dann zeigt sich, daß eben auch die sogenannten "Fundamentalisten" so radikal gar nicht sind.

**Jedem das Seine:
PAZIFISMUS FÜR DIE DEMONSTRANTEN,
GEWALTMONOPOL FÜR DEN STAAT !**

Auf einer Kundgebung nach der Ermordung Günther Sares beschwore der Abgeordnete der GRÜNEN in Frankfurt, Koenigs, die Demonstranten:

"Wir müssen es fertig kriegen, die Spirale der Gewalt, die wir nicht begonnen haben und für deren soziale Ursachen wir nicht verantwortlich sind, zu durchbrechen. Lassen wir uns nicht in Fraktionen spalten. Der effektive Protest ist der friedliche Protest."
(FR, 2.10.85)

Da ist der Pazifismus der GRÜNEN, der so oder in mehr oder weniger varierter Form von allen Vertretern der GRÜNEN propagiert wird.

Unterschiede finden sich allenfalls darin, wie man sich gegenüber den "gewalttätigen Demonstranten" verhalten soll. Soll man sie ausgrenzen, also direkt angreifen? Dann muß man mit einer entsprechend scharfen Reaktion rechnen. Soll man das Ganze als soziales Problem, als momentane Wut entschuldigen? Dann werden sich die militanten Antifaschisten dagegen wehren, daß ihre bewußte Gegenwehr als ungewollte und unkontrollierte Reaktion auf den Polizeiterror diffamiert wird. Soll die Einheit beschworen werden, ausdrücklich auch mit den Steinewerfern, um sich nicht auseinanderdividieren zu lassen? Dieser Versuch, der darauf zielt, die Einflußmöglichkeit auf die Anhänger eines militanten Antifaschismus nicht zu verlieren, könnte die Glaubwürdigkeit der Linie der Gewaltlosigkeit in Frage stellen. Deshalb ist er mit der Propagierung des "friedlichen" Protestes als des "eigentlich effektiven" gekoppelt, um jegliche Militanz im Keime zu ersticken.

Gemeinsam ist all diesen Argumentationen die strikte Ableh-

nung gewaltssamer Auseinandersetzungen gegen die Polizei, gegen Banken und Konzerne - der Pazifismus.

Das ist die eine Seite. Und was wird für den Staat propagiert?

Einer der führenden Vertreter der GRÜNEN, Schily bringt unverblümt zum Ausdruck, wie seine Haltung zum Staat der westdeutschen Imperialisten ist:

"Ich bin ganz strikt der Meinung, daß wir auf das GEWALTMONOPOL DES STAATES nicht verzichten können." (FR vom 8.11.84)

Trotz aller Kritiken auch aus den Reihen der GRÜNEN selbst an Schily in dieser Frage, ist es nur konsequent, daß sich aus der ausdrücklichen und grundsätzlichen Erklärung des Gewaltverzichts für Antifaschisten und Antimperialisten ergibt:

Die einzige Kraft, die demzufolge ihre Politik mit Gewalt durchsetzen darf, sind die Kräfte des Staatsapparats, Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr!

Und auf welcher Seite solche Hauptvertreter der GRÜNEN wie Schily stehen werden, wenn der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus durch REVOLUTIONÄRE GEWALT bedroht und bekämpft werden wird, drückt er folgendermaßen aus:

"Jedoch darf keine Unklarheit darüber entstehen, daß Personen oder Gruppen, die mit Mord und anderen Gewaltmaßnahmen den Staat und die Gesellschaft bekämpfen, mit den gebotenen staatlichen Sanktionen entgegengetreten werden muß."

(FR vom 11.3.85)

Das ist deutlich! Angesichts solch klarer Bekenntnisse zum Monopol der herrschenden imperialistischen Staatsappalt wird auch die Bedeutung der zugleich propagierten Gewaltfreiheit gegenüber den Gegnern dieses Staates klar. Diese Lösung dient

solchen "führenden Köpfen" der GRÜNEN dazu, fortschrittlich und revolutionär gesinnte Jugendliche, die den Widerstand beginnen, völlig hilflos dem Tränengas, den Wasserwerfern und den Polizeiknöppeln der Staatsappalt auszuliefern. Hinter dieser Konzeption steckt die infame Doppelmoral:

GEWALTSAMER WIDERSTAND GEGEN DIESEN STAAT - N E I N !

GEWALT VON SEITEN DIESES STAATES ZUR UNTERDRÜCKUNG DIESES WIDERSTANDES - J A !

Mit der Propagierung ihres Pazifismus fungieren die Vertreter der GRÜNEN, ob sie es wollen oder nicht, ob sie es deutlich oder nur hinter vorgehaltener Hand aussprechen oder verschämt schwiegen, immer als Bremsklotz im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf. Sie helfen also letzten Endes mit, diesen gerechten Kampf niedzuhalten!

DIE GRÜNEN WOLLEN "DEN KONTAKT ZUR STRASSE NICHT VERLIEREN"

Die Partei der GRÜNEN trat an mit dem Anspruch, den zahlreichen Protestbewegungen in Westdeutschland ein "Bindeglied und Sprachrohr" zu sein. Dabei war es von Anfang an eine Aufgabe, "das Abdriften ins radikale Lager" zu verhindern. So appellierten sie auch immer wieder indirekt an die alteingesessenen Bonner Parteien, daß doch gerade sie es wären, die gegen die Gefahr auftreten würden, daß antifaschistische und antiimperialistische Kräfte "in den Untergrund" gingen. Daß hier die alten Bonner Parteien keinerlei Einfluß mehr haben, war klar, so daß niemand die entscheidende Rolle der GRÜNEN in dieser Hinsicht bestreitet - ob und welche Erfolge sie dabei haben, steht auf einem anderen Blatt.

Angesichts der militärtanten Demonstrationen in Frankfurt nach der Ermordung Günter Sares konnte so

der Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD mit Genugtuung feststellen:

Die GRÜNEN haben "eine Mittlerfunktion zu diesen Bevölkerungsgruppen." (FR, 2.10.85)

Und ein Frankfurter SPD-Abgeordneter meinte,

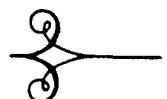
er begrüße den Einsatz der GRÜNEN, "mäßigend" auf die Demonstranten eingewirkt zu haben.

Die GRÜNEN haben für den westdeutschen Imperialismus objektiv die Aufgabe, gerade jugendliche, radikale Kräfte mittels der GRÜNEN-Partei wenigstens indirekt an der imperialistischen Staat zu binden, damit diese nicht vollständig und restlos mit der kapitalistischen Gesellschaft brechen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe haben verschiedene Figuren und Fraktionen der GRÜNEN entsprechend ihrer politischen Ausrichtung, unterschiedliche Möglichkeiten. Da spielen auch die "radikalen Fundamentalisten" ihre Rolle, während für andere mehr "der Mut eines Joschka Fischer" beeindruckend sein mag, mal etwas unkonventioneller und locke-

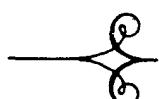
rer "Politik zu machen".

Natürlich nützen sich auch GRÜNE Politiker ab, sie verschleißen, je mehr die Konsequenz ihrer Politik sichtbar wird, je weiter sie sich durch ihre Praxis entlarven. Und in dieser Hinsicht haben etliche zentrale Figuren in den Wochen nach der Ermordung Günter Sares einiges an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit einbüßen müssen. Aber nur wenn von den wirklichen Antifaschisten die Politik der GRÜNEN-Partei, ihre p a z i f i s c h e n und v e r s ö h n l e r i - s c h e n Grundlagen, ihre VERTEIDIGUNG DES STAATES DES WEST-DEUTSCHEN IMPERIALISMUS konsequent entlarvt wird, wird der gefährliche Einfluß dieser Politik auf die kämpferischen Antifaschisten und Antiimperialisten nachhaltig und auf lange Sicht geschwächt.

Ohne konsequenteren Kampf gegen die Politik der GRÜNEN-Partei ist ein konsequenter Kampf gegen den Staat des westdeutschen Imperialismus unmöglich. ●



FLUGBLATT VON GEGEN DIE STRÖMUNG



Bemerkungen zum Teach-in, auf dem das Flugblatt verteilt wurde :

Nach der Beerdigung Günter Sares, die von großer Trauer geprägt war, zu einem Zeitpunkt, als nach Tagen der Kampf auf der Straße eine gewisse Erschöpfung spürbar wurde, kam es zu der Provokation der Realo-GRÜNEN, die mit anderen zusammen in der Universität ein Teach-in veranstalteten und als Redner u.a. J. Fischer und Daniel Cohn-Bendit einluden, so als hätten diese Leute noch etwas mit denen zu tun, die auf der Straße gekämpft haben.

Hinzu kam, daß kurz zuvor die Zeitschrift "Pflasterstrand" (Herausgeber Cohn-Bendit) sich nachdrücklich für das "Recht der NPD", sich zu versammeln, ein-

getreten war.

Die Empörung darüber war vollauf berechtigt, und GDS versuchte durch ein Flugblatt gegen die GRÜNEN und gegen die Position des "Pflasterstrand" die Linie der Unterdrückung der Faschisten und Reaktionäre, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu propagieren und eine Diskussion darüber zu entfachen.

Nachträglich kann man feststellen, daß die Punkte in unserem Flugblatt sich völlig bestätigt haben, ja daß die Vorstellung der GRÜNEN noch schlimmer war, als erwartet, etwa als Cohn-Bendit ein Loblied auf "unseren Rechtsstaat" sang.

Die zig Eier, die diesen Leuten, Fischer, Cohn-Bendit etc., um die Ohren flogen, zeigten, daß die Zeiten von "Friede-Freude-Eierkuchen" zumindest für dieses Teach-in aufgehoben waren. Und es wurde zurecht klargemacht, daß die GRÜNEN anscheinend den Anspruch verloren haben, die Leute von der Straße im Parlament zu vertreten und dafür lieber Wasserwerfer durch ihre Parlamentsarbeit mitfinanzieren.

Ein Sprecher von GDS legte die im Flugblatt genannten Argumente gegen eine "Freiheit für Faschisten" dar und bezog ausdrücklich auch Demonstranten in diese Kritik ein, die sich als Anarchisten verstehen und eine "freie Gesellschaft" propagieren. Er machte klar, daß die Lösung von der "Freiheit für alle" eben auch "Freiheit für Faschisten" bedeutet.

Obwohl anwesende Anarchisten aus dem "Libertären Zentrum" (das der FAU nahesteht), ausdrücklich für die Unterdrückung von Faschisten eintraten, wurde der offensichtliche Widerspruch zur Position der "Freiheit für alle" nicht weiter diskutiert.

(Es sei noch vermerkt, daß auf einem weiteren Teach-in am 25.10., das auf Initiative des "Libertären Zentrums" veranstaltet wurde, die Vertreter anarchistischer Ideen ihre programmatischen Vorstellungen nicht weiter erläuterten oder diskutierten. Statt dessen zeigte sich massives Desinteresse an einer derartigen Debatte.

Die Aufforderung eines GDS-Vertreters, über die Diktatur des Proletariats zu diskutieren, stieß auf starke Ablehnung, während gleichzeitig Vertreter der DKP mehr oder minder ungestört ihren Revisionismus und Pazifismus unter die Leute bringen konnten.)

"ES IST BEKANNT, DASS DER 'PFLASTERSTRAND' IMMER DAS RECHT DER NPD BEJAHT HAT, SICH VERSAMMELN ZU DÜRFEN."
 ("PFLASTERSTRAND" NR.220, S.5,ZUM TOD GÜNTER SARES)

Nun sitzen sie oben auf dem Podium, die Herren Cohn-Bendit ("Pflasterstrand" und Realo-SPD-Grüner) und J. Fischer (Realo-SPD-Grüner). Und sie werden als gelernte Demagogen radikal klingende Sprüche loslassen, um sich wenigstens etwas Beifall zu holen. Und hinter diesen Sprüchen wird dann mehr oder minder geschickt von ihnen der Versuch gestartet werden, ihre Linie der "Gewaltlosigkeit" und des Aberglaubens an den Staat zu propagieren: Die GRÜNEN in der Koalition mit der SPD werden im Parlament die Sache schon richten.

Günter Sare kämpfte für die Verhinderung der NPD-Versammlung und starb in diesem Kampf. Er appellierte nicht naiv an diesen Staat, er versuchte selbst mit den militärischen Antifaschisten zusammen, das "Verbot" der NPD-Versammlung durchzusetzen. Er hatte nichts gemein mit der Linie, die anlässlich seines Todes in zynischer Weise bekräftigt wurde, nämlich daß - oh, wie liberal - der "Pflasterstrand" das "Recht der NPD" auf ihre Versammlungen verteidigt.

Freiheit für die Faschisten! Freiheit für die Ausbeuter! Freiheit für die Sklavenhalter! ??? Herr Cohn-Bendit ???

Natürlich stammelt er etwas von "So hab' ich das nicht gemeint, auch ich bin gegen die Braunen" etc. Mag alles sein, aber er propagiert ihre Freiheit und damit unsere Unterdrückung!

Die Ablehnung von Gewalt, ja diktatorischer Mittel gegen die Faschisten ist im Grunde von dem "Anarchisten" Cohn-Bendit nur konsequent, denn Anarchie bedeutet ja "ohne Herrschaft". (Jene militärischen Antifaschisten, die sich selbst gerne "Anarchisten" nennen

oder dafür halten, sollten darüber nachdenken, ob sie wirklich die Diktatur über die Faschisten und alle Reaktionäre - also die Diktatur der Arbeiterklasse - gemeinsam mit einem Herrn Cohn-Bendit ablehnen wollen.)

Günter Sare wollte keine Versammlungsfreiheit für die Faschisten. Er akzeptierte offensichtlich "Demokratie auch für die Faschisten" nicht, so wie er sowieso nicht an die "Demokratie" in diesem Staat oder gar an eine GRÜNE-SPD-Koalition oder ähnlichen Dreck glaubte.

Er kämpfte wirklich gegen die "Demokratie für die Faschisten" und damit stand er in unversöhnlichem Gegensatz zu solchen Helden wie Cohn-Bendit und Fischer, die sich nicht entblöden, weiter an diesem Staat herumzuflicken, größere Gefängnisse zu bauen, mehr Waffen, bessere Waffen, größere Wasserwerfer anzuschaffen, wie sie es bisher schon getan haben durch die Zustimmung zum Haushalt der Hessischen Landesregierung.

Wir meinen, die Ermordung von Günter Sare zeigt:

KEINE DEMOKRATIE FÜR DIE FASCHISTEN UND ALLE REAKTIONÄRE. DIESER STAAT VERDIENT ES, IM BEWAFFNETEN KAMPF DER VOLKSMASSEN ZERSCHLAGEN ZU WERDEN!

KAUM ZU GLAUBEN, ABER AMTLICH!

Auszüge aus dem "Pflasterstrand", Nr. 220, Oktober 1985

Für das Versammlungsrecht der NPD

"Es ist bekannt, das der »Plasterstrand« immer das Recht der NPD bejaht hat, sich versammeln zu dürfen."

"Der Totschlag an der Frankenallee kommt aus »heiterem Himmel« — anlässlich einer Gegenkundgebung zu einer ins proletarische Gallusviertel abgedrängten NPD-Parteiveranstaltung, von der niemand etwas wußte oder wissen wollte. Außer jenen Parteidemonstranten und Autonomen, die an einem solchen Ereignis noch und immer wieder ihre politische Identität erproben. Daß das schon so oft reproduzierte Ritual gegen Neu- und Altfaschisten . . ."

Nur für Leute, die "Dampf ablassen" wollen, ist der Staat immer noch "Feind Nr. 1"

"Das war aber auch alles: Dampf ablassen. Jenseits der grünen und/oder postrevolutionären Intellektuellenkultur gibt es noch eine städtische Szene, die der Paradigmawechsel nicht erfaßt hat und denen der Staat immer noch der alte ist: unmittelbare Bedrohung und Feind Nummer 1."

"Künstlerischer Beitrag" zur Ermordung Günter Sares, der nicht der "Nationalzeitung" einfiel, sondern dem "Pflasterstrand"



Polizeilüge im "Pflasterstrand": Günter Sare nur "zufällig gestorben"

"So ist Günter Sare auf gemeine Weise zufällig gestorben."

Stellungnahmen aus den Reihen der GRÜNEN

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag: Verständnis für die "schwierige Rolle" der Polizei und Unterstützung bei ihren Aufgaben

Polizei

Ein Merkmal des freiheitlichen Rechtsstaates ist Rechtssicherheit für den Bürger. Er muß wissen und erkennen können, was Recht ist, und die Sicherheit haben, daß Recht notfalls mit staatlicher Hilfe durchgesetzt wird.

Der Polizei fällt dabei eine schwierige Rolle zu: Aufgrund verschiedener, manchmal gegeneinanderstehender Aufgabenstellungen (Gefahrenabwehr für den einzelnen Bürger, Durchsetzung und Kontrolle gesellschaftlicher Regeln des Zusammenlebens, Durchsetzung politischer Entscheidungen, Schutz übergeordneter Staatsinteressen etc.) gerät die Polizei bisweilen in die Situation, als ausführendes Organ für die darunter stehenden Entscheidungen verantwortlich gemacht zu werden. Dies kann einerseits zur Konfrontation... ("Vereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN", 4.6.84, S.101)

GRÜNEN-Landtagsabgeordneter Vielhauer anlässlich der Ermordung Saress: "Dergleichen" "kann unter jedem Minister" passieren. - Auch einem Minister der GRÜNEN?!!!!!!

"Danach geht ja das „Nostke-Syndrom“ an. Wie sollten sich Grüne aber als ministerielle Amtsträger verhalten, wenn es sie denn geben sollte? Erstens haben wir nicht die Forderung nach dem Innenministerium erhoben. Zweitens kann unter jedem Minister dergleichen passieren." (TAZ vom 1.10.85)

Schily von den GRÜNEN: Für das Gewaltmonopol des STAATES!

"Ich bin ganz strikt der Meinung, daß wir auf das GEWALTMONOPOL des Staates nicht verzichten können." (Interview in "Frankfurter Rundschau" vom 8.11.1984)

GEGEN DIE STRÖMUNG, 10.10. 1985

DEN TEXT LIEFERT DIE FAZ, DIE BILDER DER "PFLASTERSTRAND":

Gestiefelter Ungeist

(FAZ, 30.9.85)



Foto: Klaus KatarSKI

Demostiefel



Foto: Klaus KatarSKI

Nachdem am 30.9.85 in der FAZ ein T. Kirn mit einem Kommentar "Gestiefelter Ungeist" gegen "geplante Krawalle" hetzte, zog der "grüne" Pflasterstrand Nr. 221 mit den zwei Fotos "Demostiefel" und "Polizeistiefel" künstlerisch nach, um Demonstranten dadurch zu diskreditieren, daß sie mit der Polizei auf eine Stufe gestellt werden.



Foto: Klaus KatarSKI

("Pflasterstrand" Nr. 221, Oktober 85)

Einige Erfahrungen der Kämpfe

Schon am Abend, an dem Günter Sare ermordet wurde, zeigte sich, was auch auf vergangenen Demonstrationen schon zu bemerken war:

Ohne die zum militanten Kampf entschlossenen Antifaschisten wäre eine wirksame Opposition gegen faschistische Kräfte in Westdeutschland, gegen die sich weiter verstärkende Unterdrückung durch die westdeutsche Polizei, dem bewaffneten Arm der westdeutschen Imperialisten, gar nicht erst zum Zuge gekommen. Alles wäre in "geordnete Bahnen" gelenkt worden, d.h. : Die NPD hätte ihre Veranstaltung ungestört durchgeführt und ihre faschistische Hetze im Arbeiterviertel Gallus fest verankern können. Die Polizei hätte zur Tagesordnung übergehen können, nachdem sie wieder einmal ihr schmutziges Handwerk erledigt hat, diesmal im Dienst von Faschisten, das nächste Mal zum Schutz von Streikbrechern oder zum Schutz der Faschisten aus Südafrika, zum Schutz der westdeutschen Banken, etc.etc.

So ist es zum Glück nicht gelaufen.

Von Anfang an war klar, daß die Faschisten mit allen Mitteln daran gehindert werden würden, ihre Veranstaltung durchzuziehen. Das wußte die Polizei schon von früheren Jahren, so daß sie sich generalstabsmäßig darauf vorbereitet hatte und Wasserwerfer und jede Menge Polizei bereits vorsorglich aufgefahren hatte. Es war klar, daß die höchstoffiziösen Veranstaltungsleiter von DKP über Jusos, Gewerkschaftsbunden und Demokratische Sozialisten wieder mit der Polizei zu-

sammenarbeiten würden, um rechtzeitig die Straße für die Polizei "frei" zu machen - und so geschah es auch: Pünktlich um halb acht erklärten die Veranstalter ihre Kundgebung für beendet, während die wirklich kämpfenden Antifaschisten dafür sorgten, die Faschisten von der NPD am Betreten des Haus Gallus zu hindern, trotz Polizeigasse für Faschisten, Prügeleinsatz etc.

Die kämpfenden 3-400 Militanten haben sich eben nicht von Polizeiuniformen, Knüppeleinsätzen, ja Wasserwerfern im Einsatz von ihrem durch und durch gerechten Kampf gegen den Faschismus abhalten lassen.

Nach der Ermordung von Günter Sare waren es eben vor allem diese Kräfte, die in den folgenden Tagen der Polizei große Sorgen bereiteten, wären sie nicht gewesen, man wäre mittels einer oder mehrerer dreckiger Lügen zur Tagesordnung übergegangen. So aber wurden die folgenden Tage Tage des Kampfes gegen die Polizei, gegen den Staatsapparat und richteten sich damit gegen die Klasse, die diese Polizei kommandiert, die westdeutsche Bourgeoisie. 2000 bis 3000 Antifaschisten, Antimperialisten, Demokraten, Kommunisten und Anarchisten ließen sich trotz massivster Drohungen, trotz eines ungeheuren Polizeieinsatzes, Massenverhaftungen und Einkesselungen, massenhaften Personenkontrollen etc. nicht davon abhalten, unüberhörbar die Wahrheit zu verbreiten:

"POLIZEI - SA - SS "

"POLIZISTEN SIND MÖRDER UND FASCHISTEN "



"GÜNTER SARE - DAS WAR MORD -
 KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM
 ORT !"
 "FÜR DIE NAZIS UND DIE REICHEN
 GEHT DIESER STAAT ÜBER LEICHEN !"
 usw.

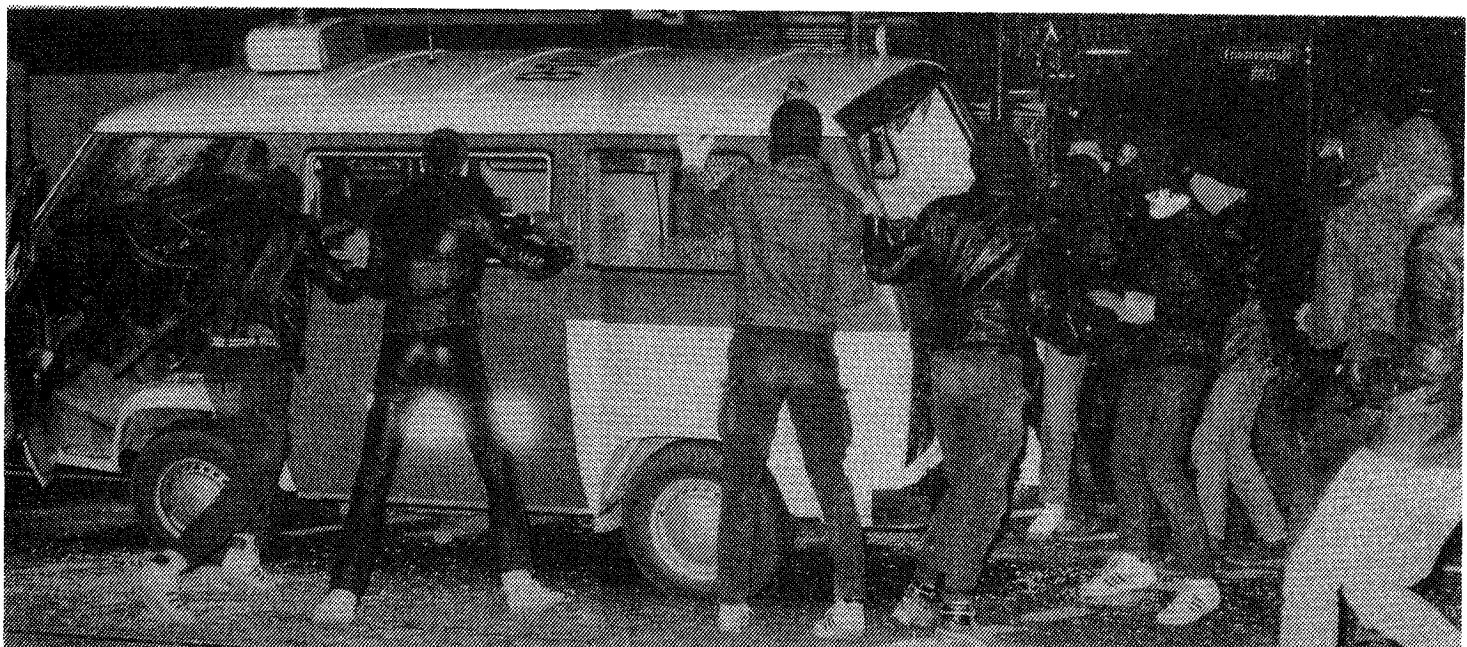
Für etliche war die Unterstützung dieses Kampfes, die Beteiligung an den diversen Demonstrationen und Aktionen nach vielen Jahren des Abseitsstehens ein Parteiergreifen für den Kampf gegen Polizei, Staatsapparat und reaktionsäre Unterdrückung.

Die Demonstranten setzten sich damit nicht nur ganz bewußt über die massiven Einschüchterungsversuche der Polizei hinweg, sie

stellten sich damit auch gegen die ganze Propagandamaschinerie, die über Tage hinweg versuchte, mit "Bürgerkriegs"-Berichten die kämpfenden Jugendlichen von all denjenigen zu isolieren, die nicht oder noch nicht zu militärischen Formen des Kampfes bereit sind, sie vielleicht sogar nicht gut finden.

Trotzdem wurde der militante Kampf in den Tagen nach der Ermordung von Günter Sare tatsächlich von der Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten als Antwort auf die Ermordung eines Antifaschisten unterstützt.

Wenn es dennoch auch Stimmen gab,



die sich dagegen wandten, Fensterscheiben deutscher Konzerne und Banken einzuwerfen - von den direkt feindlich gesinnten Leuten der DKP und ihresgleichen soll hier abgesehen werden - so oftmals in erster Linie deshalb, weil man sich selbst und einen Großteil der Demonstranten angesichts der starken Polizeikräfte für zu wenig vorbereitet hielt.

Insgesamt zeigte sich, daß es trotz verhältnismäßig geringer Teilnehmerzahlen - die mit auf den massiven Polizeieinsatz, auf die große Hetze zurückzuführen ist - durchaus möglich ist, angesichts einer neuen Eskalation der Unterdrückung eine Antwort zu geben.

Kein Zufall, vielmehr typisch und im gewissen Sinne sogar hilfreich, um zu wirklich kämpferischen Demonstrationen zu kommen, war die fast völlige Abwesenheit diverser opportunistischer Organisationen, die bei anderen Gelegenheiten es mittels ihrer Apparate ohne weiteres schaffen, mehrere tausend Leute "auf die Beine" zu bringen.

Es war sicher gut und nicht schlecht, daß die Leute von der "Marxistischen Gruppe" nicht zu sehen waren. Was sollten sie auch auf einer Demonstration gegen die Ermordung eines Antifaschisten, wo sie doch von solch "moralisierenden" Protesten nichts halten und nur im nachhinein ein Flugblatt verteilten, wo sie jeden Protest gegen die NPD als "Staatsschutz" verleumdeten ??

Es war sicher auch gut und nicht schlecht, daß Kräfte wie GIM, MLPD, KPD etc. kaum oder überhaupt nicht in Erscheinung traten. (Die pazifistische MLPD erklärte wie immer militante Antifaschisten für bezahlte "Provokateure" und erwies sich so als Wurmfortsatz der DKP.)

Was sollten sie auch auf einer Demonstration, bei der sie mit ihrem Pazifismus nicht landen konnten, bei der ihre Beschönig-

ung der westdeutschen Imperialisten und seiner Unterdrückungsinstrumente völlig fehl am Platz war? Und so zogen sie es vor, daheim zu bleiben.

Eine Folge davon war, daß nicht - wie sonst üblich - "alles fest im Griff" war, von der Rednerliste auf den Kundgebungen bis hin zu den Abmachungen mit der Polizei etc., sondern diesmal - so etwa auf der Kundgebung am Sonntagabend - auch andere zu Wort kamen: Redner, die mit klarer und deutlicher Sprache sagten, was von der Polizei und ihrem "deutschen" Kadavergehorsam, was von den "Grünen" zu halten ist, die durch ihr Geklüngel mit der SPD eben auch die neuen Wasserwerfer "mitfinanziert" haben. Typisch war in diesem Zusammenhang auch, daß der Oberbürgermeister von Frankfurt, Wallmann, am Montag beklagte, daß für die Demonstration am Sonntag gar kein Verantwortlicher benannt worden sei.

Die Kämpfe in Frankfurt wurden von massiven Kämpfen militanter Antifaschisten in 53 Städten der Bundesrepublik begleitet. Dies ist von sehr großer Bedeutung, denn es zeigt, daß es sich in Westdeutschland bei allen Schwächen um die Protestbewegung militanter Antifaschisten und Anti-imperialisten gegen DKP, GRÜNE und andere rechtsopportunistische Kräfte handelt, um Leute, die, wie man so sagt, "das Herz am rechten Fleck haben" und angesichts der Ermordung eines Genossen sich zum aktiven Protest entschlossen.

Gerade in den ersten Tagen hat sich insgesamt positiv bemerkbar gemacht, daß eine opportunistische Führung die Sache nicht in der Hand hatte. Dabei ist aber auch ganz klar geworden:

Wenn nicht wirklich revolutionäre, die Bewegung vorwärtstreibende Kräfte das Sagen haben, dann werden die einen oder anderen Opportunisten über kurz oder lang sich an die Spitze solcher Bewe-

gungen stellen, sie versuchen, nach und nach in die Hand zu bekommen, um sie dann in ihre ausgetretenen Pfade zu lenken.

Denn eine führungslose Bewegung kann es auf die Dauer nicht geben. Die eine oder andere Tendenz innerhalb einer Bewegung wird mit der Zeit die Oberhand gewinnen. Dabei wird gerade der Rechtsopportunistismus stets durch die Repression und Propaganda von Seiten der herrschenden Klassen gestärkt und eine revolutionäre Linie nur im Kampf gegen die diversen Spielarten des Opportunismus innerhalb der jeweiligen Bewegung bestimmend werden.

Wenn wir unter dem Gesichtspunkt dieser Gesetzmäßigkeit die Bewegung in den vergangenen Wochen betrachten, so zeigt sich eben genau, daß rechte Kräfte wie die DKP, die die militärischen Antifaschisten mit bezahlten Provokateuren in Zusammenhang brachten und im Grunde auf eine Stufe mit ihnen stellten, es doch schafften, durch "Mahnwachen" an der Stelle der Ermordung von Günter Sare, durch Teilnahme an Demonstrationen - solange nichts zu befürchten war - und an der Beerdigung einen Fuß in die Tür zu setzen.

Sie wechselte auch etwas die Diktion, wurde etwas freundlicher

zu den "jungen Leuten". Und die massiv unter Beschuß genommenen militärischen Antifaschisten "vergessen" die Charakterlosigkeit der DKP, duldeten sie in den Kundgebungen und Demonstrationen.

Zunächst war also zu verzeichnen, daß gegen die DKP-Revisionisten und ihre grünen und sozialdemokratischen Freunde die militärischen Antifaschisten die Hauptlast des Kampfes gegen die Nazis und den Polizeiapparat trugen, sich in den ersten Tagen massiv und schlagkräftig im Kampf einzusetzen und auch an Zahl massiv zunahmen. Spätestens zum Zeitpunkt der Beerdigung begann jedoch der allseitige Druck so zuzunehmen, daß auch die DKP wieder ebenso wie GRÜNE-Kräfte an Bedeutung gewannen, mit ihrem eingespielten technischen Apparat bestimmte Funktionen leicht übernehmen konnten.

Die nochmalige A u f l e h n u n g der militärischen antifaschistischen Kräfte auf dem Teach-in in der Universität gegen die "Realo"-Grünen zeigte zwar die Bereitschaft, den - wenigstens zeitweiligen - Bruch mit Rechtsopportunistismus und Pazifismus durchzuführen.

Gleichzeitig aber wurde auch sichtbar, daß über die spontane



Empörung hinaus, dieser Bewegung ohne Frage Zielklarheit, Rückgrat, Argumentationsfestigkeit und Perspektive noch fehlt.

Objektiv gesehen war der Kampf selbstverständlich noch zu begrenzt, zu kurz, zu wenig umfangreich usw. Er kann auch nicht mit den Protesten nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke verglichen werden. Dennoch handelt es sich um ein SEHR WICHTIGES zentrales Ereignis der Entwicklung der Klassenkämpfe in Westdeutschland, weil ganz offensichtlich mit einem neuen Schwung fortschrittliche Kräfte auf diesen Staat und seine Polizei treffen, beim Zusammenstoß nicht feige nachgeben, sondern kämpfen. DAHER STEHT AUS- SER FRAGE, daß die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland diese Bewegung UNTERSTÜTZEN, an diesen Kämpfen teilnehmen und nach Kräften EINGREIFEN. Diese Unterstützung ist keinesfalls unkritisch, übersieht keinesfalls die Versuche der Beeinflussung der DKP und der GRÜNEN auf gerade viele jugendliche Teilnehmer der militanten antifaschistischen Bewegung.

Ebenso notwendig bedeutet dies, jene sich als anarchistisch versteckenden oder der RAF nahestehenden Kräfte, die oft in dieser aktuell Bewegung durchaus positiven Einfluß für den Augenblick hatten, nicht unkritisch zu unterstützen. Diese grundlegende Auseinandersetzung, die Debatte auf der Basis der im gemeinsamen Kampf gemachten Erfahrung ist vielmehr eine der grundlegenden Aufgaben der Marxisten-Leninisten in und um diese Kämpfe herum.



Die Aktivität von GEGEN DIE STRÖMUNG bei Ereignissen wie der Ermordung von Günter Sare ist noch begrenzt.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, bei solchen positiven Bewegungen anhand der konkreten Ereignisse unsere politische Linie zu propagieren und zu überprüfen, unsere Kader und Organisation zu er-

proben und zu verbessern, neue Kräfte für den Kommunismus überhaupt zu interessieren und womöglich durch längere angelegte Debatten neue Kräfte für die uns zentral erscheinende Aufgabe des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei zu gewinnen!

Die Erfahrungen international wie in Westdeutschland zeigen, daß ohne prinzipielle und theoretische Klarheit in politische Ereignisse nicht prinzipienfest eingegriffen werden kann; daß extremer Opportunismus, Niedergang und Selbstauflösung die Strafe für die Verachtung der Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, für die VERACHTUNG DER THEORIE DES MARXISMUS-LENINISMUS ist.

Ohne Arbeit an der langfristigen Perspektive mit Klarheit über Ziele und Wege der Revolution, ohne umfangreiche Arbeit in den Betrieben und auf dem Land, ohne vielfältige Mitarbeit in fortschrittlichen Massenorganisationen ist der Aufbau einer wirklich marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei unmöglich, welche nicht nur die Kämpfe im eigenen Land führt, sondern gerade auch die kämpfenden Massen in den verschiedenen Ländern der Welt unterstützt und sich mit ihnen verbindet.

Ohne die kommunistische Partei, die wirklich die besten Kräfte der Arbeiterklasse bei sich organisiert, auf allen Gebieten der bürgerlichen Propaganda und Kriegsführung entgegentritt, ohne kommunistische Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus, der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung ausgerüstet ist, wird es nicht möglich sein, die verschiedenen spontan sich aufbäumenden fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zu vereinen. Dann wird es unmöglich sein, die kämpfende Arbeiterbewegung zur führenden Kraft in den anderen Kämpfen zu entwickeln, um so die Diktatur der Bourgeoisie im bewaffneten Kampf zu stürzen und die Diktatur des Proletariats, die allseitige Diktatur über Bourgeoisie und Reaktion, die allseitige sozialistische Demokratie für die breiten Massen im Kampf für den Kommunismus zu erringen. ●



An alle militäten Antifaschisten (und solche, die es werden wollen !)

DIE DRECKSARGUMENTE GEGEN

DIE MILITÄNTEN ANTIFASCHISTEN

ZERSCHLAGEN !

1. DIE SCHANDE DER DKP/SDAJ.. IHRE LÜGE VON DEN "VOM STAAT BEZAHLTEN GEWALTTÄTERN"

Schon letztes Jahr hatte die DKP/SDAJ und ihnen nahestehende Gruppen in ABSPRACHE MIT DER POLIZEI die Demonstration gegen die NPD-Faschisten im Gallus vorzeitig beendet. Dieses Jahr hat die DKP die Schlußkundgebung in ABSPRACHE MIT DER POLIZEI UND AUF DEREN WUNSCH um 30 Minuten auf 19.30 Uhr vorverlegt, um ihren Beitrag für RUHE und ORDNUNG, für das ungestörtere Vorgehen gegen die wirklichen Antifaschisten zu leisten. Und tatsächlich, nach Ende dieser von der DKP geführten Kundgebung und ihrer Abriegelung "Jetzt ist Schluß", machte die Polizei auf ihre Weise Schluß mit dem Leben von Günther Sare. Die staatstreuen DKP-Funktionäre tragen ihren Teil Schuld daran. Was für charakterliche und politische Schweinehunde diese Leute sind, zeigt sich auch an ihrem Flugblatt mit der Überschrift "Es ist eine Schande", in dem sich die DKP von den "nicht zu billigenden Ausschreitungen" distanziert. Wirklich, eine Schande!!!

Ihr Anspruch, "Marx treu zu sein" oder gar "kommunistisch", ist nichts als Fassade. Marx, der schrieb, daß man die versteinerten Verhältnisse nur zum Tanzen bringen kann, wenn man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt, hätte sie zehnfach zum Teufel gejagt.

Die SDAJ geht in ihrem Flugblatt vom 30.9. noch weiter und denunziert die militäten Antifaschisten, die dem Schlußpfiff der DKP um 19.30 Uhr nicht folgten und die NPD-Veranstaltung wirklich verhindern wollten, faktisch als bezahlte Agenten. So schreibt sie von den "vom Staat bezahlten Gewalttätern".

Die militänt kämpfenden Antifaschisten "vom Staat bezahlt"? Mit Leuten, die so etwas propagieren, haben ehrliche Antifaschisten n i c h t s gemein. (Und nebenbei, wenn hier schon jemand "vom Staat bezahlt" ist, dann doch wohl die DKP, deren Brüderschaft mit der DDR und der Sowjetunion, die brutal die Völker Afghanistan mordet, ja kein Geheimnis ist.)

2. DAS DRECKSARGUMENT, DASS DIE POLIZEI NUR EINGREIFT WEGEN DER "CHAOTEN"

Polizei und Presse und so mancher über die Ermordung Günther Sares empörte Demonstrant, (der leider mit Erfolg der bürgerlichen "Gehirnwäsche" erlegen ist), verbreiten, daß die antifaschistischen Militäten, die KEINE ANGST VOR DIESEM STAAT UND SEINER POLIZEI gezeigt haben, ihn bekämpft und getroffen haben, "schuld" sein sollen an den Polizeieinsätzen und Übergriffen, denn sonst, ja sonst wäre unsere Polizei ja herrlich demokratisch, (so wie dieser Staat überhaupt!??).

GENAU DAS GEGENTEIL IST DER FALL! Für diesen Staat und die Polizei, die bei man gelnder Gegenwehr mehr oder minder lautlos etwa Revolutionäre aus anderen Ländern in die Folterkammern der Faschisten transportieren, die NPD-Faschisten schützen usw., gilt grundsätzlich, daß er immer frecher und provokativer wird, wenn er nicht auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen der militäten Antifaschisten trifft. Was die Polizei sich alles leisten kann und leisten wird, hängt nicht nur von der Polizei ab, sondern gerade auch vom Grad der Kampfkraft der militäten Antifaschisten. Gerade deshalb wird ja auch nichts unversucht gelassen, diese zu diffamieren und zu isolieren. Die betenden und schweigend trauenden, die pazifistisch jammernden Antifaschisten, sind ganz sicher KEINE GEFAHR, mit ihnen wird dieser Staat, falls es nötig sein sollte, leicht fertig. Wenn der militänte antifaschistische Kampf zerschlagen ist, dann ist es ein leichtes, sie fertig zu machen, so wie seinerzeit die Nazis nach der Zerschlagung der militäten antifaschistischen, von der KPD geführten Arbeiterbewegung sich in Ruhe die Sozialdemokratie, Katholiken etc. vornehmen konnten.

Die militärischen Antifaschisten verdienen von allen nur möglichen Seiten Anerkennung und aktive Unterstützung, ihre Erfahrung im Straßenkampf ist für kommende Zeiten wichtig und muß ausgewertet werden. Die Versuche zur Isolierung und Diffamierung dürfen nicht zugelassen werden.

3. DAS "ARGUMENT", ES GEHT NUR UM RANDALE, IST INFAM

Die Polizei- und Staatspsychologen verweisen auf die Jugend vieler Teilnehmer des militärischen antifaschistischen Kampfes sowie auf die Tatsache, daß hier Leute kämpfen, die oft nicht "aus besseren Kreisen" kommen, studieren etc., sondern oft genug aus der Arbeiterklasse stammen und eben - glücklicherweise - sich nicht so "gesittet" wie bei einem Gastmahl aufführen, sondern ihren Haß gegen diesen Ausbeuter- und Unterdrückerstaat auf die Straße tragen. Sie können es diesen teilweise jungen militärischen Antifaschisten nicht "verzeihen", daß sie Klarheit haben über die DRAHTZIEHER DER FASCHISTEN in den Konzernen und im Staatsapparat, über die VERBRECHEN DIESES STAATES in der Tradition des Hitlerfaschismus, der an der massenhaften Ermordung der Bevölkerung in Südafrika und der Türkei teilhat, daß sie Klarheit darüber haben, daß gerade auch die SPD und zunehmend die Partei der GRÜNEN wie in Hessen über die Zustimmung zum Haushaltsetat Wasserwerfer, Gefängnisse, Schußwaffen anschaffen und nachher heucheln: Oh je, da ist einer zu Tode gefahren worden, wie traurig.

Die militärischen Antifaschisten kämpfen da, wo der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus seine Verbrechen begeht und sprengen die Grenzen des verfluchten Pazifismus und Legalismus. Das ist gut, das muß nicht nur so bleiben, sondern verstärkt und verbessert werden.

★★★★ Nicht 2,3 Wochen, nicht 2,3 Jahre, ★★★★ sondern 20, 30, 50 Jahre lang durchhalten !

Bei aller Notwendigkeit, sich heute auf den aktuellen Kampf zu konzentrieren, muß unter den antifaschistischen Militänen die Debatte über das "Wie geht es weiter?", welchen längeren Weg, welches Ziel muß man einschlagen, geführt werden. Die Haltung "Interessiert mich nicht", führt nur dazu, daß mit Sicherheit auf Dauer jegliche Gemeinsamkeit zwischen den militärischen Antifaschisten zerfällt und verpufft. Es muß über die Ziele und Wege der beteiligten Gruppen und Leute diskutiert werden (Anarchismus der FAU, Ziel des Kommunismus, der Errichtung der Diktatur über alle Faschisten und Reaktionäre bei sozialistischer Demokratie für die Massen etc.). Und es muß der Kampf für die Verbreiterung der eigenen Reihen geführt werden, der Kampf um die Unterstützung in den Betrieben und nicht zuletzt der Kampf für die Einheit und das Bündnis im militärischen antifaschistischen Kampf mit den ANTIFASCHISTEN AUS ALLEN LÄNDERN. Denn es geht ja in Wirklichkeit nicht lediglich um die Schädigung dieser oder jener Bank, sondern um das langfristige, wirklich radikale Ziel der Enteignung der Banken, Konzerne, der BESEITIGUNG DES KAPITALISMUS, der ZERSCHLAGUNG SEINES STAATSAPPARATS IM BEWAFFNETEN KAMPF. Und das ist keine Kleinigkeit. Wer das wirklich will, kann sich nicht treiben lassen.

VORSICHT in den nächsten Tagen und Wochen !

Bei aller Einsatzbereitschaft und auch Kampferfahrung vieler militärischer Antifaschisten zeigt sich jedoch auch eine ernstzunehmende NACHLÄSSIGKEIT DER WACHSAMKEIT. In den nächsten Tagen werden mit Sicherheit gezielte Verhaftungen erfolgen. Darauf sollte jeder, den es möglicherweise betreffen könnte, vorbereitet sein. Und es darf auch nichts schaden, wachsamer als bisher auf Provokateure und Spitzel zu achten, die verstärkt versuchen werden mitzumischen, um während und nach militärischen Aktionen direkt Verhaftungen vorzunehmen.

Außerdem muß bei einem ernsthaften antifaschistischen militärischen Kampf unbedingt und ohne Kompromiß die im Verlauf der Kämpfe auftretenden Elemente vertrieben werden, die als Miniatur-Kapitalisten nach dem Motto "Jetzt bereichere ich mich" plündern. Denn werden Plünderungen zugelassen - das zeigt die Erfahrung aller Straßenkämpfe in Vergangenheit und Gegenwart - dann trifft dies die Moral der kämpfenden Antifaschisten, dann wird die Grenze des politischen Kampfes überschritten und der Zustrom von Elementen erleichtert, die heute gegen die Polizei vorgehen und morgen mit ihr zusammenarbeiten, kurz, es trägt zur Zersetzung des Kampfes bei.

Und gerade das Gegenteil ist nötig:

VERSTÄRKUNG DES MILITÄRISCHEN ANTIFASCHISTISCHEN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN ★KAMPFES GEGEN DIESEN STAAT, GEGEN DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!★

Die revolutionäre Kritik am heutigen Anarchismus beginnen

Neben dem großartigen, unbedingt zu unterstützenden Positivem der antifaschistischen Bewegung in der letzten Zeit sind auch ernste Schwächen deutlich geworden.

Bei aller Notwendigkeit, die militärischen Antifaschisten gegen die Hetze und Drecksargumente der Henker und Pfaffen offensiv zu verteidigen, ist es jedoch auch unerlässlich, auf die Schwächen sprechen zu kommen. Werden diese Schwächen nicht beseitigt, besteht die Gefahr, daß es bei einem kurzen Aufbäumen bleibt, die Front sich nicht verbreitert, daß die falschen Ideen sich verfestigen und eine negative Entwicklung massiv einsetzt und sich durchsetzt.

Wir wollen uns im folgenden mit einigen zentralen Fragen des Anarchismus auseinandersetzen, der sicher einen Einfluß auf Teile der militärischen Antifaschisten hat und der in Zukunft aufgrund der ganzen revisionistischen und pazifistischen Versumpfung hier in Westdeutschland sicher noch Auftrieb erhalten wird.

Wenn wir hier eine Polemik mit anarchistischen Auffassungen beginnen, so tun wir dies nicht in direkter Auseinandersetzung mit heutigen anarchistischen Gruppen, ihren Programmen, Veröffentlichungen etc. Denn diese haben im Grunde ihr Gesicht noch nicht herausgearbeitet und zeichnen sich wohl auch ganz bewußt mehr durch Unbeständigkeit und Widersprüchlichkeit ihrer Positionen aus als durch Eindeutigkeit und Einheitlichkeit.

Diese Schwierigkeit wird noch verstärkt durch bestimmte ganz falsche Methoden der Debatte, die für die anarchistische Bewegung typisch sind.

FÄLSCHENDE METHODEN DER DEBATTE

Eines der ernstesten Probleme sind jene Kräfte innerhalb der militärischen Antifaschisten (und gerade auch derjenigen, die sich Anarchisten nennen), die jede Diskussion von vornherein als unnötig, leeres Geschwätz, sinnlos ablehnen - eine Erscheinung, die für all jene nicht neu ist, die die großen und kleinen Fürsten verschiedener pseudorevolutionärer Organisationen schon erlebt haben.

Versucht man eine ernsthafte Kritik etwa an den geistigen Vätern des Anarchismus, an Stirner, Bakunin, Proudhon, so entzieht sich der prinzipienlose Anarchist mit der lockeren Bemerkung: "Bin ich Bakunin?"

Kritisiert man eine ihrer heutigen Publikationen, geht es ähnlich: "Hab ich das geschrieben?" Dementsprechend wird auch in der mündlichen Debatte ebenso wie in den heutigen schriftlichen Darlegungen im Grunde jede wissenschaftliche Definition der vielfältig verwendeten anarchistischen Schlagwörter, etwa von der "freien Gesellschaft" gar nicht erst wirklich versucht, zumal ja die harte wissenschaftliche Analyse schon wieder etwas "Autoritäres" ist.

So heißt es in einem neugeschriebenen Leitfaden "Einführung in die Theorie und Geschichte des Anarchismus bis 1945 - WAS IST EIGENTLICH ANARCHIE" (Verlag Freie Gesellschaft): "Undogmatisch (sein)...ist für den Anarchismus typisch". (S.9)

Leider geht es aber in Wirklichkeit den Anarchisten keinesfalls um die Ablehnung idealistischer Dogmen. Vielmehr geht es im Grunde darum, durch Prinzipienlosigkeit

keit der Polemik mit Phrasen wie "Die Zukunft wird das zeigen", "Das wird sich spontan regeln" bis hin zum Spießerhaften "Was interessiert mich denn, was nachher ist? Ich lebe jetzt und heute", auszuweichen.

Die Prinzipienlosigkeit ist jedoch der Freibrief für alle charakterlosen Elemente, jederzeit ins Lager der Konterrevolution überzuwechseln nach dem Motto:

"Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?"

Natürlich ist es unmöglich, mit einem Anarchisten zu debattieren, der von vornherein das Argumentieren als zu "autoritär" ablehnt, die wissenschaftliche Beweisführung "als Zwang" ablehnt und die durch das Leben bewiesenen Tatsachen wie die Notwendigkeit der weiteren Unterdrückung der Konterrevolution auch nach

EIN WEITVERBREITETE METHODE: ABRUTSCHEN IN GEZÄNK, GERÜCHTEMACHEREI, KLATSCH, PERSÖNLICHE STREITEREI...

Ein weiteres Kennzeichen für die Debatte mit den Anarchisten, die schon beim ersten oberflächlichen Durchstöbern ihrer Literatur ins Auge fällt, ist das Fehlen jeglicher ernsten, an Dokumenten und unbestreitbaren Materialien vorgenommenen Polemik. Daß stattdessen Klatsch, oft sogar schmutzige Verleumdung, völlig niveauloses Abrutschen in Gerüchtemacherei betrieben wird, ist einer der wesentlichsten Punkte, die in den Auseinandersetzungen mit der heutigen anarchistischen Bewegung klargestellt werden muß. Bakunins Ausfälle gegen Marx (*), weil er "Hebräer" war, seine antisemitischen Äußerungen und ähnliches sind belegbare Tatsachen, von denen aus ernste Debatten unmöglich sind, ja deren Verwerfung im Grunde auch Ausgangspunkt der Debatte mit jenen aus den Reihen der anarchistischen Bewegung sein muß, die zur wirklichen Debatte bereit sind.

Ein sehr typisches Beispiel für die Reduzierung der inhaltlichen Widersprüche zwischen Anarchismus und Marxismus auf rein "persönliche" Klatschgeschichten im Stil miesester bürgerlich-

cher Journalistik zeigt sich etwa dort, wo auf die Auseinandersetzung zwischen Proudhon und Marx eingegangen wird. Marx hat prinzipienfest und wissenschaftlich in polemischer Form die Differenzen zwischen proletarischer Wissenschaft und kleinbürgerlicher Illusionsmacherei Proudhons aufgezeigt.

Die Beweiskraft, die Richtigkeit der Argumente Marx' ist so groß, daß selbst einige Anarchisten heutiger Couleur dies widerwillig zugeben müssen.

So ist in dem schon genannten Buch "Was ist eigentlich Anarchie?" über die "harte Polemik" von Marx gegen Proudhon zu lesen, daß sie "in den Punkten, die sie angriff, nicht unrechtfertigt war" (71). Die Verfasser zerren aber gleichzeitig, in der Tradition von Proudhon, die Sache auf die Ebene kleinbürgerlicher, eitler Streitereien, indem sie (ohne Quellenangabe) ein vermeintliches oder wirkliches Zitat von Proudhon anführen, der sich den Sinn der Polemik von Marx so erklärt: "Der wirkliche Sinn des Werks von Marx ist, daß er bedauert, daß ich überall gedacht habe wie er und es vor ihm gesagt habe." (Ebenda, S.72)

In diesem Stil, die inhaltlichen Widersprüche auf persönliche Konflikte zu reduzieren, wird auch von allen Bourgeois-Schreiberseelen der Konflikt zwischen Bakunin und Marx seiner wesentlichen Inhalte beraubt, als prinzipienloses Gezänk um die "Führung" - mit Anekdoten und Gerüchten garniert - dargestellt. ●

(*) Bakunin schrieb u.a.:

"Marx ist - etwas Sonderbares bei einem so intelligenten und so aufrichtig ergebenen Mann, etwas, das nur durch seine Erziehung als deutscher Gelehrter und Literat und besonders durch seine nervöse Art als Jude erklärt werden kann -, Marx ist äußerst eitel, eitel bis zum Schmutz und zur Tollheit." (Michail Bakunin, "Persönliche Beziehungen zu Marx", 1871, in: "Gott und der Staat", rororo, S.177)

dem ersten Sieg der Revolution, also die Notwendigkeit der Diktatur der arbeitenden Massen über die Reaktion, als "freiheitsfeindlich" etc. begreift.

Die Debatte endet schneller, als sie begonnen hat.

Gegenüber solchen Kräften wird also nicht die mündliche Debatte und noch weniger eine schriftliche Beweisführung Erfolg haben, sondern höchstens eine erstarrende marxistisch-leninistisch geführte revolutionäre Arbeiterbewegung, die tagtäglich wissenschaftlich jene Erfahrungen auswertet und beleuchtet, die dieser Anarchist auch persönlich gemacht hat, und in den sich entwickelnden Tageskämpfen die Debatten einen Punkt erreichen, wo er überhaupt zu einer prinzipiellen Polemik bereit ist.

ÜBERBLICK ÜBER ZENTRALE STREITPUNKTE MIT DEM ANARCHISMUS

Hierbei gehen wir auf die Väter des Anarchismus zurück, auf ihre Grundideen, auf die sich nach wie vor anarchistische Gruppen heute berufen, die sie verbreiten und propagieren. Wir können uns hierbei auf die ausführlichen, umfassenden und nach wie vor den Kern treffenden Kritiken des Anarchismus durch Marx, Engels, Lenin und Stalin stützen.

In ihren Ausführungen zum Anarchismus standen die grundsätzlichen Fragen und nicht Fragen der Taktik im Vordergrund. (*)

(*) Ein weiterer Punkt des Streits mit den Anarchisten sind sicher auch Differenzen in taktischen Fragen, wobei die Anarchisten die ausschlaggebende Bedeutung der "eigenen Erfahrungen der Massen" übersehen, es ablehnen, auch die Institutionen des bürgerlichen

BEFREIUNG VOR ALLEM DER MASSEN ODER BEFREIUNG VOR ALLEM DER PERSÖNLICHKEIT ?

Bereits Marx und Engels haben in der "Deutschen Ideologie" einen der ersten Ideologen des bürgerlichen Individualismus und Anarchismus, Max Stirner, und dessen Schrift "Der Einzige und sein Eigentum" beißend kritisiert. (Siehe MEW 3.)

Max Stirner, "Sankt Max", wie Marx ihn nannte, schuf den "Ver- ein der Egoisten" sowie seine idealistische Philosophie nach der Devise: Die Welt, das ist das, was I C H davon mitbekomme, und ich bin der Maßstab aller Dinge etc., was Ausdruck eines typisch kleinbürgerlichen, anarchistischen Spießers war.

In seinem Buch "Der einzige und sein Eigentum" schrieb er: "Meine Sache ist weder das göttliche noch das menschliche, ist nicht das wahre, gute, rechte, freie, sondern allein das meinige." (Stirner, "Der einzige und sein Eigentum", Leipzig 1901, zitiert nach "Was ist eigentlich Anarchie", a.a.O., S.73)

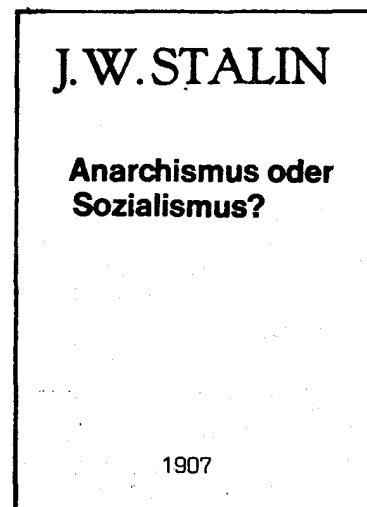
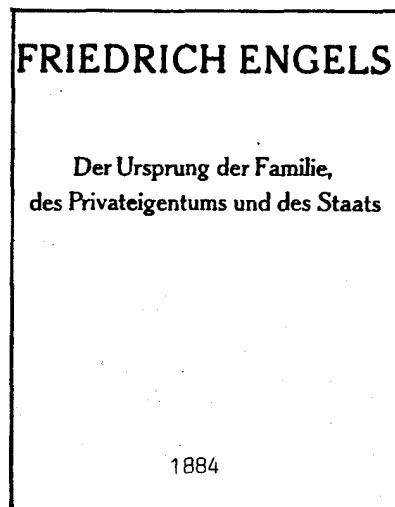
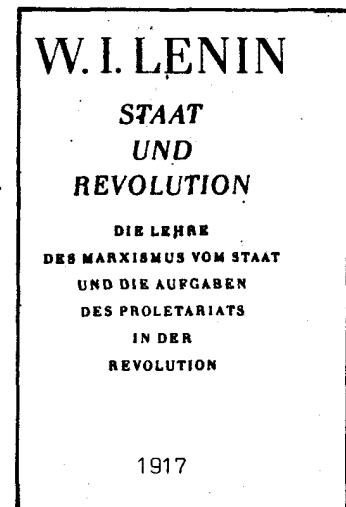
Und von den heutigen Verteidigern Max Stirners wird dieser, bei näherer Betrachtung eigentlich vernichtende Leitgedanke nicht etwa revidiert, sondern wie folgt propagiert: "Mir geht nichts über mich." (Ebenda.)

Genau auf diesen Grundgedanken ging Stalin ein, wenn er schrieb:

- "Die Sache ist die, daß der Marxismus und der Anarchismus sich auf völlig verschiedene Prinzipien stützen"

Staates, gewisse Gesetze, das Parlament etc. auszunutzen, um die Arbeit für die Revolution voranzutreiben. Lenin hat dies in "Der 'linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus" (LW 31) sehr ausführlich und detailliert nachgewiesen.

***** WICHTIGE SCHRIFTEN ZUR AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN ANARCHISMUS UND KOMMUNISMUS *****



• pien gründen, obgleich beide unter sozialistischem Banner in der Kampfarena erscheinen. Der Grundstein des Anarchismus ist die Persönlichkeit, deren Befreiung seiner Ansicht nach die Hauptbedingung für die Befreiung der Masse, des Kollektivs ist. Nach Ansicht des Anarchismus ist die Befreiung der Masse unmöglich, solange die Persönlichkeit nicht befreit ist, weshalb seine Lösung lautet: 'Alles für die Persönlichkeit'. Der Grundstein des Marxismus dagegen ist die Masse, deren Befreiung seiner Ansicht nach die Hauptbedingung für die Befreiung der Persönlichkeit ist. Das heißt, nach Ansicht des Marxismus ist die Befreiung der Persönlichkeit unmöglich, solange die Masse nicht befreit ist, weshalb seine Lösung lautet: 'Alles für die Masse'. Es ist klar, daß wir es hier mit zwei einander negierenden Prinzipien zu tun haben und nicht bloß mit taktischen Meinungsverschiedenheiten." (Stalin, "Anarchismus oder Sozialismus?", 1907, SW 1, S.258/259)

Bis heute haben sich solche Ideen gehalten, werden besonders durch die bürgerliche Psycholo-

gie und mit Büchern wie "Wie werde ich ein guter Egoist" aufpoliert und kultiviert, und drehen sich alle um die Frage der eigenen Person, der eigenen persönlichen Befreiung als Frage Nr.1.

PROUDHON : ZURÜCK ZUR KAPITALISTISCHEN "AUTONOMEN" KLEINPRODUKTION CONTRA SOZIALISMUS

Daß der Anarchismus im Endeffekt massiv zum Rechtsopportunitismus führt, zeigt sich gerade an den Ideen Proudhons, der mit Hilfe der Schaffung von "Volksbanken" und ähnlichen reformistischen Projekten die "Befreiung der Arbeiter" plante.

Proudhon (der den Begriff "Anarchismus" prägte), sah die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und die damit einhergehenden Ungerechtigkeiten. Er war sich einiger wesentlicher Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bewußt, wollte sie aber idealistisch versöhnen.

Marx und Engels kritisierten die Positionen Proudhons vernichtend. In "Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons 'Philosophie des Elends'" (MEW 4) und in "Zur Wohnungsfrage" (MEW 18) machten

Marx und Engels klar, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann, wie Proudhon es im Grunde wünschte und propagierte. Sie machten klar, daß es keinen Weg zurück gibt von der Groß- zur Kleinproduktion, sondern die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zu ihrer Sprengung führen, die gesellschaftliche Produktion auch gesellschaftlich angeeignet werden muß, daß nicht nur die kapitalistische Ausbeutung in den Fabriken abgeschafft werden, sondern in letzter Instanz die Produktion von Waren für einen Markt als Quelle kapitalistischer Verhältnisse auf ökonomischem Gebiet überhaupt abgeschafft werden muß.

Marx faßte das Versöhnlertum von Proudhon so zusammen:

- "Von dem Wunsch beseelt, die Widersprüche zu versöhnen,
- stellt sich Herr Proudhon nicht einmal die Frage, ob nicht eigentlich die Grundlage dieser Widersprüche umgewälzt werden muß."
- (Marx, Brief an Annenkov, 28. 12.1846, MEW 27, S.460)

Im Sinne der Versöhnung der Widersprüche sollte laut Proudhon das geschichtlich überlebte Privat-eigentum an den Produktionsmitteln im kleinen beibehalten werden, alle Arbeiter sollten in kleine Warenproduzenten und Kleineigen-tümer verwandelt werden, die dann in dieser "freien Gesellschaft" den Austausch ihrer Arbeitsprodukte regulieren.

Unglaublich, aber in der Tat sollen die Unterhosenfabrikarbeiter eben nur über ihre Unterhosen zu bestimmen haben, die Goldbergwerksarbeiter verwalten dann halt Gold, und die Arbeiter in den Klärwerken bestimmen autonom über die täglich anfallende Scheiße. Daß auch gesellschaftlich geplant und verteilt wird, was gesellschaftlich produziert wird, lehnen die anarchistischen Ideologen im großen wie im kleinen als eine "Vergewaltigung der Persönlichkeit"

ab. Ihr Ideal ist im Grunde der Kleinbourgeois, mit eigenen Produktionsmitteln, mit einer kleinen Werkstatt. An die Stelle des individuellen Ego tritt höchstens das kollektive Ego, aber der Egoismus wird von der Grundstruktur her im Endeffekt nicht abgeschafft. Das Privateigentum (wenn auch einer Gruppe) an Produktionsmitteln bleibt bestehen.

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS
ODER BAKUNIN'S FREIHEIT FÜR
"ALLE", EGAL OB REVOLUTIONÄR
ODER KONTERREVOLUTIONÄR

Neben den skizzierten Widersprüchen zu den Anarchisten in der Frage der Rolle der Persönlichkeit und der ökonomischen Verhältnisse, die angestrebt werden, geht der Hauptstreit zwischen Anarchismus und Kommunismus über die Frage des Staates. Sowohl Marx und Engels (vor allem in der Polemik mit Bakunin) als auch Stalin in "Anarchismus und Sozialismus" (SW 1) und Lenin in "Staat und Revolution" (LW 25) haben sehr ausführlich diesen zentralen Streitpunkt behandelt.

Sie machten klar, daß das Ziel der Kommunisten natürlich die Abschaffung des Staates überhaupt ist, daß der Staat "ins Museum" befördert gehört und dies nicht der Streitpunkt zu den Anarchisten sein kann. Streitpunkt ist vielmehr, daß zur Erreichung dieses Ziels der Staat der Diktatur des Proletariats errichtet werden muß.

Nach der Zerschlagung des alten Staatsapparates in der Revolution und der Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse wird ein völlig neuer Apparat, der immer noch Staat ist, die Kräfte der alten Welt, die Reaktionäre und Konterrevolutionäre unterdrücken, Zwang anordnen und ausüben. Denn nur so kann der Sieg der Revolution erhalten und gefestigt und der Weg zur Schaffung der kommunistischen Gesellschaft ohne Staat beschritten werden. (Fortsetzung S.56)

EIN ZIEL DES KOMMUNISMUS : ABSCHAFFUNG DES STAATES ÜBERHAUPT

Die diversen "Abgrenzungen" vom "Anarchismus" seitens der Opportunisten haben eine lange Geschichte. Wie Lenin in "Staat und Revolution" nachwies, war es ein mit der Festigkeit eines Vorurteils verankertes falsches Axiom, daß die Marxisten für den Staat seien, die Anarchisten aber dagegen !

Die Opportunisten der II. Internationale, wie später bis heute die modernen Revisionisten und sonstige Rechtsopportunisten, kritisieren also am Anarchismus gerade das, was das Wertvolle und Positive der anarchistischen Bewegung ausmacht, nämlich die Beziehung, den alten Staatsapparat zu zer- schlagen.

Gleichzeitig hob Lenin hervor, daß es nicht allein die Sache der Anarchisten ist, das Verschwinden des Staates überhaupt aus dem Leben der Menschen zu propagieren. Gerade der wissenschaftliche Kommunismus, seine Vertreter Marx und Engels haben nicht nur nachgewiesen, daß der Staat ins "Museum" wandern wird und muß, sondern auch wie, auf welchem Weg und unter welchen Voraussetzungen. Bei allen fundamentalen, prinzipiellen Widersprüchen zum Anarchismus ist es ganz falsch und Ausdruck der REVISION von Grundpositionen des Marxismus-Leninismus, am Anarchismus die "Zerschlagung des alten Staatsapparats" und sein Ziel "Gesellschaft ohne Staat" im allgemeinen anzugreifen.

ENGELS, "DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVATEIGENTUMS UND DES STAATES":

Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzenen Axt.

("Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", 1884, MEW 21, S.168)

LENIN "STAAT UND REVOLUTION":

Als Endziel setzen wir uns die Abschaffung des Staates, d. h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt. Wir erwarten nicht, daß eine Gesellschaftsordnung anbricht, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde. Doch in unserem Streben zum Sozialismus sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hinüberwachsen wird und daß im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, der Unterordnung eines Menschen unter den anderen, eines Teils der Bevölkerung unter den anderen verschwinden wird, denn die Menschen werden sich daran gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Gewalt und ohne Unterordnung einzuhalten.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann hört der Staat auf zu bestehen, und es kann von Freiheit die Rede sein". Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie abzusterben, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach gewöhnen werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne den besonderen Zwangssapparat, der sich Staat nennt, einzuhalten.

("Staat und Revolution", 1917, LW 25, 469/470 und 476)

Lenin und Stalin zeigten, daß das "Niederlegen der Waffen" nach Zerschlagung des alten Staatsapparats, der Verzicht auf höchst "autoritäre" Maßnahmen wie Gewehre, Gefängnisse etc. nur der Konterrevolution nützt. Und daß solche Ideen Ausdruck davon sind, sich die Beseitigung der alten kapitalistischen Verhältnisse viel zu kurz greifend vorzustellen, als ob dies mit einem Schlag und im Handumdrehen möglich sei. Trotz "linker" Phrase führen diese anarchistischen Vorstellungen geradewegs zur Sabotage an der Revolution.

Bei all den hier ange-schnittenen Punkten gilt heute für den Anarchismus erst recht die Feststellung Le-nins aus dem Jahr 1917, daß der Anarchismus "eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung" ist. Denn:

* Hat der "gesamtgesellschaftliche Plan" in den ehemals sozialistischen Ländern nicht wirklich zum Staatskapitalismus geführt?

* Wurde der Staat der Diktatur des Proletariats nicht wirklich ein Staat über die Arbeiter?

- * Führte die Beteiligung an Parlamentswahlen nicht wirklich zu reformistischen Parteien?

* Ebenfalls in Betracht zu ziehen ist, daß das, was sich in den letzten 10 Jahren als marxi-

DER STAAT DER DIKTATUR DES PROLETARIATS:

LENIN, "STAAT UND REVOLUTION":

Diese Polemik fällt in das Jahr 1873. Marx und Engels schrieben für einen italienischen sozialistischen Almanach Artikel gegen die Proudhonisten, die „Autonomisten“ oder „Antiautoritären“, aber erst im Jahre 1913 erschienen diese Artikel in deutscher Übersetzung in der „Neuen Zeit“. ¹⁰⁷

„Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse“, schrieb Marx, über die Anarchisten und ihre Ablehnung der Politik spöttend, „revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begiehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen.“ („Neue Zeit“, 32. Jahrgang, 1913/14, Bd. I, S. 40.)

Also ausschließlich gegen diese „Abschaffung“ des Staates wandte sich Marx bei seiner Widerlegung der Anarchisten! Durchaus nicht dagegen, daß der Staat mit dem Verschwinden der Klassen verschwinden oder mit der Abschaffung der Klassen abgeschafft werden wird, sondern dagegen, daß die Arbeiter auf die Anwendung von Waffen, auf die organisierte Gewalt, *das heißt auf den Staat*, verzichten sollen, der dem Ziel zu dienen hat: „den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen“.

Marx betont absichtlich – um einer Entstellung des wahren Sinnes seines Kampfes gegen den Anarchismus vorzubeugen – die „revolutionäre und vorübergehende Form“ des Staates, den das Proletariat braucht. Das Proletariat braucht den Staat nur zeitweilig. In der Frage der Abschaffung des Staates als Ziel gehen wir mit den Anarchisten keineswegs auseinander. Wir behaupten, daß zur Erreichung dieses Ziels ein zeitweiliges Ausnutzen der Organe, Mittel und Methoden der Staatsgewalt gegen die Ausbeuter notwendig ist, ebenso wie zur Aufhebung der Klassen die vorübergehende Diktatur der unterdrückten Klasse notwendig ist. Marx greift gegen die Anarchisten zur schärfsten und klarsten Fragestellung: Sollen die Arbeiter „die Waffen niederlegen“, wenn sie das Joch der Kapitalisten abwerfen, oder sollen sie diese Waffen gegen die Kapitalisten ausnutzen, um deren Widerstand zu brechen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes als eine „vorübergehende Form“ des Staates? ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederschlagen, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wenn er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt: „Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald

VORAUSSETZUNG FÜR DEN ÜBERGANG ZUM KOMMUNISMUS

von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen."

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihr Ausschluß von der Demokratie – diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus. ...

Weiter. Beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber es ist das bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Maschine zur Unterdrückung, ein „Staat“ ist noch notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit weit billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe, das Volk aber vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, ja nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, sei voreilig bemerkt).

("Staat und Revolution", 1917, LW 25, S. 449-450)
S. 475/476 und 477)

STALIN, "ANARCHISMUS UND SOZIALISMUS"

Die dritte „Beschuldigung“ der Anarchisten besteht darin, daß sie der Sozialdemokratie die Volksverbundenheit absprechen, daß sie die Sozialdemokraten als Bürokraten hinstellen und behaupten, der sozialdemokratische Plan der Diktatur des Proletariats sei der Tod der Revolution, wobei die Sozialdemokraten, soweit sie für eine solche Diktatur eintreten, in der Praxis nicht die Diktatur des Proletariats, sondern ihre eigene Diktatur über das Proletariat errichten wollten.

Man höre Herrn Kropotkin:

„Wir Anarchisten haben der Diktatur das endgültige Urteil gesprochen... Wir wissen, daß jede Diktatur, und wenn sie noch so ehrliche Absichten hat, zum Tode der Revolution führt. Wir wissen..., daß die Idee der Diktatur nichts anderes ist als ein übles Produkt des Regierungsfetischismus, der ... stets bestrebt war, die Sklaverei zu verwetzen.“ (Siehe Kropotkin, „Reden eines Rebellen“, S. 131.) Die Sozialdemokraten erkennten nicht nur die revolutionäre Diktatur an, sondern sie seien „Anhänger der Diktatur über das Proletariat... Die Arbeiter interessieren sie nur insoweit, als sie eine disziplinierte Armee in ihren Händen sind... Die Sozialdemokratie ist bestrebt, mittels des Proletariats die Staatsmaschine in ihre Hände zu nehmen.“ (Siehe „Brot und Freiheit“, S. 62, 63.) ... (Fortsetzung S. 58)

stisch-leninistische Partei angepriesen hat, dem Ansehen des Marxismus – Leninismus geschadet hat.

Daß all dies aber nicht Folge der zentralen Planung, Folge der Diktatur des Proletariats usw. war, sondern Folge des Verrats an den Grundideen des Proletariats, wird von den Anarchisten oft wirklich nicht gesehen oder aber auchbewußt umgangen.

Die Anarchisten leben von der Tatsache, daß ein Teil der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, nämlich die negativen Erfahrungen der Entartung der Sowjetunion und anderer ehemals sozialistischer Länder, die Entartung ehemaliger revolutionärer Parteien ihnen recht zu geben scheinen. Aber diese Methode der Beweisführung ist nicht ernsthaft, da sie die positiven Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung unterschlägt, nur einseitig und willkürlich sich etwas herausgreift, anstatt die Probleme umfassend anzugehen.

So ignoriert diese Herangehensweise, daß die heutigen Zustände in der Sowjetunion und anderen ehemals sozialistischen Ländern im krassen Gegensatz zu den positiven Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in einer bestimmten Zeitspanne der kommunistischen Weltbewegung stehen und auch im krassen Gegensatz zu den Theorien der Begründer des Kommunismus, zu Marx, Engels, Lenin, Stalin.

DER STAAT DER DIKTATUR DES PROLETARIATS: VORAUSSETZUNG FÜR DEN ÜBERGANG ZUM KOMMUNISMUS

Die Anarchisten gehen bei der Frage der Freiheit nicht vom Klassenstandpunkt aus. Deshalb leugnen sie die notwendige Unterdrückung der Klassenfeinde nach dem Sieg der Revolution. Deshalb verstehen sie auch nicht die Notwendigkeit eines völlig anders gearteten, des sozialistischen Staates, der für die arbeitenden Massen die wahre Demokratie sichert und die Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre ausübt. Stattdessen stellen sie sich gegen jegliche Unterdrückung - unabhängig davon, wer unterdrückt wird.

Nach der proletarischen Revolution müssen die proletarischen Revolutionäre ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf imperialistische Aggressionen von außen, sondern vor allem auch auf den Klassenkampf im INNERN richten. Die Arbeiter müssen unter der Führung der kommunistischen Partei die Reaktion unterdrücken. Die "konsequenten" kleinbürgerlichen Anarchisten - "konsequent" im Sinne von: "folgerichtig" die Fehler der Theorie in der Praxis durchführend - haben hingegen "Mitleid" und "Sympathie" für die nun unterdrückten Konterrevolutionäre. Sie lehnten sogar die Maßnahmen der spanischen Revolution gegen die Faschisten oder in der Oktoberrevolution die Maßnahmen der von den Bolschewiki geführten Volksmassen gegen die innere Konterrevolution ab, ja bekämpften diese und stellten sich somit in eine Front mit den offen imperialistischen Menschewiki und Sozialrevolutionären. In ihrem Protest gegen "jede Unterdrückung" wurden diese Kräfte zu Unterstützern der Konterrevolution. ●

Schon Ende 1847 sagten Karl Marx und Friedrich Engels, daß das Proletariat, um den Sozialismus errichten zu können, die politische Diktatur erobern muß, damit es mit Hilfe dieser Diktatur die konterrevolutionären Vorstöße der Bourgeoisie zurückschlage und ihr die Produktionsmittel entreiße, daß diese Diktatur nicht die Diktatur einiger Personen, sondern die Diktatur des ganzen Proletariats als Klasse sein muß:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des ... als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren...“ (Siehe „Kommunistisches Manifest“ [deutsche Neuausgabe, Berlin 1948, S. 31].)

Dies heißt, die Diktatur des Proletariats wird die Diktatur der ganzen Klasse des Proletariats über die Bourgeoisie sein, nicht aber die Herrschaft einiger Personen über das Proletariat.

In der Folgezeit wiederholen sie den gleichen Gedanken fast in allen ihren Werken, z. B. im „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“, in den „Klassenkämpfen in Frankreich“, im „Bürgerkrieg in Frankreich“, in „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, im „Anti-Dühring“ und in anderen Schriften. . .

Es ist klar, daß es zwei Arten von Diktaturen gibt. Es gibt eine Diktatur der Minderheit, die Diktatur einer kleinen Gruppe, die Diktatur der Trepows und Ignatjews, die gegen das Volk gerichtet ist. An der Spitze dieser Diktatur steht gewöhnlich eine Kamarilla, die geheime Beschlüsse faßt und der Mehrheit des Volkes die Schlinge um den Hals zusammenzieht.

Die Marxisten sind die Feinde dieser Diktatur, wobei sie gegen diese Diktatur viel hartnäckiger und selbstloser kämpfen als unsere Schreihälse von Anarchisten.

Es gibt auch eine Diktatur anderer Art, die Diktatur der proletarischen Mehrheit, die Diktatur der Masse, die gegen die Bourgeoisie, gegen die Minderheit gerichtet ist. Hier steht an der Spitze der Diktatur die Masse, hier gibt es keinen Platz für eine Kamarilla noch für geheime Beschlüsse, hier geschieht alles offen, auf der Straße, in Versammlungen, und das, weil dies die Diktatur der Straße, der Masse ist, eine gegen alle Unterdrücker gerichtete Diktatur.

Eine solche Diktatur unterstützen die Marxisten „mit beiden Händen“, und das, weil eine solche Diktatur der grandiose Anfang der großen sozialistischen Revolution ist.

("Anarchismus und Sozialismus", 1907, SW 1
S.317/319, 322/323)

ZENTRALE ARGUMENTE MARX' GEGEN BAKUNIN

Karl Marx hat sich mit Bakunin ganz umfassend auseinandergesetzt. Er hat Bakunins Originalschriften gründlich studiert und im Detail auseinandergekommen, um so dessen Positionen maximal bekämpfen zu können. Im folgenden drei zentrale Argumente Bakunins zur Frage des Staats und Marx' Entgegnung darauf:

Bakunin zitierte in seinem Buch "Staatlichkeit und Anarchie" die These aus dem "Manifest der Kommunistischen Partei", daß der neue Staat nichts anderes sein wird als das zur herrschenden Klasse organisierte Proletariat, und entgegnet dem:

"Fragt sich, wenn das Proletariat die herrschende Klasse sein wird, dann über wen wird es herrschen? Das bedeutet, es wird noch ein anderes Proletariat übrigbleiben, welches untertan sein wird dieser neuen Herrschaft, diesem neuen Staat."

(Zitiert in: Karl Marx, "Konspekt von Bakunins Buch 'Staatlichkeit und Anarchie'", 1874, MEW 18, S.630)

Daß die alten Ausbeuterklassen, die alte Welt der Ausbeutung auf allen Gebieten nicht mit einem Schlag verschwunden sein wird und daher noch unterdrückt und gewaltsam vernichtet werden muß, das kommt Bakunin nicht in den Sinn, sondern er kommt auf die aburde Idee, daß ein Teil des Proletariats unterdrückt werden soll, ginge es nach Marx.

Ein weiterer Punkt bei der "Widerlegung" des Marxismus durch Bakunin ist seine rhetorische und demagogische Frage:

"Wird vielleicht das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen?"

(Ebenda, S.634)

Dies erklärt Bakunin zur zentralen Frage und "argumentiert":

"So Resultat: Lenkung der großen Mehrheit der Volksmasse durch privilegierte Minorität... Sie werden nicht mehr das Volk vertreten, sondern sich

und ihre Ansprüche auf die Volksregierung. Wer daran zweifeln kann, der ist durchaus nicht bekannt mit der Natur des Menschen." (Ebenda, S.635)

Bakunin bestreitet also, daß das Volk selbst Vertreter wählen und kontrollieren kann und muß, und propagiert die alte Ausbeuterweisheit "Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf", "Der Mensch ist von Natur aus schlecht". Daß mit einer solchen Argumentation, die an Vorurteile appelliert, natürlich auch die Idee der "Anarchie", der Abschaffung jeglicher Staatsgewalt sofort nach dem Sieg über den alten Staatsapparat, nicht gerade sehr einleuchtet, liegt auf der Hand.

Bakunin leugnet im Grunde die marxistische Ansicht, daß die kommunistische Partei, geleitet vom wissenschaftlichen Sozialismus, die Arbeiter und Volksmassen mobilisiert, um planvoll den Sozialismus aufzubauen. Und er präsentiert folgende These, die seine tiefe Verachtung nicht nur der Wissenschaft, sondern vor allem der arbeitenden Massen deutlich macht. Bakunin behauptet, daß Marx' Vorstellung über den Staat im Sozialismus

"nichts anderes sein wird als die sehr despotische Lenkung der Volksmassen durch neue und sehr wenig zahlreiche Aristokratie wirklicher oder angeblicher Gelehrter. Das Volk ist nicht wissenschaftlich, das bedeutet, es wird ganz und gar befreit werden von der Sorge der Regierung, es wird ganz und gar eingeschlossen werden im regierten Stall. Schöne Befreiung!"

(Ebenda, S.636)

Bakunin stellt hier den wissenschaftlichen Sozialismus als etwas dar, das den Volksmassen fremd und für sie unerreichbar ist, obwohl doch, wie Marx Bakunin auch antwortete, der wissenschaftliche Sozialismus "auf der Erkenntnis der vom Volk selbst gemachten sozialen Bewegung" beruht und sich keine erdachten, erfundenen, von der Wirklichkeit losgelösten Konzepte erspinnt.

Daher können und werden die Arbeitermassen im wissenschaftlichen Sozialismus ihre eigenen Erfahrungen wiederfinden, und sie werden sich an der Ausübung der Diktatur beteiligen, werden als Klasse gemäß den demokratischen Prinzipien die

Diktatur über die Feinde errichten und nicht selbst Opfer des neuen Staates werden - SOLANGE UND INSOFERN SIE GE- MÄSS DER THEORIE DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS HANDELN. ●

WAS VERSTEHT BAKUNIN UNTER DER "FREIEN GESELLSCHAFT"?

Bakunin behauptet:

"die Knechtschaft eines einzigen Menschen auf der Erde (ist), als Verletzung des Prinzips der Menschheit selbst, eine Negierung der Freiheit aller."

(Michail Bakunin, "Philosophie der Tat", Köln 1968, S.317)

Indem hier Bakunin grundsätzlich die Unterdrückung etwa der gestürzten Ausbeuter nach dem Sieg der sozialistischen Revolution als "Negierung der Freiheit aller" bezeichnet, legt er den Grundstein für die Grundthese, daß die Revolution angeblich sofort und mit einem Schlag die Freiheit für alle bringt.

Dementsprechend propagiert er dann auch

"Unbegrenzte Freiheit jeder Art von Propaganda durch Reden, die Presse, in öffentlichen und privaten Versammlungen, ohne einen anderen Zügel für diese Freiheit als die heilbringende natürliche Macht der öffentlichen Meinung. Absolute Freiheit für Vereinigungen, ohne solche auszunehmen, die nach ihrem Ziel die Korruption und die Zerstörung der individuellen und öffentlichen Freiheit sein würde. Die Freiheit kann und soll sich nur durch die Freiheit verteidigen, und es ist ein gefährlicher Widersinn, sie zu beeinträchtigen unter dem durch den Schein blendenden Vorwand, sie zu beschützen."

(Ebenda, S.322)

Hier wird klar, daß ein konsequenter Anarchist, z.B. als die Revolutionäre in der Sowjetunion den Konterrevolutionären die "Pressefreiheit" entzogen, sich als Verteidiger eben dieser Konterrevolutionäre aufführen mußte, im "Namen der Freiheit" für diese Konterrevolutionäre

eintreten mußte. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit für Konterrevolutionäre und Faschisten - das ist ein unverzichtbarer Programmfpunkt der Theorie des Anarchismus.

Es gehört zu den Absurditäten des Anarchismus, daß Bakunin, der angeblich den Staat ablehnt, ganz selbstverständlich aber bei seinen Ideen über die freie Gesellschaft von irgendwelchen strafenden Organen ausging. So wendet die Gesellschaft

"gegen den einheimischen oder ausländischen Delinquenten die von ihren Gesetzen bestimmte Strafen an."

(Ebenda, S.324)

Jene, die nun bestraft werden, haben dennoch die Freiheit, sich dagegen zu wehren. Aber das ist eine derart merkwürdige und absurde "Freiheit", daß wir nicht umhinkommen, den ganzen längeren Absatz zu zitieren:

"Jeder von den Gesetzen einer Gesellschaft, der Gemeinde, der Provinz oder der Nation Verurteilte wird das Recht behalten, sich der ihm aufgelegten Strafe nicht zu unterwerfen, wenn er erklärt, daß er zu dieser Gesellschaft nicht mehr gehören will. In einem solchen Fall wird aber jene ihrerseits das Recht haben, ihn aus ihrem Schoß auszustoßen und ihn als außerhalb ihrer Garantie und ihres Schutzes stehend zu erklären. Der Widerspenstige, der so unter das Naturgesetz, Auge um Auge, Zahn um Zahn zurückgefallen ist, wenigstens auf dem von dieser Gesellschaft eingenommenen Terrain, kann ausgeraubt, mißhandelt, selbst getötet werden, ohne daß die Gesellschaft sich darum kümmern würde. Jeder kann sich seiner entledigen wie eines schädlichen Tieres, nie aber darf er ihn

knechten, ihn als Sklaven verwenden." (Ebenda, S.325)

Hier wird durch die Hintertür und unter der Fahne "Keiner darf geknechtet werden" das Moment der Unterdrückung in einer Art eingeführt, die barbarisch ist.

Im Gegensatz dazu werden unter der Diktatur des Proletariats, wenn nötig, ganz bewußt konterrevolutionäre Handlungen bestraft, aber dann sicher nicht auf eine Art, die zur Demoralisierung jener füh-

ren muß, die dies tun und die, ginge es nach Bakunin, faktisch aufgefordert werden, individuell, nach Lust und Laune zu mißhandeln, auszurauben und zu töten.

Daß so etwas als Ziel einer freien Gesellschaft formuliert wird, zeigt nur, mit welchen Ungereimtheiten der Anarchist Bakunin um sich warf. Solche Auffassungen sind zwar "unter aller Kritik", müssen aber heute wieder "Gegenstand der Kritik" sein. ●

FRIEDRICH ENGELS

Von der Autorität

Einige Sozialisten haben in letzter Zeit einen regelrechten Kreuzzug gegen das eröffnet, was sie das *Autoritätsprinzip* nennen. Sie brauchen nur zu sagen, dieser oder jener Akt sei *autoritär*, um ihn zu verurteilen. Mit diesem summarischen Verfahren wird derart Mißbrauch getrieben, daß es nötig ist, die Angelegenheit ein wenig aus der Nähe zu betrachten. Autorität will in dem Sinn des Wortes, um den es sich hier handelt, soviel besagen wie: Überordnung eines fremden Willens über den unseren; Autorität setzt auf der anderen Seite Unterordnung voraus. Da nun diese zwei Worte einen üblichen Klang haben und das Verhältnis, das sie zum Ausdruck bringen, für den untergeordneten Teil unangenehm ist, handelt es sich um die Frage, ob es nicht ein Mittel gibt, anders auszukommen; ob wir nicht – unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen – einen anderen sozialen Zustand ins Leben rufen können, in dem diese Autorität keinen Sinn mehr hat und folglich verschwinden muß. Wenn wir die ökonomischen – industriellen und landwirtschaftlichen – Verhältnisse untersuchen, die die Grundlage der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft bilden, so finden wir, daß sie die Tendenz haben, die isolierte Tätigkeit mehr und mehr durch die kombinierte Tätigkeit der Individuen zu ersetzen. An die Stelle der kleinen Werkstätten isolierter Produzenten ist die moderne Industrie getreten, mit großen Fabriken und Werkstätten, in denen Hunderte von Arbeitern komplizierte, mit Dampf angetriebene Maschinen überwachen; die Fuhrwerke und Karren der großen Landstraßen sind abgelöst worden durch die Züge der Eisenbahn, wie die kleinen Ruderboote und Segelfeuken durch die Dampfboote. Maschinen und Dampf bringen selbst die Landwirtschaft nach und nach unter ihre Herrschaft, indem sie langsam aber sicher an die Stelle kleiner Eigentümer große Kapitalisten setzen, die mit Hilfe von Lohnarbeitern große Landflächen bebauen. Überall tritt die kombinierte Tätigkeit, die Komplizierung voneinander abhängender Prozesse, an die Stelle der unabhängigen Tätigkeit der Individuen. Wer aber kombinierte Tätigkeit sagt, sagt Organisation; ist nun Organisation ohne Autorität möglich?

Nehmen wir einmal an, eine soziale Revolution habe die Kapitalisten entthront, deren Autorität heutzutage die Produktion und die Zirkulation der Reichtümer lenkt. Nehmen wir, um uns ganz auf den Standpunkt der Antiautoritarier zu stellen, weiter an, der Grund und Boden und die Arbeitsinstrumente seien zum kollektiven Eigentum der Arbeiter geworden, die sich ihrer bedienen. Wird die Autorität dann verschwunden sein oder wird sie nur die Form gewechselt haben? Sehen wir zu. . . .

Wir haben also gesehen, daß einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingen unabhängig von aller sozialen Organisation, zusammen mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir produzieren und die Produkte zirkulieren lassen.

Andererseits haben wir gesehen, daß die materiellen Produktions- und Zirkulationsbedingungen durch die Großindustrie und die Großlandwirtschaft unweigerlich erweitert werden und die Tendenz haben, das Feld dieser Autorität mehr und mehr auszudehnen. Es ist folglich absurd, vom Prinzip der Autorität als von einem absolut schlechten und vom Prinzip der Autonomie als einem absolut guten Prinzip zu reden. Autorität und Autonomie sind relative Dinge, deren Anwendungsbereiche in den verschiedenen Phasen der sozialen Entwicklung variieren. Wenn die Autonomisten sich damit begnügten, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität einzig und allein auf jene Grenzen beschränken wird, in denen die Produktionsbedingungen sie unvermeidlich machen, so könnte man sich verständigen; sie sind indessen blind für alle Tatsachen, die die Sache notwendig machen, und stürzen sich auf das Wort.

Warum begnügen sich die Antiautoritarier nicht damit, gegen die politische Autorität, den Staat, zu wettern? Alle Sozialisten sind einer Meinung darüber, daß der politische Staat und mit ihm die politische Autorität im Gefolge der nächsten sozialen Revolution verschwinden werden, und das bedeutet, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die wahren sozialen Interessen hüten. Aber die Antiautoritarier fordern, daß der autoritäre politische Staat auf einen Schlag abgeschafft werde, bevor noch die sozialen Bedingungen vernichtet sind, die ihn haben entstehen lassen. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sei. Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritätesten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen. Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber den Bourgeois nicht dieser Autorität des bewaffneten Volks bedient hätte? Kann man sie nicht, im Gegenteil, dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?

Also von zwei Dingen eins: Entweder wissen die Antiautoritarier nicht, was sie sagen, und in diesem Fall säen sie nur Konfusion; oder sie wissen es, und in diesem Fall üben sie Verrat an der Bewegung des Proletariats. In dem einen wie in dem anderen Fall dienen sie der Reaktion.

(1872/73, MEW 18, S.305-308)

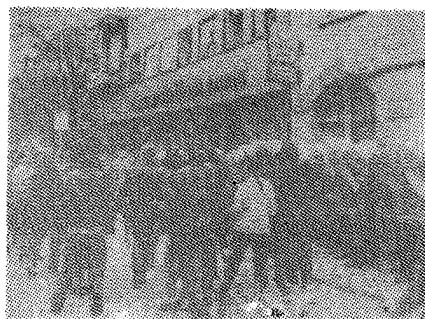


Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus

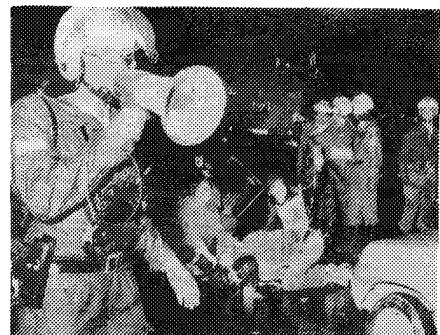
INHALTSVERZEICHNIS:

● <u>WER HAT GÜNTER SARE ERMORDET ?</u>	2
Die Ereignisse im Überblick	3
Augenzeugenberichte auf der Pressekonferenz am 29.9.1985	5
Die neuen Wasserwerfer - Teil der Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee	8
Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG: Die braune Pest geht vom Staat aus!	8
● <u>BÜRGERLICHE DEMOKRATIE? FASCHISMUS? DIKTATUR DER BOURGEOISIE!</u>	11
Augenzeugenberichte über die Brutalität der Polizei	12
Einschnitte und Abschnitte der Faschisierung in Westdeutschland	15
Günter Sare war nicht der erste, den der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus auf dem "Gewissen" hat	16
Derselbe Staat - dieselben Methoden!	18
● <u>DIE SCHÜLER GOEBBELS' BEI DER ARBEIT: "DIE WAHRHEIT IST EINE HÄUFIG VERBREITETE LÜGE."</u>	19
Ob "Spiegel", "Frankfurter Rundschau", ob "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Frankfurter Neue Presse", "Abendpost-Nacht-ausgabe" oder "Bild" - es ist dieselbe Hetze!	21
Die imperialistische Presse lässt den Spießbürger zu Wort kommen: Offene Drohungen mit faschistischen Pogromen, mit Schrotflinte und B ü r g e r w e h r !!	24
● <u>WAS WÄREN DIE HENKER OHNE DIE PFAFFEN ?</u>	29
- Polizei und DKP: Gemeinsam gegen "Gewalttäter"	30
DKP:"Der friedliche Weg zum Sozialismus" contra LENIN	33
- Die Partei der GRÜNEN: Mögliche Stütze im Kampf oder Stütze dieses Staates ?	35
Drei Fragen an die GRÜNEN	36
Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Teach-in	39
● <u>EINIGE ERFAHRUNGEN DER KÄMPFE</u>	43
Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG: Die Dreckssargamente gegen die militärischen Antifaschisten zerschlagen!	48
● <u>DIE REVOLUTIONÄRE KRITIK AM HEUTIGEN ANARCHISMUS BEGINNEN</u>	50
Eine weitverbreitete Methode: Abrutschen in Gezänk, Gerüchte-macherei, Klatsch, persönliche Streiterei	51
Ein Ziel des Kommunismus: Abschaffung des Staates überhaupt	55
Der Staat der Diktatur des Proletariats: Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus	56
Zentrale Argumente Marx' gegen Bakunin	59
Was versteht Bakunin unter der "freien Gesellschaft" ?	60
Friedrich Engels: Von der Autorität	61

Die braune Pest geht vom Staat aus !



**Deutsche
Polizisten
schützen
die Faschisten**

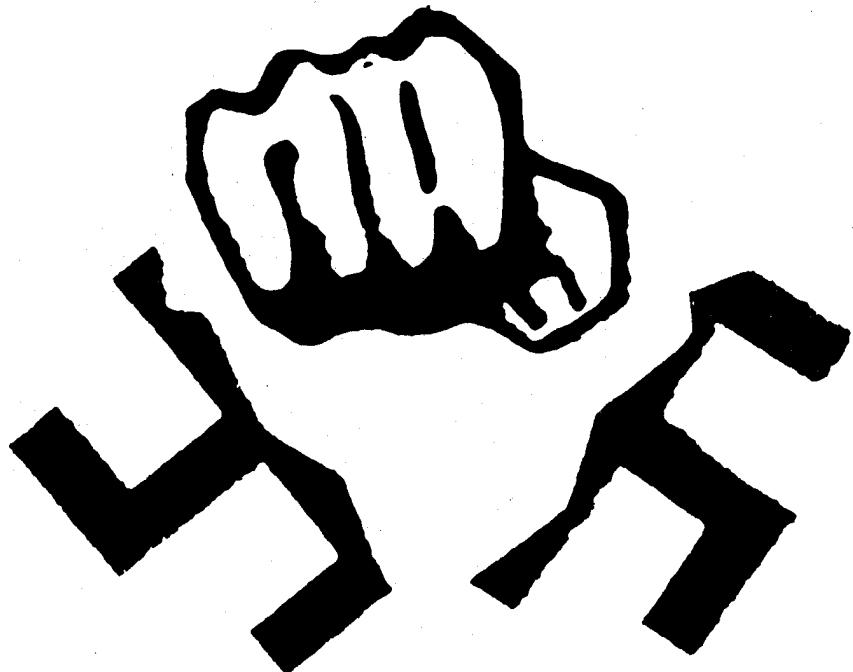


Haus Gallus 28.9.85:
Polizeigasse für die NPD-Faschisten

Nach getaner Arbeit:
Der Weg ist frei!



Günter Sare am 28. September 1985 in Frankfurt im antifaschistischen Kampf von der Polizei ermordet



Tod dem westdeutschen Imperialismus !

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !